

# zivilschutz magazin





Blick in die Geschichte

Historische Katastrophen  
im Spiegel der Zeit

## Menschen wurden von Tromben emporgehoben

Heute: Unberechenbare Gefahren  
durch Luftwirbel

Wind und Sturm treten in vielen Formen auf: Wirbelstürme, Tornados, Windhosen – von Tromben soll heute die Rede sein, bei der sich der Chronist auf Ausführungen von Dr. Albert Herrmann stützt, die im Buch „Katastrophen, Naturgewalten und Menschenschicksale“ niedergeschrieben wurden.

„Nach dem italienischen Wort tromba, ‚Trompete‘, bezeichnet man die schmalen Luftwirbel, die sich wie Trompeten oder Trichter von den Wolken herabsenken; über der Erde heben sie Sand und andere Gegenstände auf, über dem Wasser saugen sie dieses wirbelnd gegen den Trichter hinauf. Dementsprechend unterscheidet man Wind- oder Landhosen und Wasserhosen. Das Auge wird von dieser Naturerscheinung aufs äußerste gefesselt, bis es einem zum Bewußtsein kommt, welche unberechenbaren Gefahren ein solcher Luftwirbel mit sich bringt. Dadurch, daß er die Luft mit größter Geschwindigkeit aufsaugt, entsteht um die Wirbelachse ein stark verdünnter Luftraum; das Ergebnis sind Verwüstungen und Zerstörungen, wohin immer der Luftwirbel seinen Weg nimmt. Nach der vorherrschenden Annahme entsteht eine solche Trombe dadurch, daß sich von einer Cumulo-Nimbus-Wolke ein um sich rotierender Wirbel herabsenkt; er ist also etwas anderes als der Staubwirbel, der umgekehrt vom Erdboden aus entsteht. Je nach der Größe und Schnelligkeit der Tromben ist das Maß der Verwüstungen.“

Dr. Albert Herrmann läßt in seinen Ausführungen auch einen Augenzeugen einer Trombe zu Wort kommen. Der Augenzeuge erzählt:

„Unbedeutender Regen war vor dem Aufsteigen der Trombe gefallen. Mittags herrschte starke Wärme (+ 31°C), die Luft war schwül und drückend; eine Viertelstunde nach der Erscheinung fiel starker Regen. Während eines heftigen Gewitters mit dunklen Wolken, welche die Gegend in

fast nächtliches Dunkel hüllten, gewährte ich nach oben gehende Feuerfunken aus einer isoliert liegenden hellgrauen Wolke etwa eine Meile abseits von hier. Die aufwärts gehenden Feuerfunken waren keine gewöhnlichen Blitze, sondern elektrische Funken, die einem gerade nach oben gehenden Feuerregen glichen. . . . Im selben Augenblick schien die hellgraue Wolke sich zu einem großen Seil auszuspannen, welches in überall gleicher Breite vom dunklen Himmel herab zur Erde hing, zeitweise sich bieugend und sich unaufhörlich drehend, und zwar in umgekehrter Richtung wie die Zeiger einer auf dem Boden liegenden Uhr. Das Seil, welches zuerst nur zwei Drittel des Abstandes der Wolke von der Erde ausmachte und an der Wolke fest war, knüpfte sich sodann auch an die Erde an. Dies ging indessen so vor sich, daß das unterste Drittel sich durch Ansaugen von der Erde her erhob, worauf die ganze Säule gleichmäßig und sehr schnell rotierte, ähnlich einer Leine oder einem Seil, das heruntergedreht wird. Auf der ganzen Länge der Säule schienen ihre Bestandteile eine kreisende, aufwärtsgehende Richtung zu haben.“

Weiter heißt es über die Tromben:

„Die Zahl der Menschenleben, die in Europa durch Tromben vernichtet worden sind, ist zum Glück gering; auf jede beobachtete Trombe kommen nur 0,4% Todesfälle. Wir erwähnen ein paar Beispiele. In

dem italienischen Ort Este transportierte eine Windhose vier Männer eine Meile weit; von diesen wurden drei getötet, und der vierte kam erst nach einer Ohnmacht von zwei Stunden zu sich. Viele andere Männer und Frauen wurden ebenso forttransportiert und durch den Stoß beim Zusammenprall mit Bäumen oder Häusern schwer verletzt. In Urbana wurde ein kleines Kind von fünf Jahren vor den Augen seiner Mutter emporgehoben und unter den Ruinen in der Umgebung der Stadt wiedergefunden.

Eine andere Trombe zerstörte eine Spinnerei in einem Augenblick und begrub unter den Trümmern zweihundert Arbeiter. Bei einer anderen Fabrik wurde der Fußboden der obersten Etage mit den Maschinen und Arbeitern emporgehoben. . . .

Zum Glück sind bei solchen Katastrophen manche Menschen ohne Verletzungen wieder auf den Boden gesetzt worden. So hatte sich in Mangschütz folgendes ereignet. Auf dem Zuge einer Windhose stand ein Ehepaar. Die Frau wurde vom Wirbel erfaßt und fünf Fuß in die Höhe gehoben. Der Mann faßte sie bei den Kleidern und wurde dann mit ihr etwa 15 Schritt fortgeschleudert. Sie waren fast besinnungslos, ohne jedoch irgend Schaden zu leiden. Der Mann will nur das Gefühl gehabt haben, als ob in seinem Körper eine Drehung, namentlich in den Armen und Füßen, erfolgt sei.“

## „Zivilschutz- Magazin“ in La Rochelle dabei



Der französische Zivilschutz der Region von La Rochelle war mit einer Präsentation bei der dortigen 39. Messe im August und September 1984 in La Rochelle vertreten (das linke Bild zeigt einen Ausschnitt). Eine der Attraktionen auf dem Stand der Protection Civile war eine Sammlung von insgesamt 83 verschiedenen internationalen Zeitschriften zu den Bereichen Zivilschutz, Katastrophenschutz, Erste Hilfe usw. Unser Kollege Michel Langlais schrieb dem Zivilschutz-Magazin dazu: „Wir haben so auf unserem Stand den internationalen Aspekt des Zivilschutzes darstellen können, und wir bedanken uns für die Zusendung Ihrer Zeitschrift. . . . Beiliegend finden Sie ein Bild dieser internationalen Präsentation.“

Wie im Foto erkennbar, wurde das Zivilschutz-Magazin zusammen mit der Zeitschrift des Schweizerischen Zivilschutzverbandes dem französischen Publikum vorgestellt.



# zivilschutz magazin



ISSN Q173-7872

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



September  
9/84

## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Dorothee Boeken  
Günter Sers

## Layout:

Paul Claes

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement jährlich DM 33,60,  
zzgl. Versandkosten.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllung- und Zahlungsort ist Melsungen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

„Zivilschutz im Abseits?“ Bundestagsabgeordneter Dr. Laufs spricht sich für den Zivilschutz aus.	11
„Eine gelungene Symbiose von Tradition und Fortschritt“ Erweiterte Bundesschule der Johanniter-Unfall-Hilfe eingeweiht.	12
„Explosion, Auffahrunfall und Evakuierung von 60 Personen“ Katastrophenschutz-Großübung in Münster.	15
„Mit Katastrophenalarm Katastrophe verhindert“ Brand im Krankenhaus Offenbach erforderte Gesamtevakuiierung.	18
„Medizinische Hilfe im Zivilschutz muß vorbereitet werden“ Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer stellt Forderungen.	20
„Brandstiftung ist die Ursache für ein Drittel aller Feuerschäden“ Untersuchung der Schadenfälle durch Brandstiftung.	21
„Verstärkt auf die politische Frage nach Sinn und Zweck des Zivilschutzes eingegangen“	24
„Öffentlichkeitsarbeit der GZS im Jahre 1984“	29
„1 100 THW-Helfer im Einsatz“	30
„Von der Troposphäre bis zur Stratosphäre“	38
„Durch Menschlichkeit zum Frieden“	41
„ASB-Aktion: Helm ab – aber richtig!“	46
„Hilfe und Freu(n)de in Venedig“	47
„Malteser leisten Friedensdienst“	49
„Tagung des CTIF in Dresden“	51
„DLRG Fehmarn sicherte Surf-Testwoche am Burger Südstrand“	55
„Das Minimagazin“	U 3





# Umschau

## Staatssekretär Spranger: BVS-Mitarbeiter können ZSG- Entwurf mit Zuversicht verfolgen

Ende Juli 1984 trafen sich die Leiter der bayerischen Dienststellen des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) zu einer Arbeitstagung in Ansbach, in der neben einer Reihe wichtiger Fachthemen auch der Vorläufige Referententwurf für das Zivilschutzgesetz (ZSG) zur Sprache kam. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, nahm als Gast zu einigen Bereichen des Gesetzesentwurfes, u. a. zum Schutzraumbau, Stellung. Spranger erklärte, daß in „manchen Gemeinden das Thema Zivil- und Katastrophenschutz noch einer gewissen Belebung bedürfe“ und in Sachen Schutzraumbau „große finanzielle Mittel bewegt werden müßten“.

Eine Forderung des BVS, neben der Aufklärung auch die Ausbildung im Selbstschutz im Gesetzentwurf zu verankern, beantwortete der Staatssekretär positiv: Er sei zuversichtlich, daß man dem BVS dieses Arbeitsgebiet zuweisen könne. Der Verband könne außerdem mit Zuversicht und ohne Sorge den Entwurf im Hinblick auf seine Mitarbeiter verfolgen: „Die Mitarbeiter sollten nicht frustriert sein, sondern müssen mehr Selbstbewußtsein zeigen.“



Die Diskussion zwischen dem Parlamentarischen Staatssekretär und den BVS-Dienststellenleitern wurde sehr sachlich und ohne Emotionen geführt. Mit großer Befriedigung stellten die Teilnehmer anschließend fest: „Wir haben das Gefühl gewonnen, in dem Parlamentarischen Staatssekretär einen echten Freund für unser Anliegen gefunden zu haben.“ Der Leiter der BVS-Landesstelle Bayern, Günther Kopsieker, bedankte sich bei dem Gast für seine offenen Worte und bat ihn, sich weiterhin für den Verband zu verwenden.

Die Dienststellenleiter waren zu Beginn der Tagung vom Bürgermeister der Stadt Ansbach, Klaus-Dieter Breitschwert, empfangen worden. Breitschwert würdigte dabei die Arbeit der BVS-Dienststelle Ansbach und sagte dafür die weitere Unterstützung der Stadt zu. Gäste im Kreise der BVS-Mitarbeiter waren auch Ministerialrat Dr. Klaus Mölter und Amtsrat Johann Ernst, beide vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, sowie der Vorsitzende des Hauptpersonalrats des BVS, Konrad Weigl. Der HPR-Vorsitzende hatte einige Bedenken der Personalvertretung zum ZSG-Entwurf geäußert, auf die Staatssekretär Spranger dann eingegangen war.

Unser Bild: Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, im Kreise der bayerischen Dienststellenleiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

## NRW verschenkt Wasser- werfer an Gemeinden

Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor hat den Gemeinden des Landes in den vergangenen Wochen 24 ältere, aber funktionsfähige Wasserwerfer der Polizei zur Verstärkung ihres Feuerschutzes zur Verfügung gestellt. Die Fahrzeuge eignen sich besonders gut zur Bekämpfung von Wald- und Moorbränden, von Bränden im Straßenverkehr und dort insbesondere auf Autobahnen. Die künftigen Standorte in den Gemeinden wurden deshalb auch gemeinsam mit den Bezirksbrandmeistern nach diesen Einsatz Gesichtspunkten festgelegt.

Dr. Schnoor – „Wasserwerfer sehe ich eigentlich lieber bei der Feuerwehr als bei der Polizei“ – sieht in dieser zusätzlichen Ausrüstung von Gemeindefeuerwehren mit diesen „Spezialfahrzeugen“ eine weitere Hilfe, um Menschen helfen und Sachwerte schützen zu können. Insbesondere das Löschen an schwer zugänglichen Stellen könne erleichtert werden.

Die Wasserwerfer, deren Tanks 5000 Liter fassen, werden von den Feuerwehren noch mit einem zusätzlichen Schaummittelbehälter bestückt und erhalten den üblichen roten Feuerwehrrandstrich. Die Gemeinden haben diese zusätzliche Verstärkung ihrer Feuerwehren begrüßt. Von einigen war zu erfahren, daß sich diese Fahrzeuge besonders gut zu Ausbildungszwecken für die Jugendfeuerwehr eignen.

## Treffen der Katastrophenschutzbeauftragten im Kreis Recklinghausen

Im Rahmen der regelmäßigen Zusammenkünfte von Oberkreisdirektor Rudolf Pezely mit den Katastrophenschutzbeauftragten von Feuerwehr, des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), des Malteser-Hilfsdienstes (MHD), der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) und des Technischen Hilfswerkes (THW) im Kreis Recklinghausen besuchten die Teilnehmer dieser Sitzungsrunde die Diözesangeschäftsstelle des Malteser-Hilfsdienstes in Münster.

Nach der Begrüßung durch den Diözesanleiter, Graf Schall-Riaucour, gab Diözesangeschäftsführer Klaus Wawroschek den Gästen aus dem Kreis Recklinghausen einen kurzen Überblick über Aufgaben und Gliederung des Malteser-Hilfsdienstes im Bereich der Diözese Münster. Der anschließende Vortrag von Heinrich Lanfer (Katastrophenschutzreferent des MHD) informierte über die vielfältigen Tätigkeiten auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes. Mit einer Besichtigung der Geschäftsstelle und der Einrichtungen des MHD-Stadtverbandes Münster endete der Besuch der Delegation des Kreises Recklinghausen bei der Diözesangeschäftsstelle des Malteser-Hilfsdienstes.

## Dank der Bundeswehr an den Katastrophenschutz Münster

Eine Übung des Katastrophenabwehrstabes der Stadt Neumünster nahm der Kommandeur des Verteidigungskreis-Kommandos 113, Oberstleutnant Heinrich Klingelhöfer (2. von rechts), zum Anlaß, sich für die Unterstützung der Bundeswehr durch das Amt für Zivilverteidigung und Katastrophenabwehr sowie die Katastrophenschutzeinheiten der Stadt Neumünster zu bedanken.

Das VKK 113 in Bad Segeberg ist für die Stadt Neumünster der militärische





Ansprechpartner in Katastrophenfällen. Bei zahlreichen Veranstaltungen und Übungsvorhaben, so Klingelhöfer, sei durch die organisatorische und materielle Unterstützung der Stadt Neumünster die zivil-militärische Zusammenarbeit intensiviert worden. Dadurch werde auch bei Unglücksfällen die gegenseitige Unterstützung erleichtert.

Dem zuständigen Dezernenten, Stadtrat Hatto Klamt, und dem Leiter des Amtes, Herbert Häger (links), überreichte Oberstleutnant Klingelhöfer im Katastrophenschutzzentrum der Stadt Neumünster deshalb ein Wappen seiner Dienststelle. Der Leiter der Regieeinheiten, Detlef Neubauer (rechts), erhielt als persönliche Anerkennung eine Urkunde.

(Foto: Krüger)

### Lehrgangsplan der Katastrophenschutzschule des Bundes liegt vor

Die Vorbereitungen für das kommende Jahr laufen auf Hochtouren – zumindest, was den Lehrgangsplan 1985 der Katastrophenschutzschule des Bundes betrifft. Auf 144 Seiten werden Lehrgänge, Seminare und Schulungen angeboten für haupt- und ehrenamtlich tätige Mitbürger im Zivil- und Katastrophenschutz. Auch neue Lehrgänge wurden mit in den Plan für 1985 einbezogen: Ein Strahlenschutz-Lehrgang wurde von Neuherberg verlagert nach Ahrweiler, als Entwicklungsprojekt wird der Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe C – durchgeführt.

Für leitende Zivilschutzkräfte des Bundes und der Länder werden verschiedene Seminare angeboten, darunter z. B. Grundlagenvermittlung Zivil- und Katastrophenschutz, Baulicher Zivilschutz, Verwaltungsseminar für Amtsleiter, Informationsseminar für Dezernenten und Dienststellenleiter, Fachseminare über Trinkwassernotversorgung oder Informationsseminar für Ärzte der Gesundheitsverwaltungen.

Als zusätzliche Ausbildung auf Bundesebene werden die Stufen A, B und C von „Führen im Katastrophenschutz“ für

geschlossene Stäbe HVB durchgeführt. Weiter ist ein Lehrgang wieder in den Plan aufgenommen, der den Titel „Ausbildungslehre“ (Didaktik/Methodik) trägt. Hierbei geht es u. a. um Faktoren der Ausbildung, Motivation, Gruppe und Gruppenverhalten, Methoden und Medien sowie Vorbereitung und Planung der Ausbildung. Elektroschweißen, Gas-schweißen oder Lehrgänge für Sprengberechtigte sind weitere Themen im nächsten Jahr.

Im Ausbildungsplan 1985 enthalten sind auch die Lehrgänge, die an der Außenstelle Hoya der Katastrophenschutzschule des Bundes stattfinden. Hier lauten die Themen Bootsführer, Ölschadenbekämpfung, Retten aus Wassergefahren, Behelfsmäßige Übergänge oder Gemeinschaftsverpflegung.

Die neuen Pläne sind über die bekannten Stellen erhältlich bzw. anzufordern bei der Katastrophenschutzschule des Bundes, Ramersbacher Str. 95, in 5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

### Nordrhein-Westfalen erhält erstmals Löschwasserbehälter für Hubschrauber

Vier neuartige Löschertanks, die unter Hubschraubern befestigt zur Waldbrandbekämpfung eingesetzt werden können, wird Innenminister Dr. Herbert Schnoor in diesem Jahr für das Land Nordrhein-Westfalen beschaffen. „Damit haben wir optimale technische Voraussetzungen, gerade in unwegsamem Gelände Feuer aus der Luft erfolgreich zu bekämpfen“, betonte der Minister.

Der Löschwassertank, mit 900 oder 5000 Liter Fassungsvermögen, wird unter einem großen Hubschrauber befestigt und durch Eintauchen in größere Gewässer gefüllt. Durch einen speziellen Auslösemechanismus kann dann in der Luft aus mehreren Öffnungen gleichzeitig das Wasser über der Brandstelle abgelassen werden.

Im Ausnahmefall kann der an Seilen hängende Wasserbehälter sogar zur Rettung von Menschen eingesetzt werden. Sind zum Beispiel Personen durch ein Feuer eingeschlossen, so kann der Hubschrauber über den zu Rettenden schweben und den Tank zu Boden lassen, damit die Eingeschlossenen hineinklettern können. Auch der Einsatz eines Helfers, der im Tank transportiert wird, wäre möglich.

Schnoor sagte, daß in Nordrhein-Westfalen bisher erfreulicherweise noch keine Flugzeuge zur Waldbrandbekämpfung eingesetzt werden mußten. Den-

noch könne es notwendig werden, in unzugänglichen Gebieten, in denen keine herkömmlichen Schlauchleitungen gelegt werden können, Brände aus der Luft zu bekämpfen. Damit das aber gar nicht erst erforderlich wird, bat der Minister erneut, vor allem die Entstehung von Waldbränden durch vorsichtiges und umsichtiges Verhalten eines jeden einzelnen zu verhindern. Festgestellte Brände seien möglichst schnell zu melden und – soweit möglich und zumutbar – vorab zu bekämpfen, um Brand-schäden am Wald so gering wie möglich zu halten. Der Wald sei ohnehin schon belastet genug.

### THW stellte Lkw auf Biergläser: Neuer Rekord?

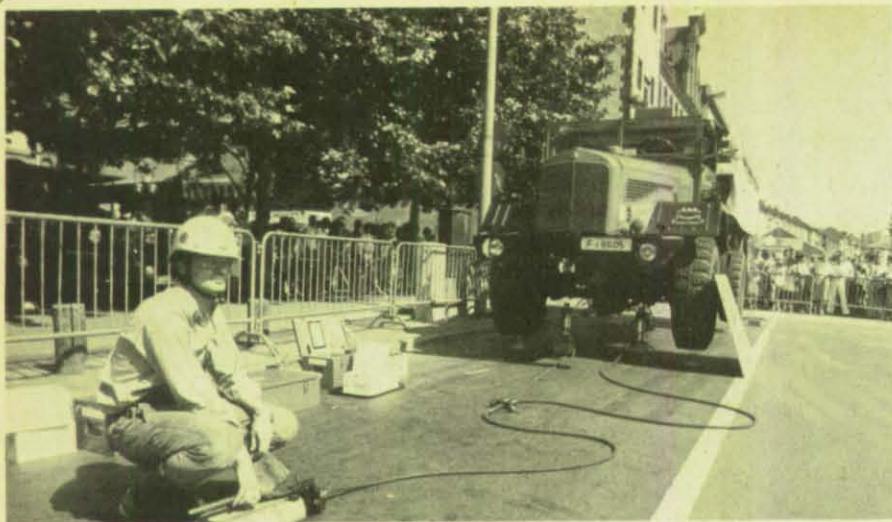
Frankfurt. Reif zum Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde dürfte eine „Show-Übung“ sein, die sich der THW-OV Frankfurt zum „Tag der offenen Tür“ der Stadt am ersten September-Wochenende ausgedacht hatte. Drei Helfer aus dem 1. Bergungszug setzten ein Transportfahrzeug für Fährerenteile auf vier Biergläser. Unter dem Applaus zahlreicher Zuschauer stiegen anschließend noch acht Bergungsspezialisten zu. Die vier 0,2-Liter-Gläser trugen damit eine Gesamtlast von rund acht Tonnen.

Die Idee zu dieser Balance-Demonstration stammte allerdings nicht aus dem Frankfurter Helferkreis. Ein Schweizer Team war darauf gekommen und hatte das kipplige Kunststück in der ZDF-Sendung „Wetten daß...“ mit Frank Elstner am 12. Dezember 1981 in der Stadthalle Hagen gezeigt. Die Mannschaft des Alpenlandes benutzte seinerzeit einen 7,5-Tonner und 0,3-Liter-Biergläser.

Die knifflige Meisterleistung der Schweizer wurde jedoch vom Frankfurter THW glasklar überboten. Der blaue Laster mit dem Namen „Amanda“ hatte zwar „nur“ ein Leergewicht von 7360 Kilogramm. Nachdem aber acht Helfer behutsam in das Fahrzeug geklettert waren – jeder durchschnittlich 80 Kilo schwer – kamen noch einmal mindestens 640 Kilogramm zusammen. Im Trubel und Jubel über die hervorragende und einmalige Schau wurde vergessen, für die Herren eine Waage bereitzustellen. Allemal hatte keiner sich vorher ausgemalt, daß der 7,36-Tonner mit zusätzlicher Belastung ohne Glasbruch sicher auf den Gläsern stehen würde.

Im Gegensatz zum „Wetten-daß-Team“ hatten die drei „Akrobaten“ Frank Tkacz und Bernd Köhler (an den Hydraulik-





pressen) sowie Jürgen Roth (Ausrichter) ohnehin schon Schwierigkeiten einzukalkulieren, die bei der Saaldemonstration mit Klimaanlage und glattem Bühnenboden fehlten: Wind, der am Fahrzeug rüttelt, leichte Wölbung und Unebenheiten der Fahrbahndecke. Die Frankfurter THW-Schau lief nämlich draußen am Mainufer über die Bühne. Gestaut haben die begeisterten Zuschauer nicht zuletzt auch darüber, wie behutsam das THW-Trio unter Zugführer Wolf-Dieter Jahn mit dem schweren Bergungsgerät einer Hydraulikpresse umzugehen vermochte.

Das Frankfurter THW-Team denkt nun daran, den Rekord weiter zu steigern und unter amtlicher Aufsicht das Maximum an Belastung zu ermitteln. Hierbei sollen wieder Helfer mitmachen, die ganz vorsichtig auf die Ladefläche steigen. Mit leblosen Gewichtsklotzen geht der Reiz der Demonstration verloren. Außerdem will das THW der Mainmetropole mit der Schweizer Mannschaft Kontakt aufnehmen und sich vielleicht einmal mit den Herren im direkten Vergleich messen.

Unser Bild: Behutsam wird Lkw „Amanda“ auf die vier Biergläser mit Hilfe der Hydraulikpresse gestellt.  
(Foto: Schwepfinger)

### Darmstadt: Auf die Plätze . . .

. . . war das Kommando zur ersten hessischen ABC-Fachdienstübung des Regierungsbezirks Darmstadt. Diese bisher in der Bundesrepublik einmalige Übung, an der elf Einheiten mit ihrer umfangreichen Fachdienstausstattung teilnahmen, fand vor zahlreichen Beobachtern in Michelstadt/Odenwald statt. Zweck dieser fast neunstündigen Übung war es, die Einsatzmöglichkeiten und die Leistungsfähigkeit dieser Spezialeinheiten des Katastrophenschutzes zu demonstrieren.

Unter der Leitung von Regierungsdirektor Ulrich Lüdke, Dezernat III/5 des Regierungspräsidiums Darmstadt, erarbeitete die Fachgruppe ABC-Dienst der Katastrophenschutzschule Hessen diese Übung, bei der 300 Feuerwehrleute ihr Können unter Beweis stellen konnten. Das Zivilschutz-Magazin wird über die Übung noch ausführlich berichten.



Zu unserem Bild: Bis ins kleinste Detail wurde die Dekontamination von Personen übungsmäßig durchgespielt.  
(Foto: Schwepfinger)

### Stv. Landesbereichsführer der FF Hamburg wurde verabschiedet

Nach 40 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit wurde der stellvertretende Landesbereichsführer der Hamburger Freiwilligen



Feuerwehren, Heinrich Meyer, in Hamburg-Ochsenwerder aus dem aktiven Dienst verabschiedet. Er gehört jetzt zur Ehrenabteilung der Freiwilligen Feuerwehr Neudorf, aus der er hervorging.

Hamburgs Innensenator Dr. Rolf Lange würdigte die Tätigkeit Meyers als die eines Mannes, der keine Mühe gescheut hat, wenn es galt, für die Sicherheit der Vaterstadt einzutreten. Heinrich Meyer ist nach den Worten des Senators durch seine ruhige, ausgleichende Art ein Mann, der sich große persönliche Verdienste um Hamburgs Sicherheit erworben hat: „Von dieser Sorte brauchen wir mehr!“

Der Senator erinnerte an mehrere Großeinsätze, bei denen Heinrich Meyer als Führungskraft mitwirkte: Sturmfluten 1962 („Ich habe sie selbst als Helfer in Overwerder an der Elbe miterlebt!“) und 1976, den Heidebrand und den Bruch des Elbe-Seiten-Kanals.

Nachfolger Peter Voß, bisher Direktionsbereichsführer der Freiwilligen Feuerwehren westlich der Alster, so der Innensenator, „findet ein ausgezeichnet bestelltes Haus vor“.

Zu unserem Bild: Bei der Verabschiedung (von links): Heinrich Meyer, Innensenator Dr. Rolf Lange, Hamburgs neuer stellvertretender Landesbereichsführer Peter Voß und Landesbereichsführer Hermann Stahlbuhk.  
(Foto: Peter von Essen)

### Björn-Steiger-Stiftung erhält Rettungshunde-Container

Der erfolgreiche Einsatz von Rettungshunden am Katastrophenort ist weitgehend von ihrem schnellen Eintreffen abhängig. Die Erfahrung hat gezeigt, daß ein Rettungshundetransport mit Fahrzeugen zu viel Zeit in Anspruch nimmt, die bei der Suche nach Vermißten oder Verschütteten wertvoll ist. Wenn bei Explosionen, Erdbeben oder sonstigen Katastrophen Gebäude zusammenstürzen, ist es besonders wichtig, sofort festzustellen, ob sich Menschen unter den Trümmern befinden, denn Großräumgeräte können in der Regel erst eingesetzt werden, nachdem verschüttete Opfer geborgen sind.

Ausgebildete Rettungshunde zeigen sofort an, wo verschüttete Opfer liegen. Am Verhalten der Hunde können ihre Führer sogar feststellen, ob das Unfallopfer noch lebt. Deshalb ist der sofortige Einsatz von Rettungshunden bei solchen Katastrophen wichtig.

Flugzeuge sind für den schnellen Transport von Rettungshunden zum Einsatzort





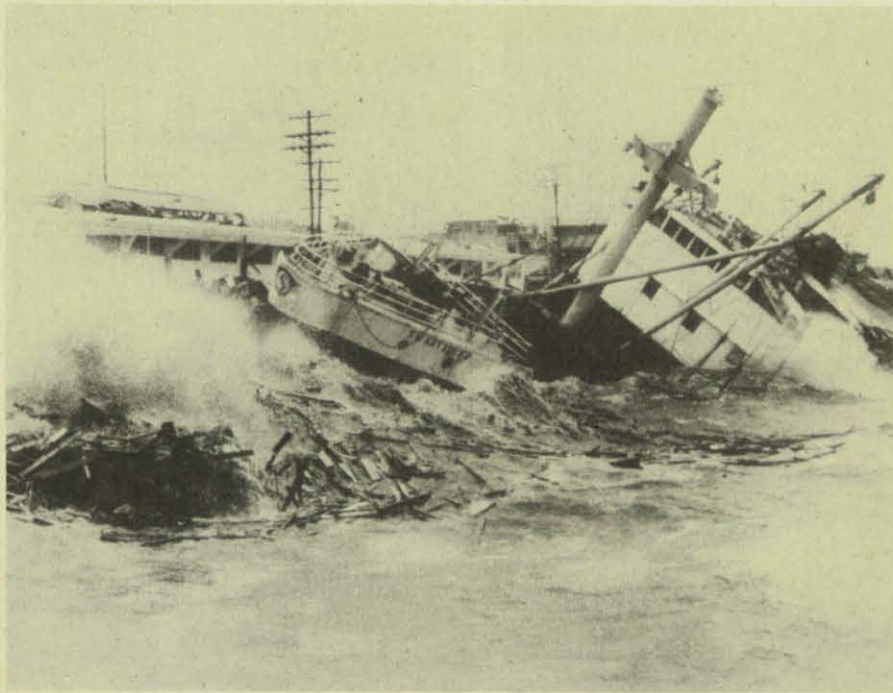
besonders geeignet. Um solche Transporte gefahrlos zu ermöglichen, sind spezielle Hundetransport-Container notwendig. Acht dieser Transport-Container

wurden jetzt von Auszubildenden eines großen Stuttgarter Automobilwerkes in rund 400 Arbeitsstunden gebaut und an die Björn-Steiger-Stiftung übergeben.

### Philippinen: Größte Sturmkatastrophe seit Menschengedenken

Weit über 1000 Todesopfer forderte Anfang September eine Sturmkatastrophe auf den Philippinen. Der Taifun „Ike“ fegte über zehn Provinzen weg und zerstörte Tausende zumeist aus Holz erbaute Wohnhäuser, Schulen, Kirchen und öffentliche Gebäude. Der Sturm mit einer Windgeschwindigkeit von über 200 km/st machte nach

Schätzung der Behörden fast 200000 Menschen obdachlos. Der Sachschaden wird auf rund 300 Millionen Mark veranschlagt. Am schwersten betroffen wurde die Provinz Surigao. Übermannshohe Wellen fegten durch die Hafenzentren. Die hohen Brecher schleuderten selbst große Frachtschiffe aufs Land (unser dpa-Bild).



### Einsatzübung „Sichere Wacht“

Drei Tage lang führte der 2. Betreuungszug Nordfriesland, Standort Tetenbüll, eine Fachübung unter dem Titel „Sichere Wacht“ durch. Am ersten Tag ging es um eine schwerpunktmäßige Fortbildung im Bereich des ABC-Schutzes. Hierbei wurden die Helfer vom 1. ABC-Zug Nordfriesland unterstützt. Am zweiten Tag wurde der Fernmeldebetrieb geübt.

Der dritte Tag, ein Samstag, war einer großen Evakuierungsübung vorbehalten: Im Freizeitpark Garding wurden Notunterkünfte für rund 2000 Menschen vorbereitet. Besonders wurde das Registrieren und die Betreuung hilfsbedürftiger Personen sowie deren Versorgung geübt. Hinzu kam das Ausleuchten des Platzes sowie der Aufbau von Behelfstoiletten.

Die Übung zeigte die vielseitigen Aufgaben eines Betreuungszuges auf. Die Beobachter bescheinigten den Helfern gute Fachkenntnisse und eine kameradschaftliche Zusammenarbeit.

### Staatssekretär Robert Ruder verabschiedete Albert Bürger

Bei der Verbands- und Vereinsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg am Samstag, dem 22. September 1984, in Lörrach wurde der bisherige erste Vorsitzende des Verbands, Architekt Albert Bürger, von Staatssekretär Robert Ruder, Innenministerium Baden-Württemberg, verabschiedet.

Der Staatssekretär würdigte Bürger als einen Mann, dessen Namen mit dem Feuerwehrwesen nicht nur in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik, sondern in ganz Europa eng verbunden sei. Ruder: „Albert Bürger ist einer der großen ‚Pioniere‘ des nationalen und internationalen Feuerwehrwesens.“

Ruder führte danach Bürgers Nachfolger, Kreisbaudirektor Rolf Englerth (Ellwangen), in sein Amt ein. Englerth trat 1959 der Freiwilligen Feuerwehr Ellwangen bei und wurde 1964 zum Kreisbrandmeister gewählt. Seit 1975 ist er Verbandsvorsitzender des Kreisverbandes Ostalbkreis. 1979 wurde Englerth zum stv. Verbandsvorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes gewählt. Ruder wünschte dem neuen Vorsitzenden eine ebenso glückliche Hand wie die seines Vorgängers.

„Ihre reichhaltige Erfahrung auf allen Gebieten des Feuerwehrwesens und ihr großes Engagement werden Ihnen bei



„Ihrer neuen Aufgabe zugute kommen“, betonte Ruder.

Vor der Verbandsversammlung unterstrich der Staatssekretär die Bedeutung der Feuerwehren und dankte den über 120000 Feuerwehrmännern und -frauen in Baden-Württemberg für ihren aufopferungsvollen und unentbehrlichen Einsatz.

Ruder hob hervor, das Land Baden-Württemberg habe in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Ausstattung der Feuerwehren weiter zu verbessern. Land und Bund brächten jährlich rd. 200 Millionen DM für das Feuerwehrwesen auf. Aufgrund erfreulicher Zuwachsraten bei der Feuerschutzsteuer sei es wieder möglich geworden, alle Zuschußanträge zu bewilligen. Der noch im Jahre 1980 bestehende Antragsstau in Höhe von 48 Millionen DM wurde zwischenzeitlich abgebaut.

Damit die Feuerwehren auch künftig entsprechend ihrem Auftrag für die Sicherheit aller ausgerüstet werden können, so versicherte der Staatssekretär, werde er sich bei der Feuerschutzsteuer gegen sämtliche Einflüsse einer Auflösung der Zweckbindung einsetzen. Ruder: „Das Feuerschutzsteueraufkommen ist und bleibt zweckgebunden für die Belange der Feuerwehr und des vorbeugenden Brandschutzes.“

### Jülich: Hilfsdienste zeigten Leistungsbereitschaft

Rund 170 Helfer hatten sich an zwei Tagen des letzten August-Wochenendes die „gute Stube“ der Jülicher Innenstadt reserviert. Der Schloßplatz bot den Helfern und der Ausrüstung aller neun Hilfsdienste Platz, um den Bürgern eine umfassende Darstellung der Leistungsbereitschaft zu geben.

Genannt war diese Rettungsausstellung „Zweiter Tag der Hilfsdienste“. Begonnen hatte die Serie vor zwei Jahren die

Jülicher Feuerwehr, die sich im Anschluß an ihr 100. Stiftungsfest zusammen mit den „Kollegen“ der Hilfsdienste präsentierte.

Jetzt, 1984, feierte der „Adler-Hilfsdienst“ die ersten zehn Jahre seines Bestehens. Der Club ehrenamtlicher Helfer, der Pannen- und Unfallhilfe anbietet, Betreuungen und Sicherungsaufgaben bei Veranstaltungen übernimmt, organisierte das Treffen der Hilfsdienste.

Niemand ließ sich zweimal bitten: Der Bundesverband für den Selbstschutz, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, das Deutsche Rote Kreuz, die Feuerwehr der Stadt Jülich, der Malteser-Hilfsdienst, das Technische Hilfswerk, die Beamten der Schutz- und Autobahnpolizei sowie die Verkehrswacht beteiligten sich an der Veranstaltung.

Jülichs Verwaltungschef, Stadtdirektor Albert Eduard Schröder, hatte die Schirmherrschaft übernommen. Vor großem Publikum eröffnete er die Ausstellung, die über mehr als zehn Stunden die ganze Palette rettungstechnischen Könnens vorführte.

Im Filmzelt wechselten, immer gut besucht, die Angebote in laufenden Bildern; informativ, aufklärend, vorbeugend. Auch Gedränge an der kurzen Leiter, die hinaufführte zum Sitz des Gurtschlitzens, der einen Aufprall mit elf km/h simulierte. Vom Bus der Verkehrswacht, der Sehtests in vielen Variationen bot, ein kurzer Weg zur DLRG, die einen Wasserrettungszug vorstellte und Könnner aus eigenen Reihen nach „Groschen“ tauchen ließ.

Wer als Pkw-Fahrer einen Sicherheits- und Geschicklichkeitsparcours beim „Adler“ passiert hatte, schaute sich die Seilbahn des THW an, die über den alten Graben gespannt worden war, der den Schloßplatz von der historischen Zitadelle trennt. Eine vielbestaunte Leistung brachte das THW, das mit zwei Gruppen binnen kurzer Zeit einen acht Meter hohen „Trümmersteg“, 30 Meter lang, errichtete (unser Foto).

Mit Ideen sparte nicht die Feuerwehr; deren Kameraden aus dem Stadtteil Broich sorgten mit einer „historischen Löschübung“ – Uniform und Technik aus der Jahrhundertwende – für rechte Stimmung. Und die Jugend-Wehr der Stadt bewies ihr Können: Sie durfte nach einem dargestellten Verkehrsunfall einen brennenden Personenwagen mit Schaum löschen.

Dem war eine nicht alltägliche Übung vorausgegangen: „Rettungsdienst zum Anfassen“ hieß die Vorführung, bei der nicht die notwendige Schnelligkeit gefragt war, sondern das Erklären jeden Handgriffs, jeden Glieds in der „Rettungskette“. Ausgangslage war auch hier ein Verkehrsunfall, bei dem fünf junge Leute des DRK die „Verletzten“ erschreckend echt mimten. Stadtbrandmeister Toni Mertens und Jakob Schmitz, Rettungssanitäter des MHD, moderierten fachlich die Übung.

Niemand sollte zu kurz kommen an diesem Wochenende; für die Kleinsten – wenn sie sich vom blitzenden Blaulicht und kreischendem Einsatzhorn lösen konnten – hatte das DRK einen hübschen Spiel-Pool eingerichtet. Und Musik live gab's auch; schmissig intoniert von der Band „Grüne Welle“. Bezeichnend, denn alle Solisten sind Beamte der Polizei. (Foto: Philippen)

### Neuartiger Notarzt-Container vorgestellt

Eine namhafte Firma aus Rheinbrohl stellte einen neuartigen, schwimmfähigen Notarzt-Container auf dem Rhein vor. Der Norm-Container kann mit einem Lkw auf dem Landweg zu Einsatzplätzen transportiert, aber auch mit einem um 360 Grad schwenkbaren Wasserstrahltrieb auf Flüssen und Seen eingesetzt werden. Der Container ist sowohl mit allen erforderlichen medizinischen als auch für die Schifffahrt notwendigen nautischen Instrumenten ausgerüstet. (Foto: dpa)





## Information der Bevölkerung über Hochwasserstände soll verbessert werden

Der Bundestagsabgeordnete Pauli (SPD) richtete folgende Anfrage an die Bundesregierung:

„Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bevölkerung im Bereich der hochwassergefährdeten Gebiete immer noch darüber klagt, daß die Informationen über die Wasserstände unzureichend seien, und ist die Bundesregierung in der Lage und gegebenenfalls bereit, auf die Länder einzuwirken, damit diese dahingehend verhandeln, daß neben den inzwischen eingeführten Hörfunkmitteilungen in den Vormittagsstunden ein Fernsehstandbild mit kurzen Erläuterungen für die gefährdete Bevölkerung gesendet wird?“

Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Dr. Fröhlich, erklärte für die Bundesregierung:

„Klagen der Bevölkerung im Bereich der hochwassergefährdeten Gebiete über unzureichende Informationen über die Wasserstände sind – soweit dies in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit festgestellt werden konnte – der Bundesregierung nicht bekanntgeworden.

Die Bundesregierung greift jedoch Ihre Anregung auf. Sie wird das von Ihnen angesprochene Problem an die für derartige Katastrophenfälle zuständigen Länder herantragen. Zu diesem Zweck werde ich im Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz die Ländervertreter auf den dargestellten Sachverhalt hinweisen. Darüber hinaus werde ich mich an die für die Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten der Länder federführende Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz wenden.“

## 30 Jahre Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten

Am 14. Mai 1954 unterzeichneten 37 Staaten im Haag (Niederlande) die Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten. Inzwischen sind der Konvention über 70 Staaten beigetreten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland.

Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann würdigte aus diesem Anlaß die bedeutende Rolle der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) an dem Zustandekommen der Konvention. Die UNESCO, zu deren Aufgaben der Schutz von Kulturgut in aller Welt ge-

hört, wacht auch über die Durchführung der Konvention. Die Vertragsstaaten berichten der UNESCO regelmäßig über den Stand der Verwirklichung des Schutzes von Kulturgut. Zimmermann hob hervor, daß sich die Unterzeichnerstaaten der Konvention verpflichtet haben, bereits in Friedenszeiten die Sicherung des Kulturgutes auf ihrem Gebiet gegen die Folgen eines bewaffneten Konfliktes vorzubereiten und dazu alle Maßnahmen ergreifen, die sie für geeignet halten.

Er bezeichnete dies als eine wichtige Aufgabe, die nicht geringer geachtet werden sollte als andere Maßnahmen des Zivilschutzes. Der Bundesinnenminister kritisierte in diesem Zusammenhang die grundsätzliche Verweigerung mancher Gruppen zum Zivilschutz. Die Politik der Bundesregierung und der mit der Bundesrepublik Deutschland verbündeten Staaten sei auf die Erhaltung des Friedens in Freiheit gerichtet. Notwendige Vorsorgemaßnahmen des Zivilschutzes seien gerade auch im Interesse der Kriegsverhütung zwingend geboten. Wer den Zivilschutz bewußt vernachlässige, weil er glaube, dadurch dem Frieden zu dienen, handele verantwortungslos.

Es sei daher der Sinn der Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten, den Menschen nicht nur in Erinnerung zu rufen, daß die Erhaltung des kulturellen Erbes für alle Völker der Welt von großer Bedeutung ist. Sie fordert auch dazu auf, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, dem unersetz-

lichen kulturellen Erbe einen größeren Schutz zu gewähren. Zimmermann appellierte deshalb an alle, denen Kulturgut anvertraut ist, sich dieser Verantwortung auch zu stellen.

Abschließend teilte der Bundesinnenminister mit, daß in der Bundesrepublik Deutschland bereits seit vielen Jahren von Bund und Ländern besonders wertvolle, einzigartige historische Dokumente mikroverfilmt werden. Das Filmmaterial werde in einem zentralen Bergungsort bei Freiburg eingelagert. Dies sei in mehrfacher Weise sinnvoll, weil die Gefährdung von Archivmaterial durch Schadensereignisse der letzten Jahre, z. B. durch Brand, wiederholt offensichtlich wurde.

In nächster Zeit werde mit der nach der Haager Konvention vorgesehenen Kennzeichnung von Baudenkmalern, Denkmalorten, Museen, Archiven, Bibliotheken und archäologischen Stätten begonnen werden. Es handele sich hierbei um die Anbringung eines in der Konvention festgelegten Schildes in den Farben Ultramarinblau und Weiß, das auf die besondere Bedeutung dieser Kulturgüter hinweisen soll. In den Nachbarländern Österreich, Schweiz, den Niederlanden, Belgien und der DDR sei die Kennzeichnung bereits vollzogen bzw. im Gange. Zimmermann hofft, daß diese Zeichen in der Bevölkerung einen ähnlichen Bekanntheitsgrad erlangen werde wie das Rote Kreuz auf weißem Grund als Wahrzeichen des Sanitätsdienstes nach dem Genfer Abkommen von 1949.

Durch eine Gasexplosion wurde in Breckerfeld (Ennepe-Ruhr-Kreis) ein mehrgeschossiges Wohnhaus völlig zerstört und ein Nachbargebäude schwer beschädigt. Vier Bewohner konnten verletzt aus den Trümmern geborgen werden. Unser dpa-Bild zeigt das völlig zerstörte Gebäude.





## Straßenbahnhalde fiel Großfeuer zum Opfer

Völlig ausgebrannt ist die Werkstatt der Städtischen Straßenbahnbetriebe Heidelberg. Das Großfeuer zerstörte vier Straßenbahnen und richtete einen Schaden von rund zwölf Millionen Mark an.

Die Löscharbeiten dauerten bis zum frühen Morgen des nächsten Tages. Die Ursache: vermutlich Kurzschluß.

(Foto: dpa)



## Dr. Zimmermann: Feuerwehren – eine tragende Säule des Zivilschutzes

Der Bundesminister des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann, hat in einem Beitrag für das Feuerwehr-Jahrbuch 1984/1985 auf die besondere Bedeutung der Feuerwehren im Hilfeleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen und im einzelnen ausgeführt:

„Der Zivilschutz findet in der Öffentlichkeit und leider auch im politischen Raum nur selten die Aufmerksamkeit, die der Bedeutung dieser Aufgabe als Element des Schutzes unserer Bevölkerung zukommt.

Dies gibt mir als dem für den Zivilschutz verantwortlichen Bundesminister Veranlassung, noch einmal ganz deutlich darauf hinzuweisen, daß es sich hier um einen wesentlichen Bestandteil der Daseinsvorsorge für unsere Bevölkerung handelt. Wer den Zivilschutz vernachlässigt, der handelt verantwortungslos, und zwar sowohl gegenüber der Bevölkerung unseres Landes wie gegenüber unserer Umwelt.

Dies wird sehr deutlich am Beispiel des erweiterten Katastrophenschutzes, in dem die Feuerwehren eine wichtige Rolle spielen. Sie sind damit zugleich eine der tragenden Säulen des einheitlichen Hilfeleistungssystems.

Im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes finanziert der Bund über 7300 Einheiten und Einrichtungen. Darin sind über 1000 Löschzüge des Brandschutzes und weit mehr als 100 von den Feuerwehren getragene ABS-Züge enthalten. Die Bundesregierung setzt ein Konsolidierungsprogramm für die Modernisierung und Komplettierung der Ausstattung fort, das dem erweiterten Katastrophenschutz in einem Zeitraum von 10 Jahren mehr als 10000 neue Fahrzeuge zuführt. Von dem Gesamtvolumen von über 1,1 Mrd. DM stellt der Bund fast die Hälfte für die von den Feuerwehren getragenen Löschzüge und ABC-Züge zur Verfügung.

So bedeutend Art und Umfang der Ausstattung für eine effiziente Hilfeleistung

einerseits auch ist, so darf man sie andererseits nicht als das allein Ausschlaggebende sehen. Für den Einsatzerfolg kommt es auch entscheidend auf die vom humanitären Gedanken getragene selbstlose Pflichterfüllung der Feuerwehrleute an. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Feuerwehrleute im Dienst der Allgemeinheit nicht nur Freizeitorfer, sondern auch Gefahren für Leben und Gesundheit in Kauf nehmen, verlangt unser aller Dank und Anerkennung.

Die Freiwilligen Feuerwehren nehmen darüber hinaus eine ganz hervorragende gesellschaftspolitische Aufgabe wahr, indem ihre Mitglieder die für ein Gemeinwesen unverzichtbaren humanitären Ideale wie bürgerschaftlich-solidarisches Engagement, Uneigennützigkeit und Hilfsbereitschaft vorbildhaft mit Leben erfüllen und in diesem Sinne als Multiplikatoren wirken. Dies kann in einer Zeit, in der überzogenes Anspruchsdenken und nachlassende Leistungsbereitschaft Anlaß zur Besorgnis geben, nicht hoch genug eingeschätzt und gewürdigt werden. Besonders hervorzuheben ist die von diesem Gedankengut getragene Jugendarbeit bei den Freiwilligen Feuerwehren.

Wenn auch Anlaß besteht, auf das bisher Erreichte stolz zu sein, gibt es dennoch – wie in anderen Aufgabenbereichen – im Zivilschutz noch vieles zu tun. Ich werde mich daher auch weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, daß der Zivilschutz die ihm gebührende Berücksichtigung im Rahmen des von uns zu bewältigenden Gesamtaufgabenspektrums findet.“

## Privatisierung des THW steht nicht zur Diskussion

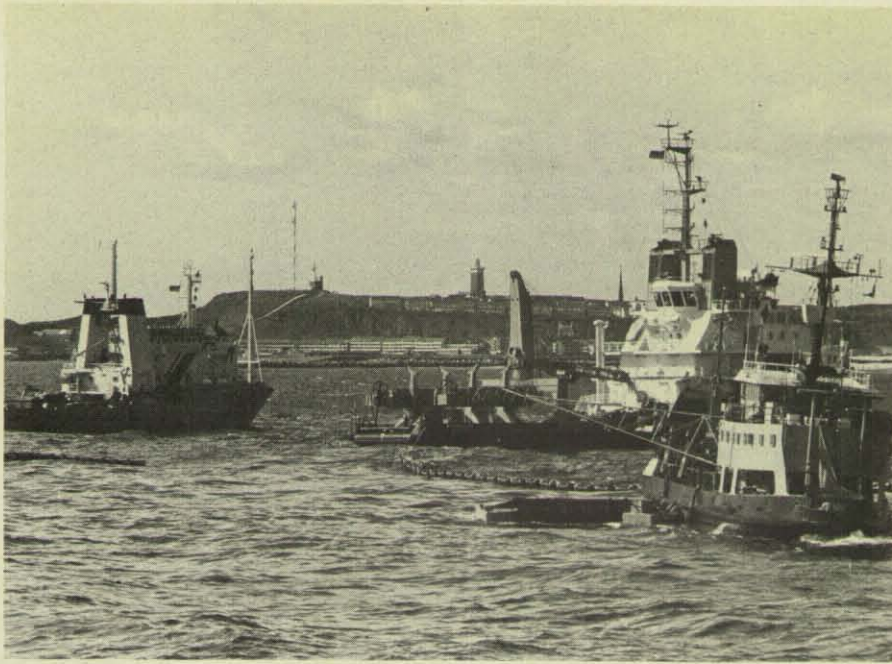
Der Bundestagsabgeordnete Immer (Altenkirchen, SPD) hatte die Bundesregierung gefragt, ob es Überlegungen zur Privatisierung des THW gibt:

„Inwieweit gibt es Überlegungen oder bereits ein Konzept, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) zu entflechten bzw. zu privatisieren, so daß das THW einen Status ähnlich dem Deutschen Roten Kreuz oder dem Malteser-Hilfsdienst erhält, und aus welchen Gründen werden gegebenenfalls solche Überlegungen angestellt oder ein solches Konzept entwickelt?“

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Spranger, beantwortete die Frage wie folgt:

„Im Bundesministerium des Innern gibt es keine Überlegungen und auch kein Konzept, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk zu privatisieren.“





### Simulierter Ölunfall wurde vor Helgoland bekämpft

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger war prominentester Zuschauer einer internationalen Übung mehrerer Ölbekämpfungsschiffe vor Helgoland. Drei deutsche, ein dänisches und zwei niederländische Schiffe probten die Kommunikation und Zusammenarbeit bei der Bekämpfung eines mit Fischöl simulierten Ölteppichs.

Die Schiffe zogen hinter sich mehrere hundert Meter lange und weit auseinandergefächerte Kunststoffschläuche mit 80 Zentimeter Tiefgang, um das an der Oberfläche schwimmende Öl einzufangen. Die Sperren wurden zusammengezogen, und danach sollte das Öl von

zwei Absaugschiffen aufgenommen werden.

Der hohe Wellengang erschwerte die Aufnahme des Öls erheblich. Große Teile konnten nicht abgesaugt werden. Nur bei glatter See erreicht dieses Ölbekämpfungssystem seine optimale Wirkung.

Trotzdem war Minister Dollinger mit dem Verlauf der Übung zufrieden: „Das Ziel, die taktische Einsatzsteuerung eines multinationalen Schiffsverbandes über abgestimmte Kommunikationsverfahren und Kommandostrukturen zu koordinieren, ist voll erreicht worden.“

### F.D.P.-Hearing zum ZSG: Wirksamer Zivilschutz ist nötig

Die Bundestagsfraktion der F.D.P. hat unter Vorsitz des innenpolitischen Sprechers der Fraktion, Dr. Burkhard Hirsch, ein Hearing zum vorläufigen Referentenentwurf eines Zivilschutzgesetzes durchgeführt. Dabei legten die Vertreter der Organisationen, die im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirken, der Bundesvereinigung Kommunalen Spitzenverbände und des Deutschen Beamtenbundes ihre Auffassungen zu dem Referentenentwurf dar.

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Hirsch erklärte dazu im Pressedienst der F.D.P.-Fraktion:

„Im Mittelpunkt der Anhörung standen die beabsichtigten Regelungen zum Schutzraumbau, zur Dienstpflicht im Zivilschutz, zur sogenannten Gesundheitssicherstellung und organisatorische

Fragen. Dazu hat die Anhörung wertvolle Anregungen gebracht. Es besteht kein Zweifel, daß ein neues Zivilschutzgesetz wünschenswert ist, um den Schutz der Zivilbevölkerung im Falle eines Krieges zu verbessern. Es ist selbstverständlich, daß wirksame Schutzmaßnahmen ohne enge Zusammenarbeit und ohne Hilfe der freiwilligen Katastrophenschutzorganisationen überhaupt nicht möglich ist. Daher ist auch eine enge Zusammenarbeit bei der Beratung und Behandlung des Gesetzentwurfes erforderlich. Es ist bemerkenswert, daß dem Ministerium bei der Vorbereitung des Referentenentwurfes eine Abstimmung mit diesen Verbänden offenbar nur sehr unvollkommen möglich gewesen ist, wie sich sowohl aus der teilweisen Zustimmung wie auch aus der harten Kritik an zahlreichen Regelungs-

versuchen ergab. Die Bundestagsfraktion wird die Anhörung sorgfältig auswerten und in enger Zusammenarbeit mit den angehörten Organisationen eigene Vorschläge entwickeln.“

Weiter erklärte Dr. Hirsch:

„1. Ein wirksamer und funktionstüchtiger Zivilschutz ist notwendig. Die auf Erhaltung des Friedens gerichtete Verteidigung bleibt unglaublich ohne wirksame Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung. Sich für einen wirksamen Zivilschutz einzusetzen, bedeutet auch, daß trotz aller schrecklichen Szenarien für den Ernstfall Resignation nicht unsere Antwort sein kann. Mit der Schaffung eines wirksamen Zivilschutzes wird dem Beispiel anderer Staaten wie z. B. Schweiz und Schweden lediglich gefolgt.

2. Eine Neuregelung des Zivilschutzes ist ohne eine grundsätzliche Abstimmung mit den freiwilligen Zivilschutz- und Katastrophenschutzorganisationen nicht möglich. Ziel muß es sein, das gesamte Hilfeleistungspersonal in materiellem und personeller Hinsicht nutzbar und verfügbar zu machen. Dies setzt einen klar umrissenen rechtlichen und organisatorischen Rahmen voraus. Inhalt eines Zivilschutzgesetzes darf nicht nur die Ankündigung später von der Exekutive zu treffender Maßnahmen sein, notwendig sind im Gesetz selbst verbindliche Regelungen der Aufgaben und der Zuständigkeiten im Rahmen des Zivilschutzes. Einer der Hauptkritikpunkte an dem vorläufigen Referentenentwurf ist daher die Unbestimmtheit der im Entwurf vorgesehenen Ermächtigungen.

3. Schutzraumbau ist im Grundsatz notwendig; „schützen ist besser als retten“. Unbeantwortet ist jedoch die Frage, ob und in welchem Umfang der Bund bereit ist, entsprechende finanzielle Mittel zur Förderung des Schutzraumbaus zur Verfügung zu stellen. Offen ist auch die Frage, welche Anforderungen an derartige Schutzräume zu stellen sind. Vorrang aus F.D.P.-Sicht haben die Schutzraumbaupflicht bei Mehrzweckbauten und die Aktivierung alter Schutzräume. Wer eine Schutzbaupflicht für Wohnhäuser fordert, muß dies auch für alle Fabriken, Betriebe usw. in der Wirtschaft fordern und Auskunft darüber geben, welche finanziellen Auswirkungen dies hat und welche staatlichen Hilfen geleistet werden sollen.

4. Bei der Frage der Einführung der Zivilschutzdienstpflicht ist das Problem der Kapazitätsabstimmung zwischen dem Bedarf der Bundeswehr einerseits und dem der Zivilschutz- und Katastrophenschutzorganisationen andererseits ungelöst. Die Kapazitätsplanung ist derzeit denkbar unbestimmt. Dem Zivilschutz



kann nicht damit gedient sein, im Ernstfall völlig unausgebildete Helfer zugewiesen zu bekommen; das bisherige Verfahren, das den Zivilschutz- und Katastrophenschutzorganisationen das nötige Potential an Helfern sicherte, erscheint grundsätzlich vernünftig.

5. Bezüglich Organisation und Aufgabenzuweisung auf Bundesebene im Bereich des Zivilschutzes ist das Ergebnis der vom Bundesrechnungshof insoweit erbetenen Organisationsüberprüfung abzuwarten."

### **Bundesinnenminister Dr. Zimmermann: „Eindrucksvolle Leistungen des Hubschrauber-Rettungsflugdienstes“**

Bundesinnenminister Dr. Zimmermann sagte zu der Bilanz der Hubschrauber-Rettungsflügeinsätze im ersten Halbjahr 1984: „Tausende von Menschen verdanken den Einsätzen des Hubschrauber-Rettungsfluges die Wiederherstellung ihrer Gesundheit oder die Rettung ihres Lebens. Alle beteiligten Helfer arbeiten engagiert und kooperativ an dieser Aufgabe. Die Bundesregierung dankt ihnen für ihre eindrucksvollen Leistungen.“

In der Bundesrepublik Deutschland sind derzeit 35 Luftrettungsstationen eingerichtet. Jede Station versorgt ein Gebiet mit einem Radius von 50 km. 18 Stationen sind mit Hubschraubern des Katastrophenschutzes ausgestattet; weitere 17 Stationen sind teils mit Hubschraubern der Bundeswehr (6 Stationen), teils mit Hubschraubern privater Betreiber, und zwar der ADAC-Luftrettung GmbH (5 Stationen) und der Deutschen Rettungsflugwacht e. V. (5 Stationen), sowie der Polizei (1 Station) ausgerüstet.

Im 1. Halbjahr 1984 sind diese Einsätze im Rettungsdienst mit Hubschraubern geflogen, die Patienten direkt am Unfallort mit erster ärztlicher Hilfe versorgt oder schwerverletzt in Krankenhäuser geflogen worden:

	geflogene Einsätze	versorgte Patienten
des Hubschrauber-Katastrophenschutzes	7 728	6 600
der Deutschen Rettungsflugwacht e. V.	2 155	1 746
der Bundeswehr	2 125	1 897
des ADAC	1 505	1 312
der Polizei	330	286

Die Hubschrauber des Katastrophenschutzes flogen seit Beginn des Luftrettungsdienstes im Jahre 1971 insgesamt ca. 139000 Einsätze; mehr als 120000 Patienten sind ärztlich versorgt worden.

Die Hubschrauber des Katastrophenschutzes, die von Piloten des Bundesgrenzschutzes geflogen und auch vom Bundesgrenzschutz gewartet werden, sind an Krankenhäusern stationiert, die für den Einsatz im Rettungsdienst rund um die Uhr Notärzte bereithalten. Die Hilfsorganisationen (Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, kommunale Feuerwehren), die im Einzugsbereich der zentralen Rettungsleitstelle den bodengebundenen Rettungsdienst betreiben, stellen für den Hubschraubereinsatz die Rettungssanitäter. Jeder Hubschrauber ist mit dem notwendigen medizinisch-technischen Gerät für die ärztliche Versorgung der Notfallpatienten ausgestattet.

### **DLRG-Ehrenpräsident Prof. Dr. Josef N. Schmitz †**

Der Ehrenpräsident der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) und Präsident der Fédération Internationale de Sauvetage (FIS), Prof. Dr. Josef N. Schmitz, ist am 18. September 1984 im 67. Lebensjahr unerwartet verstorben.

Prof. Schmitz, der im Jahre 1951 durch den Erwerb des Lehrabzeichens in engeren Kontakt mit der DLRG kam, leitete von 1959 bis 1968 die DLRG-Ortsgruppe Dillingen, wurde 1968 Leiter des DLRG-Landesverbandes Saar, 1971 Vizepräsident und stand von 1974 bis 1983 dem Präsidium der DLRG als Präsident vor, zu deren Ehrenpräsident er 1983 durch die Bundestagung berufen wurde.

In herausragender Weise hat Professor Schmitz es verstanden, die in der Tradition gegebene Ideensetzung der DLRG zu aktualisieren und den in der Entwicklung zugewachsenen und bereits praktizierten Aufgaben ein neues ideelles Fundament zu geben. Durch seinen unermüdlichen Einsatz in Wort und Schrift hat er deutlich gemacht, daß sich die Aktivitäten und Zielsetzungen der DLRG auf zwei tragende Pfeiler stützen können: Humanität und Sport.

Dadurch hat die DLRG im Gefüge der Verbände in der Bundesrepublik einen besonderen und unvergleichbaren Status erhalten. Die Zusammenarbeit mit den der DLRG befreundeten Verbänden, die Vereinheitlichung der allgemeinen Schwimmabzeichen und die Schaffung

einer auch von den Kultusministern der Länder anerkannten neuen „Deutschen Prüfungsordnung Schwimmen-Retten-Tauchen“ gehören zu den besonders hervorzuhebenden Arbeitsergebnissen unter der Präsidentschaft von Prof. Schmitz.

Seit seiner Berufung zum Vizepräsidenten der FIS im Jahre 1974, zu deren Präsident er 1983 als erster Deutscher der 1910 in Paris gegründeten internationalen Wasserrettungsorganisation gewählt wurde, hat er sich stets für die Verbreitung des Wasserrettungsgedankens und die Zusammenführung aller auf dem Gebiet der Wasserrettung tätigen internationalen Verbände eingesetzt. Die Berufung eines gemeinsamen Exekutivkomitees der beiden bestehenden Weltorganisationen FIS und WLS (World Life Saving) im August dieses Jahres in Amerika ist als Erfolg dieser Bemühungen zu werten.

Die DLRG hat in Prof. Schmitz einen Mann verloren, der aufgrund seines vorbildlichen Engagement die Organisation in besonderer Weise geprägt hat und bestimmend für ihr heutiges Ansehen war.

### **Dr. Hermann Schmeißer †**

Am 13. August 1984 verstarb nach kurzer Krankheit im 81. Lebensjahr Dr. rer. pol. Hermann Schmeißer, Bürgermeister a. D., Träger des THW-Ehrenzeichens in Silber.

Mit Dr. Schmeißer verliert das THW einen seiner ersten leitenden Mitarbeiter, der sich in der schwierigen Aufbauphase der Organisation bleibende Verdienste erworben hat.

Dr. Schmeißer hatte vor dem Zweiten Weltkrieg für die Technische Nothilfe gewirkt. Im Jahre 1950 kam er zum Technischen Hilfswerk, dessen stellvertretender Direktor er von 1951 bis 1954 gewesen ist.

Als langjähriger Bürgermeister von Eberbach hat er sich danach auch weiterhin stets als treuer Freund und Förderer des THW bewährt und sich für die Traditionspflege und den Zusammenhalt ehemaliger Mitarbeiter eingesetzt.

Ehre seinem Andenken!

Hermann Ahrens  
Direktor der Bundesanstalt  
Technisches Hilfswerk

Hans Zielinski  
Vorsitzender der Vereinigung der  
ehemaligen Angehörigen  
des Technischen Hilfswerks



Ohne Schutzräume bleibt der Zivilschutz Flickwerk

## Zivilschutz im Abseits?

Bundestagsabgeordneter Dr. Laufs:

Zivilschutz ist die zweite Säule einer glaubhaften Verteidigungsstrategie –

Was ist zu tun?

**Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Abgeordnete Dr. Paul Laufs, spricht sich im Pressedienst seiner Fraktion mit großem Engagement für den Schutz der Zivilbevölkerung vor den Gefahren eines Verteidigungsfalles aus. „Wenn wir heute anfangen, ohne Emotionen das Notwendige zu tun, werden wir nie in die Lage kommen, uns vorwerfen lassen zu müssen, es unterlassen zu haben“, schließt Dr. Laufs sein Plädoyer für den Zivilschutz im „Deutschland-Union-Dienst“ vom 13. September 1984. Der Beitrag hat folgenden Wortlaut:**

„Wohl kaum ein Thema stößt unter Politikern und Bevölkerung auf so zwiespältige Resonanz wie die Frage nach dem Schutz der Bevölkerung im Katastrophen- und Spannungsfall. Dabei scheint die Lage doch eigentlich klar: Zivilschutz ist die zweite Säule einer glaubhaften Verteidigungsstrategie. Sie schafft moralische Motivation für den Soldaten und die zivile Bevölkerung zur Verteidigungsbereitschaft. Umfragen bestätigen diese Einschätzung. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung hält Zivilschutzvorkehrungen für dringend geboten. Aber, mehr als die Hälfte der Bevölkerung weiß heute nichts mit den regelmäßigen Sirenen-Signal-

Übungen anzufangen; Verhaltensregeln für den Katastrophenfall sind ihr fremd.

Anders in Schweden, in der Schweiz, in Israel – und auch in der Sowjetunion und in der DDR. Dort gibt es für den Zivilschutz oder für die zivile Verteidigung keine emotionale Sperre. Sie gehört zum Selbstbehauptungswillen dieser Völker, weil sie aktiv zur Kriegsverhinderung beiträgt. Ein Land, dessen Bevölkerung im Spannungsfall ungeschützt ist, ist für den potentiellen Angreifer mit geschützter Bevölkerung in einer Geiselsposition. Zivilschutz ist also Teil des Gleichgewichts der Kräfte. Durch die Veränderung der geostrategischen Lage ist dieses Gleichgewicht angesichts fehlender Zivilschutzvorkehrungen in den meisten Mitgliedsstaaten der NATO heute also doppelt gefährdet.

Die Italiener fordern einen europäischen Verbund, die Franzosen ermitteln den Schutzraumbedarf, Niederländer haben ihre Wohnbauten auf ‚Sichere Zellen‘ hin überprüfen lassen – und was tun wir? Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in den letzten Jahren verschiedene Initiativen ergriffen mit dem Ziel, eine vorurteilsfreie Diskussion über dieses wichtige verteidigungspolitische Thema zu ermöglichen. Der Bundestag hat einvernehmlich votiert und die Bundesregierung aufgefordert, die Voraussetzungen für einen aktiven Zivilschutz zu schaffen.

Was ist zu tun? Das Wichtigste ist die Information der Bevölkerung über die wirkliche Bedrohungslage unseres Landes. Wir brauchen keine Panikmache übereifriger Friedensfreunde oder alternativer Ärzte. Grundvoraussetzung für aktiven Zivilschutz ist die Mitarbeit der Bevölkerung durch Selbstschutz und das Wissen, wie man sich im Ernstfall zu verhalten hat. Die freiwilligen Hilfsorganisationen wie Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst, aber auch Technisches Hilfswerk und Bundesverband für den Selbstschutz verfügen über eine große Anzahl ausgebildeter Helfer in einer Größenordnung von zwei Prozent der Bevölkerung. Dieses Potential gilt es zu nutzen; optimal muß es geschult werden, damit vorhandene Mittel effektiv eingesetzt werden können.

Um eines werden wir uns nicht herumdrücken können: Ohne Schutzräume bleibt jeder Zivilschutz Flickwerk. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es derzeit etwa zwei Millionen Schutzplätze für knapp drei Prozent der Bevölkerung. In Schweden sind es für 65 Prozent, in Dänemark für 50 Prozent und in der Schweiz für immerhin 80 Prozent; selbst die Sowjetunion zählt für 25 Prozent der Bevölkerung Schutzplätze. Niemand wird angesichts der Bevölkerungsdichte der Bundesrepublik deren ‚Verbunkerung‘ fordern. Wenn man aber bedenkt, daß die Schweiz anfangs, Schutzräume zu bauen, als wir aufhörten, den Zivilschutz auszubauen, nämlich vor rund 15 Jahren, dann erkennt man, was versäumt wurde. Dennoch ist es nicht zu spät, wenn man ernst macht. Und dies heißt: Schutzbaupflicht für Wohnungsneubauten und Schutzbauanreize für Altbauten. So wie wir bereit waren, bauliche Mehrkosten auf uns zu nehmen, um weniger Energie zu verbrauchen, so sollten wir bereit sein, geringe Mehrkosten auf uns zu nehmen, um ein Vielfaches an Sicherheit zu bekommen. Es sind geringe Mehrkosten; denn für einen Schutzplatz wären nur etwa 400 Mark aufzuwenden und man hätte Schutz vor Trümmern und Strahlen.

Der Zivilschutz ist eine zutiefst humanitäre Aufgabe. Wer sie als Kriegsvorbereitung oder spannungsverschärfend verteuelt, handelt inhuman, läßt außer acht, daß es nicht nur gilt, den ‚over kill‘ zu vermeiden, sondern schon den ‚kill‘. Carl-Friedrich von Weizsäcker fordert den Wandel des öffentlichen Bewußtseins in Fragen des Bevölkerungsschutzes. Menschen müssen geschützt werden, wir, unsere Angehörigen, Kinder, Enkel, unsere Freunde und Mitbürger. Wenn wir heute anfangen, ohne Emotionen das Notwendige zu tun, werden wir nie in die Lage kommen, uns vorwerfen lassen zu müssen, es unterlassen zu haben.“



„Ohne Schutzraumbau bleibt jeder Zivilschutz Flickwerk.“

(Foto: Sers)



Günter Sers

Erweiterte Bundesschule der Johanniter-Unfall-Hilfe in Nieder-Weisel eingeweiht

## Eine gelungene Symbiose von Tradition und Fortschritt

Eine moderne Bildungsstätte in traditionsreichen Räumen –  
Unterbringungskapazität verdoppelt – Vielseitiges Ausbildungsprogramm

Die Komturkirche des Johanniterordens in Nieder-Weisel gehört zu den ältesten, wertvollsten und unveränderten Bauwerken Hessens. Die langschiffige Doppelkirche wurde in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts errichtet, als die Regierung des ritterlichen Ordens St. Johannis vom Spital zu Jerusalem ihren Hauptsitz im Heiligen Land hatte. Viele Jahrhunderte lang hatte die Kirche eine Doppelfunktion: Sie vereinte unter einem Dach eine Krankenpflegestätte und das Gotteshaus. Vor über 100 Jahren wurde ein kleines Krankenhaus angegliedert, das 1973 Opfer neuer Verwaltungsstrukturen wurde.

Wie der Johanniterorden erlebte die Komturei Nieder-Weisel in der Vergangenheit Höhen und Tiefen, Krisen und Erneuerung. Von der jüngsten Erneuerung der Komturei konnten sich am 29. August 1984 viele Ehrengäste überzeugen. Wilhelm Graf von Schwerin, Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, hatte zur Einweihung der

erweiterten Bundesschule eingeladen. Zu Beginn der Feierlichkeiten stand ein festlicher Gottesdienst, an den sich ein Empfang anschloß.

Schon 1975 übernahm die JUH einen Teil des ehemaligen Johanniter-Krankenhauses und legte damit den Grundstein für die JUH-Bundesschule. „Was zu Beginn nur sporadisch und mit zwei Lehrkräften begann, erwies sich als der richtige Weg und bewies auch im Verlauf der Jahre die Notwendigkeit, die Schule zu einer größeren und zeitgemäßen Ausbildungsstätte auszubauen“, erläuterte der JUH-Präsident das Konzept in seiner Begrüßungssprache.

### Eine moderne Bildungsstätte

Die Baumaßnahmen erstreckten sich in der ersten Phase auf das Haupthaus. Hier wurden die Lehrsäle modernisiert und teil-

weise vergrößert. Damit wird man nun den technischen und medizinischen Anforderungen und der ständig wachsenden Zahl der Lehrgangsteilnehmer gerecht. Die Unterbringungsmöglichkeiten wurden völlig neu aufgeteilt und erneuert. Aus den vorhandenen Mehrbettzimmern konnten kleine Wohneinheiten mit modernen Sanitäreinrichtungen geschaffen werden. Alle Räumlichkeiten sind behindertengerecht ausgestattet.

Durch den Umbau wurde eine Verdoppelung der Unterbringungskapazität erreicht. 66 Lehrgangsteilnehmer können sich jetzt in meist drei- bis fünfwöchigen Kursen im Rettungsdienst, Pflegehilfsdienst und Behindertentransportdienst ausbilden lassen. Eine moderne Küche und die gelungene Architektur und Einrichtung des neuen Speisesaals tragen zum Wohlbefinden der Mitarbeiter und Schüler ebenso bei wie die großzügig angelegten Freizeiträume und ihre Einrichtungen.



Das alte Herrenhaus ist der Mittelpunkt der Komturei Nieder-Weisel und wird vom Johanniterorden genutzt.



Um 1245 wurde die Hospitalkirche gebaut, die in ihrer Doppelfunktion Krankenpflegestätte und Gotteshaus unter einem Dach vereinte.



## **Vielseitiges Ausbildungsprogramm**

Der Gesamtbetrieb der Bildungsstätte wird von 18 Mitarbeitern aufrechterhalten. Davon entfallen fünf Lehrbeauftragte und drei Hilfskräfte auf den Schulbetrieb. Unterstützt werden die Ausbilder von rund 20 Gastdozenten aus der Ärzteschaft und von Spezialisten aus dem medizinischen und rettungstechnischen Bereich.

JUH-Bundesarzt, Bundesausbildungsleiter, der Referent „Ausbildung“ und der Bundesschulleiter mit ihren Lehrstäben bilden einen ständig wirkenden Fachausschuß, um die Lehrinhalte zu vereinheitlichen und neue Lehrangebote zu schaffen. So werden nicht nur eigene Erkenntnisse auf Umsetzbarkeit überprüft und abgeklärt, sondern auch weltweit Ideen, Erfindungen und Lehrmeinungen gesichtet und vergleichend ausgewertet. Daneben erfolgt ein ständiger Dialog mit in- und ausländischen Hilfsorganisationen.

Ein besonderer Schwerpunkt ist die Schulung der JUH-Ausbilder und Führungskräfte. Sie sollen durch die zentralen und intensiven Vollzeitkurse auf ihre verantwortungsvolle Tätigkeit vorbereitet werden.

Im vergangenen Jahr wurden trotz der Schwierigkeiten durch den Um- und Ausbau der Schule 42 Lehrgänge mit 807 Teilnehmern durchgeführt. Grundsätzlich steht die Schule auch anderen Organisationen offen. So wurden schon Brandschutzeinheiten des Katastrophenschutzes, Werksanitäter der Industrie, Berufsfeuerwehrlaute, Bundeswehrreservisten und Rettungssanitäter befreundeter Sanitätsorganisationen in Nieder-Weisel geschult. Nebenbei dient die Schule als Zentrum für die Fort- und Weiterbildung. Tagungen von Ärzten, Lehrschwestern, Ausbildungs- und Jugendleitern ergänzen das vielseitige Programm der Bildungsstätte.



**Oben:** Angebaut an die JUH-Bundesschule wurde ein Freizeitgebäude. Eine wichtige Einrichtung bei den meist drei- bis fünfwöchigen Lehrgängen.

**Unten:** Schon in der ersten Bauphase wurden die Lehrsäle neu gestaltet. Modernes medizinisches Gerät steht für die Ausbildung zur Verfügung.

## **Ordenszentrum mit neuem Leben erfüllen**

Die Festansprache anlässlich der Einweihung hielt der Herrenmeister des Johanniterordens, Wilhelm Karl Prinz von Preußen. Er zeigte zu Beginn nochmals die Schwierigkeiten auf, die sich schon in der Vorplanung der Bundesschule ergeben hatten.

„Wenn wir nun trotz alledem heute hier stehen, so deshalb, weil auf allen Seiten der feste Wille bestand und besteht, das Ordenszentrum Nieder-Weisel mit neuem Leben zu erfüllen“, betonte der Herrenmeister.

Ausführlich und engagiert befaßte sich Wilhelm Karl Prinz von Preußen mit der Bereitschaft junger Menschen, zu dienen. Er



Viele Ehrengäste waren zur Eröffnungsfeier erschienen (von links): Peter Hintze, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, Hans Georg von Brauchitsch, Ordensstatthalter, Wilhelm Karl Prinz von Preußen, Herrenmeister des Johanniterordens, Dr. Siegmund Beyer, Landrat im Wetteraukreis, Hans-Joachim Zieger, Diakonisches Werk Stuttgart, Ministerialrat Käppel, Hessisches Sozialministerium.



Der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, Wilhelm Graf von Schwerin, begrüßte die Gäste.



brach eine Lanze für die Jugend von heute und hob hervor:

„Die Worte ‚Dienst‘ und ‚Dienen‘ haben in unserer Zeit keinen sehr attraktiven Klang. Aber es hat sich, wie ich meine, herausgestellt, daß dies weniger an der fehlenden Bereitschaft moderner junger Menschen liegt, persönliche Opfer für in Not geratene Mitmenschen zu bringen, als vielmehr an dem Mangel an Mut und Fantasie auf seiten der Älteren, ihnen entsprechende Möglichkeiten anzubieten und im wörtlichen Sinne zuzumuten.“

### **Pflichterfüllung Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft**

Dabei kann gerade unsere demokratische Verfassung, auf die wir mit Recht stolz sind, gar nicht ohne den persönlichen Einsatz ihrer Bürger für das Gemeinwohl in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen leben. Wann aber sollten Fähigkeiten und die Bereitschaft dazu eingeübt werden, wenn nicht in der Jugend, die ohnehin zu moralischem Rigorismus neigt und die zumeist ein waches Gespür für die persönliche Erfüllung hat, die der Dienst am Nächsten mit sich bringt?

Es scheint mir deshalb hohe Zeit, sich über das Intellektuellengeschwätz hinwegzusetzen, nach dem die sogenannten ‚Sekundärtugenden‘ zu verwerfen oder zumindest mit Mißtrauen zu betrachten seien, weil sie im ‚Dritten Reich‘ mißbraucht worden sind . . .

Welcher Begriff, welche Eigenschaft kann denn nicht pervertiert werden? Das erleben wir doch in individualistischen wie in totalitären Bereichen: Schrankenlose Freiheit ohne begrenzende Verpflichtungen kann ebenso in das menschliche Chaos der Anarchie führen wie bedingungslose Pflichterfüllung ohne Bindung an die Verantwortung vor Gott und dem eigenen Gewissen in der schrecklichsten Tyrannei endet oder sie zumindest festigt. Wir kennen dafür alle aus eigener Erfahrung genügend Beispiele. Und das Jahr der 40. Wiederkehr des 20. Juli bietet Anlaß genug, über dieses Phänomen nachzudenken.

Deshalb bleibt jedoch die Freiheit ein stets anzustrebendes und zu verteidigendes Ziel, bleibt Pflichterfüllung eine unabdingbare Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft.

Wir Johanniter glauben jedenfalls, daß im demokratischen Staat die freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit für die Gemeinschaft ganz besondere Bedeutung hat. Unser Staat teilt glücklicherweise die Auffassung, was aus dem hohen Stellenwert hervorgeht, den er dem Subsidiaritätsprinzip einräumt . . .“



Wilhelm Karl Prinz von Preußen, Herrenmeister des Johanniterordens, zeigte großes Interesse an den Lehrmaterialien der Schule.

### **Herzliche Grußworte**

Nach der Ansprache des Herrenmeisters übergab Architekt Klaus-Jürgen Pfeiffer symbolisch den Schlüssel der Bundeschule an den Präsidenten der JUH.

Grußworte überbrachten der Landrat des Wetteraukreises, Dr. Sigurd Beyer, für das Land Hessen Landtagsabgeordneter Roland Rösler, der Bundesbeauftragte für den Zivildienst, Peter Hintze, für das Diakoni-

sche Werk der EKD Hans Joachim Zieger, für das DRK, den MHD und ASB DRK-Bundesarzt Dr. Eberhard Daerr, für das Bundesamt für Zivilschutz THW-Direktor Hermann Ahrens sowie der Bürgermeister der Stadt Butzbach, Karl Heinz Hofmann, und viele Vertreter befreundeter ortsansässiger Organisationen.

Anschließend hatten die Gäste Gelegenheit, die Bundesschule und das Ordenszentrum zu besichtigen. In den Unterrichtsräumen erläuterten JUH-Mitglieder die umfangreichen medizinischen und technischen Geräte, die der Schule für ihren Lehrauftrag zur Verfügung stehen.

Auf dem Hof präsentierten verschiedene Gliederungen der JUH Einsatzfahrzeuge des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes. Geschmückt war ein Rettungstransportwagen, den eine namhafte Bank der Schule für Ausbildungszwecke gespendet hatte.

Alle Voraussetzungen sind nun gegeben, daß die Schule voll ihren Betrieb aufnehmen kann. Hier können sich Tradition und Fortschritt vereinigen zu einer modernen Ausbildungsstätte der Erwachsenenbildung im Zeichen des achtspeitzigen Johanniterkreuzes.

Auf dem Hof der Schule präsentierte die JUH u. a. eine Wasseraufbereitungsanlage.



Viele Vertreter befreundeter Organisationen hatten sich zur Einweihungsfeier eingefunden (von links): ASB-Mitarbeiter Roland Conrad, THW-Direktor Hermann Ahrens, Beate Coellen, Lehrkraft an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Hans-Albert Lossen, THW-Landesbeauftragter Hessen, und stv. JUH-Bundesgeschäftsführer Wilfried Vogt.





# Explosion, Auffahrunfall und Evakuierung von 60 Personen

Großer Eifer und viel Einsatzbereitschaft aller Übungsteilnehmer

Erfreut über die Leistungen, die während der Katastrophenschutz-Großübung „Spökenkieker 84“ in Münster erbracht wurden, zeigte sich Stadtdirektor Dr. Werner Kelm. Bereits in der Mai-Ausgabe des „Zivilschutz-Magazins“ wurde kurz auf die Großübung eingegangen; jetzt liegt der Erfahrungsbericht vor.

## Einführung

Die Katastrophenschutzübung „Spökenkieker 84“ am 24. März 1984 setzte sich aus mehreren Teilübungen zusammen:

- Explosionsunglück mit Brand und etwa 50 „Verletzten“;
- Verlust von radioaktivem Material;
- Eisenbahnauffahrunfall mit Brand und etwa 50 „Verletzten“;
- Evakuierung von 60 Personen und Vorbereitung einer Behelfsunterkunft für 80 Personen;
- Explosion auf einer Schute auf dem Dortmund-Ems-Kanal mit Brand und 20 „Verletzten“;
- Wasseraufbereitung nach Ausfall einer Zisterne.

Die Übung hatte folgende Schwerpunkte:

- Ausbildung des Führungspersonals auf verschiedenen Führungsebenen; hierbei Lagebeurteilung, Entschlußfassung, Befehlsgebung;
- Zusammenarbeit von KSL, TEL und Fachdiensten;
- Bergung, Versorgung und Transport einer größeren Anzahl „Verletzter“;
- Einsatz von Triageärzten (Alarmierung, Zusammenarbeit mit San-Dienst sowie Krankenhäusern);
- Einsatzübung mit Tauchern der DLRG auf dem Dortmund-Ems-Kanal.

Erstmalig waren bei der Übung der Einsatz eines Sanitätszuges des ASB nach Zuerkennung der besonderen Eignung gemäß § 1 Abs. 2 KatSG (in Verbindung mit Ziffer 7 der KatS-Organisations-VwV), der Einsatz eines Wasserrettungszuges der DLRG sowie der Verlust von radioaktivem Material der Universitätskliniken Münster.

## Vorbereitung

Die Übung wurde durch das Amt für Zivilschutz der Stadt Münster vorbereitet. Das

Personal der Vorbereitungsgruppe übernahm während der Übung Aufgaben als Leitungsgehilfen.

Die Stadt Gelsenkirchen stellte das Schiedsrichterpersonal. Eine Einweisung des Leitungs- und Schiedsrichterpersonals fand am 21. März 1984 statt. Umfangreiche Gespräche und Ortsbesichtigungen wurden durchgeführt mit der Bundesbahndirektion Essen – Bahnamt Münster, dem Wasser- und Schiffsamt Rheine, der Wasserschutzpolizei NW, der Schulbehörde Münster, dem Technischen Hilfswerk und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft.

Im Rahmen der verfügbaren Landesmittel wurde die Übung durch den Regierungspräsidenten Münster bezuschußt.

## Durchführung

### 1. Teilübung Explosionsunglück im ehemaligen Holländercamp

Das THW Münster hatte mit Unterstützung des 2. Bergungszuges Warendorf – BZ-WAF (Beckum) mit großer Sorgfalt die Schadensstelle hergerichtet und mit Schadensmerkmalen versehen. Die Anlage war so vorbereitet, daß alle „Verletzten“ (ca. 50) von den eingesetzten Helfern erst nach Beseitigung und Überwindung der Hindernisse unter Einsatz von Geräten geborgen werden konnten.

Die hier eingesetzte 1. Technische Einsatzleitung Münster – TEL-MS (THW) erhielt um 8.15 Uhr den Einsatzbefehl und erreichte die Schadensstelle um 8.38 Uhr. Es wurde sofort eine Erkundung durchgeführt; die Fachberater der 1. TEL-MS hielten ständig Verbindung zwischen der TEL und der Schadensstelle. Somit war die TEL jederzeit über die Lage an der Schadensstelle unterrichtet.

Die „Verletzten“ wurden vorschriftsmäßig geborgen. Auf Anordnung des Triagearztes erfolgte die Registrierung der Verletzten sofort am Unfallort. Es war wichtig, daß der Triagearzt unmittelbar nach Eintreffen am Schadensort an die Unfallstelle geführt und in die Lage eingewiesen wurde. Im Rahmen der Ausbildung muß auch weiterhin über die Aufgaben des Triagearztes unterrichtet werden.

Die vorbildliche notfallmäßige Versorgung der „Verletzten“ und das Herstellen ihrer Transportfähigkeit durch Helfer des KSZ-5 (MHD) unter der Leitung des Zugarztes sind hervorzuheben.

Sehr bewährt hatte sich das Abstellen eines Melders mit Sprechfunkgerät zum Triagearzt, da dieser vom Unfallort aus Verbindung zur 1. TEL-MS und Verletzten-sammelstelle hatte.



Etwa 50 „Verletzte“ konnten von den Helfern erst nach Beseitigung und Überwindung der Hindernisse geborgen werden.



## 2. Teilübung Eisenbahnauffahrunfall

Die Bundesbahndirektion Essen (Bahnamt Münster) hatte am 23. März 1984 zwei Personenwagen, einen Kesselwagen und einen Güterwagen am Schadensort bereitgestellt und in dem Personenwagen die Sitze bereits gelöst. Der 2. BZ-MS (nicht an der Übung beteiligt) schaffte am Vorabend der Übung dann weitere Voraussetzungen für eine realistische Darstellung durch Verbarrikadieren der Türen, Verkeilen von quergestellten Sitzbänken und Einbau weiterer Hindernisse. Am Übungstag wurden dann ca. 40 „Verletzte“ in den Wagen abgelegt.

Die Überwachung der Eisenbahnwagen übernahmen 24 Hundeführer und Hundeführerinnen der 1. DH-MS von 11.00 Uhr am 23. März 1984 bis 11.00 Uhr am 24. März 1984 mit großem Engagement (20 Hunde wurden eingesetzt).

An dieser Unfallstelle war die 2. TEL-MS eingesetzt, die um 9.04 Uhr den Einsatzbefehl erhielt und um 9.20 Uhr an der Unfallstelle eintraf.

Die Darstellung des Schadensfalles – „Verletzte“ in Personenwagen der DB, brennender Lkw mit „verletztem“ Fahrer, brennender Güterwagen mit nicht identifizierbarem Inhalt – war so realistisch, daß sowohl die Führer in ihren Führungsaufgaben gefordert wurden als auch die Helfer ihr Einzelkönnen zeigen konnten.

Die Helfer des 2. SZ-A-MS begannen sehr frühzeitig mit der Bergung und Versorgung der „Verletzten“. Der KSZ-12 (DRK) richtete in der ca. 200 m entfernten Ambulanz des Westf. Landeskrankenhauses eine Rettungsstelle ein. Der Triagearzt wurde um 9.17 Uhr durch die Leitstelle der Feuerwehr alarmiert und traf um 9.32 Uhr an der Unglücksstelle ein. Der gegen 10.15 Uhr eintreffende Notarzt übernahm sofort Aufgaben in der Rettungsstelle.

Als die Überlastung des Funkverkehrs deutlich wurde, entschloß sich der Führer der 2. TEL-MS, das Telefon in der Rettungsstelle (Ambulanz) zu benutzen und hielt somit Verbindung zum Stab-HVB.

## 3. Teilübung Explosion auf dem Dortmund-Ems-Kanal

Das Wasser- und Schiffsamt Rheine stellte für die Übung eine Schute zur Verfügung, die am Übungstag von der Wasserschutzpolizei NW an die Unfallstelle geschleppt wurde. Um 9.28 Uhr erfolgte auf dieser Schute eine Explosion, bei der 15 Arbeiter „verletzt“ wurden. Zwei der Arbeiter fielen „verletzt“ ins Wasser.

Der 1. WRZ-MS (DLRG) führte am 24. März 1984 in etwa 1000 m Entfernung eine schon lange vorher geplante Übung auf dem Dortmund-Ems-Kanal durch.



Als Teil der Großübung wurde auch ein Eisenbahnauffahrunfall eingespielt.

Um 9.50 Uhr erhielt der 1. WRZ-MS durch einen Melder die Unfallmeldung und gleichzeitig den Einsatzbefehl zur Rettung. Kurze Zeit später war der 2. SZ-A-MS am Unfallort. Der zusätzlich an die Unfallstelle beordnete KSZ-12 wurde vom Zugführer des 2. SZ-A-MS in die Lage eingewiesen.

Der Notarzt des ASB entschied sich aufgrund der Wetterlage, die „Verletzten“ bis zum Abtransport im Freien zu lagern. In beispielhafter Initiative beschlagnahmte er einen in der Nähe befindlichen Reiseomnibus, um die „Verletzten“ möglichst schnell in die nächste Klinik transportieren lassen zu können.

Die gute Ausbildung der Helfer zeigte sich vor allem in der problemlosen Zusammenarbeit zwischen den erstmals mitübenden Helfern der DLRG und des ASB mit den

Helfern des DRK (KSZ-12) und der Feuerwehr.

## 4. Teilübung Evakuierung

Hier lag die Annahme zugrunde, daß als Folge der Explosion im ehemaligen Holländercamp um 7.53 Uhr auch eine Baracke beschädigt worden sei, in der 60 Personen vorübergehend untergebracht waren. Diese sollten nunmehr in einer Schule eine Behelfsunterkunft erhalten.

Um 8.55 Uhr erhielten der KBZ-5 (DRK) den Auftrag, eine Notunterkunft in einer Schule vorzubereiten, und die Stadtwerke Münster, zwei Omnibusse für den Transport abzustellen.

Um 10.25 Uhr trafen die „Evakuierten“ in der Schule ein, um 11.00 Uhr war deren Registrierung abgeschlossen.



Auch Taucher der DLRG wurden herangezogen: Zwei „Verletzte“ waren ins Wasser gefallen und mußten geborgen werden.



Der KBZ-5 schaffte Betten und Unter-  
kunftsmaterial aus dem DRK-Zentrum  
heran und richtete bis 11.05 Uhr drei Klas-  
senräume für 80 „Evakuierte“ ein. Die  
Helfer bewiesen ihren guten Ausbildungs-  
stand.

Hervorzuheben sind Umsicht und Gewis-  
senhaftigkeit der Gruppenführer und die  
Anpassung der „Evakuierten“, Soldaten  
des Pz Btl 194, an die jeweilige Lage.

## 5. Teilübung Verlust von radioaktivem Material

Die Lage ging von dem Verlust von vier  
Radiumnadeln bei der medizinischen Uni-  
versitätsklinik am frühen Morgen aus, die in  
den Abfall geraten und von der Müllabfuhr  
gegen 7.00 Uhr abgefahren worden waren.

Mit Unterstützung des radiologischen Insti-  
tuts der medizinischen Universitätsklinik  
wurden vier Radiumnadeln auf einer Müll-  
kippe ausgelegt.

Um 7.50 Uhr traf die Verlustmeldung beim  
Stab-HVB ein, der um 8.20 Uhr dem Spür-  
trupp des 1. ABCZ-MS (Regie) einen Spür-  
auftrag erteilte.

Die Helfer bewiesen ihren guten Ausbil-  
dungsstand und hatten nach ca. 25 Minu-  
ten sämtliche Radiumnadeln aufgespürt.  
Der Rücktransport der Nadeln zum Institut  
erfolgte fachgerecht.

## 6. Teilübung Einsatz der Wasseraufbereitungsanlage

Aufgrund der Lage erfolgte der Aufbau der  
WAA-5 (Regie) durch das Bedienungspersonal  
noch im Laufe der Nacht, da das  
Gerät eine Anlaufzeit von drei bis vier Stun-  
den benötigt. Gegen 8.00 Uhr wurden  
Wasserproben durch einen Kradmelder  
zum hygienisch-bakteriologischen Lan-  
desuntersuchungsamt transportiert. Die  
Wasseraufbereitung und der Transport des  
Wassers bis zur Zisterne im ehemaligen  
Holländerlager bereiteten keine Probleme.

Das Landesuntersuchungsamt benötigte  
für eine erste Untersuchung bis zu zehn  
Stunden; für die endgültige (auch bakterio-  
logische) Untersuchung bis zu 24 Stunden.  
Dies bedeutet, daß so gewonnenes Was-  
ser bis zur endgültigen Untersuchung nur  
in abgekochtem Zustand verwendet wer-  
den kann. Das Ergebnis der Untersuchung  
ergab einen chemisch und bakteriologisch  
einwandfreien Zustand des Wassers.

verkehr durch die Übungsteilnehmer im  
Stab-HVB und in den Einheiten bereitet  
noch immer Schwierigkeiten. Zu größeren  
Verzögerungen im Fernmeldeverkehr  
führte vor allem die Wahl der Übermitt-  
lungsart „Sofort“. Undeutliche Schrift ver-  
zögerte ebenfalls die Weitergabe.

Etwa 60 Prozent der Aufgeber von Vor-  
drucken haben es unterlassen, die Abfas-  
sungszeit in das Formular einzutragen. Die  
einwandfreie Überprüfung der Übermitt-  
lungszeit war hierdurch nicht mehr mög-  
lich. Der Gebrauch von „Gesprächsnoti-  
zen“ wurde auch weiterhin vernachlässigt,  
obwohl hierdurch erhebliche Zeitverkür-  
zungen erreicht werden können.

## 2. Einsatz des Fernmeldezuges

Der 1. FMZ-MS erhielt am Vorabend der  
Übung den Auftrag, eine Fernmeldeverbin-  
dung zwischen WAA-5 und dem ehemali-  
gen Holländerlager bis zum 24. März 1984,  
7.00 Uhr, herzustellen, zu betreiben und zu  
unterhalten. Gleichzeitig sollte der Zug sich  
an die Postleitung anschließen und so eine  
Verbindung zwischen dem Stab-HVB und  
den in Handorf eingesetzten KatS-Kräften  
schaffen. Das Herstellen der Drahtverbin-  
dung bereitete den Helfern des 1. FMZ-MS  
keine Schwierigkeiten.

## 3. Einzelausbildung der Helfer

Es ist aufgefallen, daß verschiedentlich die  
„Verletzten“ beim Transport auf den Tra-  
gen nicht richtig festgeschnallt waren und  
gefährliche „Leichtverletzte“ nicht genü-  
gend betreut und begleitet wurden.

Die Verletztenanhängekartens müssen so  
schnell wie möglich nach Angaben des  
Triagearztes ausgefüllt und der entspre-  
chende Abschnitt unverzüglich der Perso-  
nalauskunftsstelle zugeführt werden.

## 4. Einsatz von Triageärzten

Der Entschluß des Stabes-HVB, einen  
Triagearzt einzusetzen, muß schon früh-  
zeitig gefaßt werden, um so zu erreichen,  
daß dieser möglichst noch vor dem Eintref-  
fen der Sanitäter am Schadensort ist. Nur  
er ist in der Lage, einem ziel- und planlosen  
Abtransport der „Verletzten“ entgegenzu-  
wirken.

Es ist anzustreben, in Zukunft Polizeifahr-  
zeuge für den Transport der Triageärzte  
heranzuziehen, zumal in Ernstfällen nur die  
Polizeibeamten in der Lage sein werden,  
das Transportfahrzeug bei Aufläufen, Sper-  
ren usw. schnellstmöglich an den Einsatz-  
ort zu bringen.

## 5. Einsatz der Apotheke Großklinikum

In der Apotheke war Infusionsmaterial für  
die Übung bereitgestellt worden. Es muß  
gewährleistet werden, daß auch die Apo-  
theke ständig über die Schadensereig-  
nisse unterrichtet und genaue Angaben

über das gewünschte Material gemacht  
werden.

## 6. Klinik

Als um 10.30 Uhr der erste Krankentrans-  
portwagen an der Klinik eintraf, war die  
Krankenhausleitung über die eingetrete-  
nen Schadensfälle unterrichtet und auf den  
Anfall einer größeren Anzahl „Verletzter“  
vorbereitet worden. Der zufriedenstellende  
Ablauf ist vor allem der Initiative der Kran-  
kenhausleitung zu verdanken. Außerdem  
wechselte zu dem Zeitpunkt des Eintref-  
fens der KTW der Notdienst mit dem Wo-  
chenenddienst. Die Mitarbeiter des Nacht-  
dienstes befanden sich noch in der Klinik  
und konnten mit herangezogen werden.

Entgegen der ursprünglichen Planung, nur  
die „Schwerverletzten“ in die Raphaelskli-  
nik zu transportieren, wurden von allen drei  
Schadensstellen auch die „Leichtverletz-  
ten“ dorthin gebracht. Durch die Zuwei-  
sung von insgesamt 90 „Verletzten“ er-  
reichte das Krankenhaus die Grenze seiner  
Leistungsfähigkeit.

Das Einrichten der Rettungsstelle in der  
Ambulanz des Westfälischen Landeskran-  
kenhauses hat sich bewährt. Die Vorberei-  
tung weiterer Rettungsstellen wurde durch  
das Amt für Zivilschutz durchgeführt.

Die Inanspruchnahme von nur einer Ret-  
tungsstelle machte sich hier jedoch beson-  
ders nachteilig bemerkbar, denn so konn-  
ten zu wenig „Leichtverletzte“ behandelt  
werden, um u. a. Krankenhäuser zu ent-  
lasten.

## Zusammenfassung

Die Einsatzübung „Spökenkieker 84“ hat  
ihren Zweck erfüllt und zahlreiche Erkennt-  
nisse gebracht, die bei der Ausbildung der  
Helfer und des Führungspersonals berück-  
sichtigt werden müssen.

Der Erfolg der Übung ist in erster Linie dem  
Eifer und der Einsatzbereitschaft aller  
Übungsteilnehmer zu verdanken, wobei  
die Eigeninitiative einzelner Helfer hervor-  
gehoben werden muß.

Die Heranziehung von Soldaten des San  
Btl 7 als Verletzendarsteller und des Pz Btl  
194 hat sich als sehr vorteilhaft erwiesen.  
Sie zeigten großen Eifer und Anpassung an  
die jeweilige Lage.

Die realistische Vorbereitung der Scha-  
densstelle durch den 2. BZ-MS und den  
2. BZ-WAF waren beispielhaft und fanden  
immer wieder Anerkennung.

Schließlich gilt es, die große Arbeit des  
Schminktrupps des DRK hervorzuheben,  
ohne deren wirklichkeitsnahe Darstellung  
von Verletzten viel Realität verlorengegan-  
gen wäre.

## Auswertung

### 1. Gebrauch der Spruchformulare

Die Verwendung der Nachrichtenvor-  
drucke für den Funk- und Fernsprech-



Johann Schweepfinger

Brand im Städtischen Krankenhaus Offenbach machte Gesamtevakuiierung erforderlich

# Mit Katastrophenalarm Katastrophe verhindert

Über 700 Helferinnen und Helfer im Einsatz



Wertvolle Geräte werden unter Aufsicht eines Arztes aus dem Kreißsaal geborgen.



Notstromaggregate ermöglichen die Stromversorgung im Gebäude.



Über einen Notausstieg erreichen die Helfer die Einsatzstelle.

Dank des schnellen Eingreifens der Offenbacher Feuerwehr und des raschen Handelns von Oberbürgermeister Dr. Walter Sturmman konnte im 14stöckigen Neubau des Städtischen Krankenhauses eine Brandkatastrophe verhindert werden.

Als um 5.40 Uhr die Brandmeldeanlage ansprach, wußten kurz darauf der Hausbetriebsdienst und die anrückenden Löschkräfte, daß im 100 qm großen Archivraum im Untergeschoß Feuer ausgebrochen war.

Starke Rauchschwaden wiesen den Feuerwehrleuten den Weg zum Brandherd. Die Hitzeentwicklung, beißender Rauch, herabfallende Deckenelemente und beschädigte Kabelverbindungen erschwerten das Vorgehen der Löschtrupps. Um ein Ausbreiten des Brandes zu verhindern, wurde das Archiv mit Schaum geflutet.

## Entscheidung des Stabes

Zwischenzeitlich – es war 8.00 Uhr geworden – alarmierte Oberbürgermeister Dr. Sturmman seinen Katastrophenschutzstab. Die erste Entscheidung des Stabes, in dem selbstverständlich die verantwortlichen Fachleute des Krankenhauses vertreten waren, lautete: Katastrophenalarm auslösen.

Nun ging alles Schlag auf Schlag. Während rund 300 Feuerwehrleute mit der Brandbekämpfung zu tun hatten, begannen um 9.30 Uhr 1200 der 1800 Klinikangestellten mit viel Umsicht, Ruhe und Disziplin, den für solche Notfälle vorbereiteten Evakuierungsplan in die Tat umzusetzen.

## 900 Patienten gefährdet

Mittlerweile eilten aus einem Umkreis von bis zu 50 Kilometer Einsatzkräfte der Hilfsorganisationen und der Bundeswehr mit 70 Sanitätsfahrzeugen nach Offenbach, um bei der Evakuierung der fast 900 Patienten zu helfen.

Spezialfahrzeuge wie Operationswagen, Medizinischer Materialwagen, Schaummittel-Container, Großraumbusse und noch vieles mehr wurden von den umliegenden Berufsfeuerwehren sowie der Frankfurter Flughafengesellschaft in Marsch gesetzt.

Um die Rettungs- und Transportmaßnahmen reibungslos durchführen zu können, riegelten rund 120 Polizeibeamte den Klinikkomplex ab und lenkten den Verkehr großflächig um die Schadensstelle herum.

Die Einsatzleitung vor Ort koordinierte die Maßnahmen aller am Einsatz beteiligten Einheiten. Im 14. Stockwerk begannen Schwestern, Pfleger, Ärzte und herbeigeeilte Helfer die Räumung der Stationen.



## Reibungslose Evakuierung

Nach und nach wurden mit größtmöglicher Vorsicht die Patienten auf Tragen, Stühlen und auf manch einer Schulter eines Helfers ins Erdgeschoß getragen, dort mit den bereitstehenden Krankentransport- und Notarztwagen in umliegende Krankenhäuser und in zwei in aller Eile hergerichtete Notaufnahmезentren, die Stadthalle und die Edith-Stein-Schule, gebracht.

Gefähige Patienten wurden mit Bussen der Städtischen Verkehrsbetriebe in umliegende Sozialstationen und Heime gebracht, dort durch bereitstehende Sanitätskräfte versorgt und betreut. Gerade die Betreuung durch die Hilfskräfte war es,

welche dem Patienten trotz der schlimmen Situation das Gefühl der Geborgenheit gab.

## Lage entspannte sich

Als nach 105 Minuten um 11.15 Uhr die Letzten das Haus verlassen hatten, Intensivpatienten, werdende Mütter und Kleinkinder gut untergebracht waren, entspannte sich die Lage.

Die Brandgefahr war gebannt. THW- und DRK-Suchtrupps hatten nochmals alle Räume inspiziert und das Hauspersonal arbeitete bereits an der Instandsetzung der Telefonzentrale. THW-Helfer versuchten in

aller Eile, Licht in die dunklen Flure des stromlosen Gebäudes mittels Scheinwerfer zu bringen, um das Arbeiten der Feuerwehr und des Betriebspersonals entscheidend zu erleichtern.

## Keine Zwischenfälle

Bei der um zwölf Uhr stattgefundenen Pressekonferenz teilte der Oberbürgermeister mit, daß das Haus geräumt und es keine Zwischenfälle bei der Evakuierung gegeben habe. Darüber hinaus erläuterte er, warum die Räumung durchgeführt wurde und wie es zu dieser Entscheidung kam.

Der erst wenige Tage im Amt befindliche Leiter der Offenbacher Berufsfeuerwehr, Jürgen Endres, schilderte in groben Zügen den Feuerwehreinsatz und wie es möglich war, daß eine starke Rauchkonzentration über Rohrpostschächte, Aktentransportanlagen und über Treppenhäuser auf die 14 Stockwerke übergreifen konnte.



Krankenhauspersonal und Einsatzkräfte arbeiten Hand in Hand.



Der Löschschaum bedeckt die gesamten Kellerflure.



Die Kellerbüros wurden durch die Löscharbeiten sehr in Mitleidenschaft gezogen. Fotos: Wärner

## Stromversorgung durch THW

Gegen 13.00 Uhr ließ der Regen, der seit den Morgenstunden unaufhörlich herniederprasselte und den Einsatz zusätzlich erschwert hatte, etwas nach. Während Feuerwehrlaute mit starken Absauggebläsen dem Rauch zu Leibe rückten, bauten THW-Helfer weiter eine behelfsmäßige Stromversorgung auf. Mit Tauchpumpen wurde nun versucht, das Wasser aus den Kellerräumen, Büros und Schaltzentralen ins Freie zu pumpen.

Stromerzeuger verschiedenster Größe, angefangen vom tragbaren 7,5-KVA- bis hin zum 50-KVA-Aggregat mit Flutlichtmast waren die Nacht über im Einsatz, um alle Arbeitsstellen mit Strom und Licht zu versorgen.

## Nachlöscharbeiten

In stundenlanger Kleinarbeit wurden aus dem knöcheltiefen Schlamm des Archivraumes die verkohlten Krankenpapiere geborgen und ins Freie transportiert. Soweit erforderlich, wurden diese dann nochmals mit Sprühstrahl abgelöscht, um sicher zu gehen, daß auch wirklich keine Brandnester mehr zwischen den Papieren und Röntgenaufnahmen sind.

Müde und abgekämpft rückten in den Morgenstunden die Helfer aus Offenbach und Umgebung in ihre Standorte ab. Am Sonntag gegen 17.00 Uhr konnte der Einsatz, bei dem insgesamt über 700 Helferinnen und Helfer der Hilfsorganisationen tätig waren, beendet werden.



Dorothee Boeken

## Medizinische Hilfe im Zivilschutz muß vorbereitet werden

In ihrem „Tätigkeitsbericht '84“ betont die Bundesärztekammer (die Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammern) erneut die Notwendigkeit der Fortbildung in notfallmedizinischen Kenntnissen, in Katastrophenmedizin und in ärztlichen Zivilschutzmaßnahmen. Diese Fortbildung, so geht aus dem Tätigkeitsbericht hervor, „entspricht dem Imperativ ärztlicher Berufsauffassung und menschlicher Nächstenliebe“.

### Fortbildung ist nie falsch

Auf allen internationalen Fortbildungskongressen der Bundesärztekammer werden demnach seit 1978 die Probleme der Katastrophenmedizin und der medizinischen Versorgung im Zivilschutz diskutiert. So war z.B. 1980 das Generalthema des 4. Interdisziplinären Forums der Bundesärztekammer in Köln „Katastrophenmedizin und medizinische Versorgung im Zivilschutz einschließlich Kernkraftkatastrophen“.

Fortbildungsveranstaltungen in der Katastrophenmedizin wurden auch im vergangenen Jahr von den Landesärztekammern angeboten. Auf der 2. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin 1983 in München-Großhadern erklärte der Präsident der Bundesärztekammer im Grußwort, daß „katastrophenmedizinische Fortbildung nichts, aber auch gar nichts mit einer Vorbereitung von Kriegen oder sogar Atomkriegen zu tun hat“. Möglicherweise sei die Fortbildung in Katastrophenmedizin vergebens, falsch sei sie jedoch nie.

### Material mit Anregungen und Hinweisen

Von verschiedenen Landesärztekammern sind im Berichtsjahr Materialien zusammengestellt worden; so z. B. wurde von der Landesärztekammer Bayern ein Sammelband von Referaten erstellt, der die mehrjährigen Erfahrungen aus „notfall- und katastrophenmedizinischen Seminaren“ zusammenfaßt. Die Landesärztekammer

Nordrhein gab in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein das Buch „Medizinische Katastrophenhilfe – Programmierter Katastrophenbewältigung“ heraus. Aus Niedersachsen stammt der „Wegweiser Medizinische Katastrophenhilfe – Schwerpunkt ärztlicher Hilfe bei Großunfällen und zivilen Katastrophen – Handbuch für den Katastrophenschutz“.

In den Werken werden praktische Hinweise, Anregungen und Empfehlungen für die Katastrophenschutzplanung und Organisation im Gesundheitswesen gegeben.

### Kritik an Krankenhausbedarfsplanung

Schriftlich festgehalten wurde im „Tätigkeitsbericht '84“ von der Bundesärztekammer die starke Kritik an der Krankenhausbedarfsplanung der Länder, „in deren Konzeption keineswegs ausreichend an einen Bettenbedarf im Katastrophen- und Verteidigungsfall gedacht worden ist“.

So seien für die rund 60 Millionen Bundesbürger zur gesundheitlichen Versorgung in der Verteidigungssituation im günstigsten Fall etwa 600 000 Betten in den verschiedenen, zum Teil noch einzurichtenden Krankenhäusern und Hilfskrankenhäusern vorhanden. „Auf eine stationäre Behandlung könnte demnach nur ein Prozent der Bevölkerung hoffen.“

Hingewiesen wurde im Bericht, „daß es den ethischen Grundnormen ärztlichen Handelns entspricht, Leben in jeder Phase, sei es am Anfang oder am Ende, zu schützen und zu erhalten. Jeder Arzt muß sich auf die Möglichkeit ärztlicher Hilfeleistung vorbereiten, unabhängig von der Ursache des Schadensereignisses.“

### „Hilfe leisten, solange es irgend geht“

Deutlich wird die Stellung der Bundesärztekammer zum ärztlichen Handeln im Katastrophen- und Verteidigungsfall durch nachstehenden Auszug:

„Das Prinzip der Friedenssicherung durch ein Gleichgewicht der Kräfte scheint in den vergangenen knapp 40 Jahren in Europa verantwortlich für die Verhinderung von Kriegen gewesen zu sein. Da jedoch bislang atomare, biologische und chemische Waffen hier gelagert werden und nicht bis auf Null reduziert werden konnten, muß jederzeit mit Unfällen und Katastrophen (ungewollte Wirkung) und bewußter Anwendung (bewaffneter Konflikt) gerechnet werden. Dementsprechend ist es realistisch, auf solche ‚Un-Fälle‘ vorbereitet zu sein. Das Streben nach möglichst wirksa-

mer Hilfe für eine möglichst große Zahl von Überlebenden auch unter unzulänglichen Bedingungen schließt die Erkenntnis ein, daß dies bei einem Massenansturm von Verletzten die vorhandenen Ressourcen übersteigen muß. Es entspricht nach Auffassung der Bundesärztekammer aber Grundnormen ethischen Handelns, zu versuchen, Hilfe zu leisten, solange es irgend geht. Der Arzt darf sich nämlich nicht von den Erfolgsaussichten seines Handelns leiten lassen. Er darf Hilfsbedürftigen mit unsicherer Prognose ärztliche Hilfe deshalb nicht verweigern, wenn er erkennen muß, daß seine Kräfte überfordert sind und daß es ihm deshalb unmöglich ist, allen Hilfsbedürftigen die eigentlich nötige Hilfe zu leisten.“

### Beschluß des Vorstandes

Last not least hat der Vorstand der Bundesärztekammer einen Beschluß zu den „Indikationsstufen ärztlichen Einsatzes in Katastrophenfällen“ am 17. Juni 1983 verfaßt, der im Wortlaut wie folgt heißt:

„Veranlaßt durch die öffentliche Diskussion zur Katastrophenmedizin und der ‚Triage‘ stellt der Vorstand der Bundesärztekammer fest, daß jeder Arzt die Prinzipien der Sichtung kennen und nötigenfalls anzuwenden in der Lage sein muß.“

Die Einstufung in die Dringlichkeitskategorien ist die wichtigste Voraussetzung zur Bewältigung eines (Massen-)Anfalls von Verletzten oder Kranken, da von ihr als entscheidendem, medizinischem Element das weitere Schicksal der Verletzten/Kranken abhängt. Diese Forderung ist nicht nur eine ärztlich-ethische, sondern auch eine humanitäre.

Das Prinzip der Sichtung wird immer dann zur Anwendung kommen müssen, wenn ein krasses Mißverhältnis zwischen dem Hilfsbedürfnis vieler Menschen, verfügbaren personellen Kräften und materiellen Hilfsmitteln qualitativ wie quantitativ besteht und unverhältnismäßig aufwendige Diagnose- und Therapiemaßnahmen nicht durchgeführt werden können, um nicht zusätzliche Gesundheitsschäden bei der Mehrzahl von Betroffenen durch Zeitverlust und Behandlungsmängel zu verursachen.

Ziel der Sichtung ist es weiterhin, mit den zur Verfügung stehenden, beschränkten Mitteln möglichst viele Notfallpatienten bzw. Verletzte mit Überlebenschancen zu behandeln, durch Herstellen der Transportfähigkeit einer zweckmäßigen Behandlung zuzuführen und Schwerstgeschädigten durch Palliativmaßnahmen Leid zu lindern.

Sichtung bedeutet auch Setzung von Prioritäten unter Zeitdruck bei improvisierten Verhältnissen.“



# Brandstiftung ist die Ursache für ein Drittel aller Feuerschäden

„Entwicklung kommt geradezu einer Epidemie gleich“

Bei der Brandstiftung handelt es sich um einen uralten Vorgang, mit dem sich die Feuerversicherer bereits seit Jahrhunderten auseinanderzusetzen haben. Leider müssen wir die Feststellung treffen, daß sowohl die Höhe der Brandschäden als auch die Zahl der Schadenfälle in den letzten Jahren nahezu sprunghaft gestiegen sind. Die Brandstiftung hat an Aktualität gewonnen und stellt in der heutigen Industriegesellschaft eine gefährliche und elementare Bedrohung dar. Diese Entwicklung steht zweifellos in einer inneren Wechselbeziehung mit der gesellschaftspolitischen Wende unserer modernen Zivilisation.

Es kann davon ausgegangen werden, daß derzeit ungefähr ein Drittel sämtlicher Feuerschäden auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Hinzu kommt noch weiterhin ein Anteil von etwa 30% von unermittelten Brandursachen, von denen erfahrungsgemäß ein Großteil mit Sicherheit der fahrlässigen und vorsätzlichen Brandstiftung zuzurechnen ist. Diese Entwicklung kommt geradezu einer Epidemie gleich, wenn man bedenkt, daß vor etwa 20 Jahren die Brandstiftungen noch nicht einmal 15% der Aufwendungen ausmachten.

Die stark vermehrte Brandstiftung ist eine direkte Folge moderner Umwelteinflüsse, die sich in den letzten Jahren in einem unverkennbaren Trend zur gewaltsamen Lösung sozialer und gesellschaftlicher Konflikte äußerte und zu einer Schadeneskalation führte, die das Schadenbild in der Feuerversicherung maßgeblich beeinflusste.

Es ist kein Trost, daß sich der Anteil der Brandstiftungsschäden an den Gesamtfeuerschäden bei sämtlichen vergleichbaren Industriestaaten mit Ausnahme von Japan auf ca. 25–33% eingependelt hat. Der erschreckende Umfang der Brandstiftungsschäden macht es dringend erforderlich, sich mit Ursachen und Abhilfemaßnahmen dieser beklagenswerten Erscheinung in unserer modernen Industriegesellschaft auseinanderzusetzen. Andernfalls muß man den Feuerversicherern mit Recht den Vorwurf machen, diese gesellschaftspolitische Herausforderung unserer Zeit nicht tatkräftig genug zu bekämpfen.

## Verändertes Erscheinungsbild

Unter einer Brandstiftung im Sinne unseres Strafgesetzbuches verstehen wir die „vorsätzliche oder absichtliche Beschädigung oder Vernichtung von Sachen durch Inbrandsetzen“. Die lediglich „fahrlässige Brandstiftung“ erfüllt nicht die Voraussetzungen der vorerwähnten Definition einer „Brandstiftung im engeren Sinne“.

Ausgehend von diesem Brandstiftungsbegriff soll im folgenden zunächst auf die Entwicklung der Brandstiftung eingegangen werden: Es trifft sicherlich zu, daß die Brandstiftung kein Phänomen unserer Zeit ist, sondern – in jeweils unterschiedlichen Ausprägungen – zu allen Zeiten vorgekommen ist. Gewandelt hat sich allerdings das Erscheinungsbild der durch Brandstiftung hervorgerufenen Schaden-Feuer. Waren es noch vor ca. zwei Jahrzehnten vorzugsweise Brandstiftungen, die im Bereich der Landwirtschaft durchgeführt wurden, so hat sich heute das Schwergewicht in den industriellen Bereich und in den Bereich der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung verlagert.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die entsprechenden Schadenfeuer in der Landwirtschaft nicht mehr existieren. Nach wie vor gibt es das Anzünden von Heuschobbern durch spielende Kinder, nach wie vor gibt es durch Mißernten in wirtschaftliche Bedrängnis geratene Landwirte, die sich mittels eines „warmen Abrisses“ wirtschaftlich zu sanieren suchen. Allerdings haben sich diese Schäden – bei etwa gleichbleibender Anzahl – infolge der sonstigen Zunahme von Brandstiftungen relativiert. Im Gesamtbild der Brandstiftungsschäden nehmen sie nur noch einen Teil mit, das eindeutige Schwergewicht hingegen hat sich zu anderen Erscheinungsformen der Brandstiftung verlagert.

Die ersten Anzeichen dieser neuen Kriminalität mehrten sich in den 60er Jahren, als unter dem Stichwort „Gewalt gegen Sachen“ ein zulässiges Mittel der politischen Auseinandersetzung die ersten Kaufhausbrände in Szene gesetzt wurden. Es waren jedoch nicht nur die politisch motivierten Brandstiftungen, die ihren Teil zu der explosiven Steigerung von Brand-

stiftungen beitrugen. Einhergehend mit der konjunkturellen Entwicklung, etwa dem Ende der großen Zuwachsraten, wurde bei der Verknappung des Geldes und der Steigerung des Zinsniveaus verstärkt versucht, wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit Brandstiftung und damit durch Inanspruchnahme der finanzkräftigen Assekuranz zu begegnen. Hierbei trug das Bewußtsein, daß ja eigentlich niemand geschädigt sei, da ja die Versicherung „zahle“, vielfach zur Herabsetzung der Hemmschwelle bei. Leider geht mit dieser Entwicklung die vielfach verbreitete Entwertung des Eigentumsbegriffes Hand in Hand.

## Brandstiftung aus Liebeskummer

Neben dieser mehr wirtschaftlich motivierten Art von Brandstiftung läßt sich beobachten, daß Brandstiftungen vermehrt auch als Mittel zur Bewältigung persönlicher Probleme angesehen werden. So mehren sich die Fälle, daß Lebensmüde ohne Rücksicht auf die möglichen Konsequenzen ihre Wohnung in Brand setzen. Weiter ist zu beobachten, daß Täter aus Liebeskummer fremdes Eigentum in Brand setzen, um auf diese Weise in Richtung auf den verloren geglaubten Partner ein Signal zu setzen. Einhergehend mit der aktuellen Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist auch zu beobachten, daß sich entlassene Arbeitnehmer oder nicht berücksichtigte Bewerber mit einer Brandstiftung „Luft machen“.

Des Weiteren ist schließlich auch eine immer größere Neigung von Straftätern, so insbesondere von Einbrechern, zu beobachten, die aus Verärgerung über nicht ausreichend vorgefundene Beute den Einbruchsort in Brand setzen. Daneben besteht nach wie vor die Neigung einer gewissen Tätergruppe zur Verwischung von Spuren bei Einbruch-Diebstählen oder Unterschlagungen, ganze Räumlichkeiten dem Feuer zu überantworten. Schließlich seien auch noch diejenigen Fälle von Brandstiftung erwähnt, bei denen verhaltensgestörte Täter, worunter auch vielfach Jugendliche gezählt werden müssen, aufgrund ihrer psychischen Erkrankungen Brandstiftung initiieren. Bei der zuvor skizzierten Entwicklung in der Brandstiftung ist





Die gestiegene Brandstiftungsaktivität stellt in der heutigen Industriegesellschaft eine elementare und gefährliche Bedrohung dar.

von Bedeutung, daß sämtliche zum Vergleich heranzuziehende Staaten eine entsprechende Entwicklung durchmachen, wobei lediglich die fernöstlichen Staaten Japan und Korea eine eher gebremste Entwicklung zeigen.

### Unterschiedliche Tätertypen

Zu einer näheren Beschäftigung mit der Problematik gehört nicht nur die Untersuchung der verschiedenen Erscheinungsformen, sondern vor allen Dingen auch die Befassung mit den unterschiedlichen Tätertypen. Hierbei lassen sich drei große Gruppen von Tätertypen unterscheiden.

● Zunächst sind die verhaltensgestörten Tätertypen zu nennen. Unter diese Gruppe fallen die unterschiedlichsten Untergruppen, so etwa die Pyromanen, die betrogenen Liebhaber, die unzufriedenen Arbeitnehmer, die Alkoholiker, die aus Rache, Neid oder Liebeskummer handelnden Täter und so fort. Es läßt sich beobachten, daß

diese Verhaltensstörungen, zu denen auch der Fall des Feuerwehrmannes zählt, der selbst Brände legt, um als Eifrigster bei den Löscharbeiten aufzufallen, in letzter Zeit zunehmen. Dies hängt zum einen damit zusammen, daß der allgemein bestehende Streß unserer heutigen Zeit naturgemäß seine „Opfer“ fordert. Hinzu kommt, daß derartige ungenormte Verhaltensweisen ein allgemeines Interesse hervorrufen und deshalb bevorzugt von den Medien aufgegriffen werden. Hierdurch erlangen sie eine umfangreiche Verbreitung und regen Nachahmer zu vergleichbaren Handlungen an.

● Als weitere große Gruppe sind diejenigen Tätertypen zu nennen, die eine Brandstiftung aus rein kriminellen Motiven in die Wege leiten. Hierunter fallen sämtliche Fälle des Versicherungsbetruges, der Vertuschung und Ablenkung von anderen Straftaten, so z. B. von Unterschlagungen und Einbruch-Diebstählen sowie etwa die in letzter Zeit in unseren Regionen aufgenommenen Fälle der Erzwingung von

„Schutzgeldern“ in Nachahmung mafiaähnlicher Methoden.

● Schließlich ist als weitere große Gruppe von Tätertypen der aus politischer Motivation handelnde Gewalttäter zu nennen. Diese Tätergruppe ist insofern besonders gefährlich, da es sich hierbei vielfach um Überzeugungstäter handelt, die sich mit normalen kriminologischen Maßstäben nur schlecht messen lassen und die deswegen gegenüber Fahndungsmaßnahmen resistenter sind. Hinzu kommt in diesem Zusammenhang sicherlich, daß diese Gruppe von Tätertypen bei einigen Teilen der Bevölkerung einen Rückhalt findet und aus diesem Grunde gleichfalls nur schwerer erkennbar und erst recht schwerer ergreifbar ist als „übliche Brandstifter“. Als spektakulärer Schadenfall gerade aus der letzten Zeit sei in diesem Zusammenhang der Anschlag auf das Rechenzentrum der MAN-Werke in Giesheim-Gustavsburg bei Rüsselsheim genannt. Neben einem Sachschaden von 2,5 Mio. DM sind aufgrund dieses vermutlich politisch motivierten Anschlags Folgeschäden in Höhe von 20 Mio. DM entstanden.

### Ansatzpunkte zur Bekämpfung

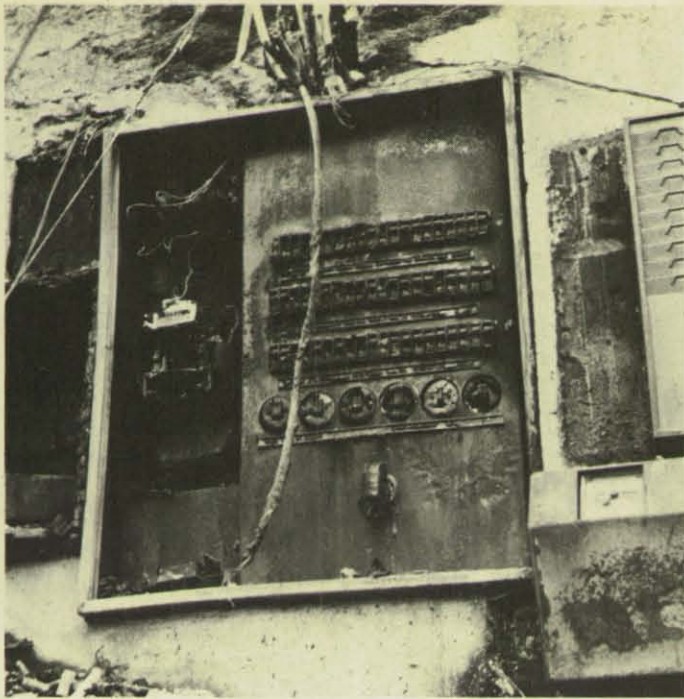
Zunächst ist anzuführen, daß sämtliche Schutzmaßnahmen, die auch gegen sonstige Täter, etwa gegen Einbrecher, wirksam sind, in gleichem Maße gegenüber potentiellen Brandstiftern Wirksamkeit entfalten können. So erschwert etwa die Vergitterung von Fenstern im Parterrebereich eines Hauses nicht nur einem potentiellen Einbrecher die Arbeit, sondern hält möglicherweise auch einen Brandstifter davon ab, in das Haus vorzudringen, um dort in aller Ruhe einen Brandherd zu legen. Neben entsprechenden baulichen Vorkehrungen bieten sich bei gefährdeten Objekten Zugangskontrollen, ein ständiger Wachdienst außerhalb der Betriebszeiten, die sichere Aufbewahrung von Schlüsseln, eine angemessene Beleuchtung usw. an.

Hierbei genügt es jedoch nicht, etwa nur Sprinkleranlagen und Raumüberwachungsanlagen in einem gefährdeten Objekt zu installieren. Es ist zu berücksichtigen, daß derartige Anlagen normalerweise nicht auf einen Brandstifter abgestellt sind. So dürfte es etwa einem Brandstifter leicht sein, die elektrische Zuleitung zu einer Sprinkleranlage zu unterbrechen und so die gesamte Anlage lahmzulegen, sofern er einen ungehinderten Zugang zur Zuleitung besitzt. Bei allen derartigen Sicherungen ist deshalb zu beachten, daß sie nur dann ihre Wirksamkeit entfalten können, wenn sie auch noch so installiert sind, daß sie von einem potentiellen Brandstifter nicht ohne weiteres außer Gefecht gesetzt werden können.



Die durch Brandstiftung entstandenen Schadenfeuer in der Landwirtschaft haben gegenüber den anderen Formen der Brandstiftung an Bedeutung verloren.





Die Arbeitsmethoden von Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft bei der Ermittlung der Brandursachen müssen intensiviert werden.

Neben diesen Vorkehrungen, Brandstiftern das Leben möglichst schwerzumachen, bieten sich einige Ansatzpunkte im Bereich der inneren Sicherheit von gefährdeten Objekten an. So dürfte es von besonderer Wichtigkeit sein, brennbare Materialien innerhalb eines Betriebes nur dort zu lagern, wo sie im Zweifelsfall keinen größeren Schaden anrichten können. Des weiteren sind regelmäßige Kontrollen im Hinblick auf die Einhaltung von Sauberkeit und Ordnung sowie ständige Schulung der jeweiligen Mitarbeiter im Hinblick auf mögliche Gefahren erforderlich.

Einen weiteren wichtigen Punkt im Rahmen der Bekämpfung von Brandstiftungen stellt die Unterstützung der öffentlichen Hand durch die Versicherungswirtschaft dar. Wie eine Reihe von konkreten Schadenfällen gezeigt hat, reicht es unter Umständen nicht aus, sich lediglich auf die Tätigkeit der Ermittlungsbehörden zu verlassen. Infolge zum Teil anderer Gewinnrichtungen im Hinblick auf die Intensität der Ermittlungsarbeit besteht nämlich die Gefahr, daß wertvolles Beweismaterial nicht rechtzeitig zur Auswertung gelangt. Aus diesem Grunde sollte bei Fällen gewisser Bedeutung regelmäßig eine Unterstützung bzw. eine Ergänzung der amtlichen Ermittlungstätigkeit durch von der Assekuranz beauftragte private Personen stattfinden.

Gerade in letzter Zeit haben sich einige Fälle ergeben, in denen der Einsatz von auf derartige Beweissicherung spezialisierten Firmen, verbunden mit etwaigen Auslobungen, für die Ergreifung von Tätern zu sichtbaren Erfolgen geführt hat. Wenn auch bei einem durchschnittlichen Brandstifter nach seiner Ergreifung „nichts zu holen sein“ dürfte, so dürfte sich jedoch aus der Tatsache der Ergreifung von Brandstiftern ein

heilsamer Effekt ableiten. Ein potentieller Täter kann nicht unbedingt mehr auf die relativ geringe Aufklärungsquote bei Brandstiftungen spekulieren und sich dann sagen: „Mich wird man schon nicht erwischen.“ Es muß auch auf diesem Gebiet alles getan werden, um die Risikoschwelle für potentielle Täter so gut es geht zu erhöhen.

### **Ermittlungen auch durch die Versicherer**

Des weiteren wäre die Assekuranz gut beraten, wenn sie im Falle der Ergreifung von Brandstiftern verstärkt Regreßmaßnahmen einleiten würde. Hierbei sollte nicht das vordergründige Argument entscheidend sein, wonach eine Regreßnahme sich bereits deshalb nicht lohnt, weil der ergriffene Brandstifter arbeits- oder vermögenslos ist. Bei Fällen von einiger Bedeutung sollte jeder Brandstifter wissen, daß er selbst dann mit einem zivilrechtlichen Verfahren überzogen wird, wenn ein Rückzahlungsanspruch gegen ihn derzeit nicht realisierbar ist. Es muß wieder verstärkt ins Bewußtsein gerückt werden, daß aus rechtskräftigen Titeln gegen potentielle Brandstifter 30 Jahre lang vollstreckt werden kann. Es besteht hierbei eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß auch ein derzeit vermögensloser Täter im Rahmen der nächsten 30 Jahre wieder einmal zu Arbeit und Geld kommt, so daß sich eine Forderung zumindest teilweise wird realisieren lassen.

Die Verbesserung des baulichen Brandschutzes und des Objektschutzes spielen im Rahmen der Schadenverhütungsmaßnahmen gegen Brandstiftung mehr und

mehr eine große Rolle. Im Hinblick auf die ständig steigende Kriminalität wird diesen beiden Faktoren eine noch größere Bedeutung zukommen. Zwar können bei einem ausgeprägten vorbeugenden baulichen Brandschutz sicherlich Brandschäden nicht ganz verhindert werden, doch kann die Schadenausdehnung – und damit die Auswirkung der Schäden der Höhe nach – mehr oder weniger beachtlich gemindert werden. Schwerpunkte für die Aufklärung der brandverhütenden und schadenmindernden Maßnahmen sind also:

- Gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Verhütung von Kinderbrandstiftungen. Die hohe Zahl dieser Schadenfälle kann im wesentlichen nur durch Aufklärung und Erziehung gemindert werden.

- Die Arbeitsmethoden der Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaften bei der Aufdeckung von Brandstiftungsdelikten müssen intensiviert werden unter Ausnutzung aller modernen technischen Möglichkeiten und naturwissenschaftlichen Erkenntnisse.

- Eine verstärkte Zusammenarbeit aller Institutionen, die für die Brandursachenermittlung, den abwehrenden und vorbeugenden Brandschutz sowie für die Strafverfolgung zuständig sind.

- Eine fortlaufende Verbesserung und Überwachung des baulichen Brand- und Objektschutzes.

Die vorangegangenen Zeilen mögen dazu beitragen die „brandaktuelle“ Problematik der Brandstiftung zu verdeutlichen. Hierbei war es naturgemäß nicht möglich, auf alle einzelnen Aspekte einzugehen, sondern es sollte vielmehr versucht werden, Streiflichter auf die möglichen Erscheinungsformen, die auftretenden Tätertypen und die sich anbietenden Reaktionen zu werfen. Wenn es gelungen ist, den vielfach zu beobachtenden Fatalismus, „wir müssen ja doch zahlen“, etwas einzudämmen, so ist ein wichtiger Zweck bereits erreicht. Ein bloßes Zuwarten ist angesichts einer lawnenartig angestiegenen Brandstiftungswelle nicht länger zu verantworten. Es müssen sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um zumindest eine Bekämpfung der derzeitigen beklagenswerten Situation einzuleiten. Anderenfalls besteht die Gefahr, daß gesellschaftspolitische Probleme entstehen, deren Ausmaß nicht mehr zu übersehen sind.

Es bleibt zu hoffen, daß die anstehenden Probleme auf breiter Basis der Bevölkerung als gesamtwirtschaftlich und gesamtpolitisch interessierende Probleme erkannt werden und diese Problematik nicht als eine solche alleine von der Assekuranz behandelt wird. Wir sollen uns alle bemühen, im Rahmen unseres Einflusses und unserer Möglichkeiten alles Erforderliche hierfür zu tun.

(Aus Provinzial-Zeitschrift, 1/84)



Die Öffentlichkeitsarbeit des BVS:

## „Verstärkt auf die politische Frage nach Sinn und Zweck des Zivilschutzes eingehen“

Interview mit Ministerialrat Dr. Mölter, Bayerisches Staatsministerium des Innern – Es muß darauf hingewiesen werden, daß der totale Atomkrieg der unwahrscheinlichste aller möglichen Konfliktformen ist.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern verfolgt die Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz mit großer Aufmerksamkeit und fördert seinerseits den Selbstschutz durch gezielte Maßnahmen. So hat das Staatsministerium in jüngster Zeit die Erfahrungen der an dem Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes beteiligten bayerischen Gemeinden ausgewertet und sie aufgefordert, den Selbstschutz anhand eines vorgegebenen Zeitplans und mit konkreten Maßnahmen gezielt zu fördern. Dabei wurden die Kommunen auch besonders darauf hingewiesen, die Angebote des BVS zur Unterstützung bei Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes verstärkt zu nutzen. Ferner hat das Bayerische Staatsministerium des Innern die Regierungen angewiesen sicherzustellen, daß alle Bauinteressenten frühzeitig auf den Bau von Schutzräumen hingewiesen werden und ihnen die vom BVS im Auftrag des Bundesministers des Innern herausgegebene „Schutzbaufibel“ zur Verfügung gestellt wird.

Der unter anderem für den Selbstschutz zuständige Referatsleiter im Staatsministerium des Innern, Ministerialrat Dr. Mölter, hat sich wiederholt für eine noch intensivere Öffentlichkeitsarbeit des BVS – vor allem angesichts der seit geraumer Zeit von Gegnern des Zivilschutzes geäußerten massiven Kritik – ausgesprochen. Dr. Mölter nahm die Gelegenheit wahr, an einem „Argumentationstraining Zivilschutz“ an der BVS-Bundesschule in Bad Neuenahr-Ahrweiler teilzunehmen. Dieses Argumentationstraining dient dazu, die BVS-Mitarbeiter in der Öffentlichkeitsarbeit durch eine gezielte Schulung auch auf Diskussionen mit kritisch eingestellten Mitbürgern und Gegnern des Zivil- und Selbstschutzes argumentativ vorzubereiten. In dem einwöchigen Training werden Diskussionstechniken geübt, Argumente für den Zivilschutz gemeinsam erarbeitet

und die Theorie in die Praxis – etwa bei BVS-Informationsveranstaltungen, Straßendiskussionen usw. – umgesetzt.

Das „Zivilschutz-Magazin“ befragte anschließend Ministerialrat Dr. Mölter über seine Beurteilung dieser Intensivschulung und über Möglichkeiten, die Öffentlichkeitsarbeit des BVS zu verbessern.

**Zivilschutz-Magazin:** Herr Dr. Mölter, Sie haben hier einen Einblick in die Schulung der BVS-Mitarbeiter, die täglich in der praktischen Öffentlichkeitsarbeit stehen, bekommen. Welchen Eindruck haben Sie von diesem BVS-Argumentationstraining?

**Dr. Mölter:** Einen sehr guten Eindruck. Die Mitarbeiter des BVS werden dazu angehalten, den Fragen, die sehr häufig an sie gestellt werden, auf den Grund zu gehen und für den Fragesteller zufriedenstellend zu beantworten.

**Zivilschutz-Magazin:** Worin sehen Sie die Hauptaufgabe der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz?

**Dr. Mölter:** Die Hauptaufgabe der Öffentlichkeitsarbeit für den Zivil- und Selbstschutz sehe ich in verstärktem Maße in den Straßenaktionen. Ein weiterer Standpunkt sind die Diskussionen über die „Friedensfrage“, die in aller Regel auch Fragen des Zivilschutzes berühren. An diesen Diskussionen sollte der BVS aktiv teilnehmen. Ein Drittes ist die Medienarbeit, vor allem die Pressearbeit. Hier muß der BVS durch Veröffentlichungen oder auch durch Leserbriefe zu aktuellen Ereignissen, die den Zivilschutz berühren, Stellung nehmen.

**Zivilschutz-Magazin:** Welchen Wert messen die Länder – speziell das Bundesland Bayern – der Öffentlichkeitsarbeit des BVS zu?

**Dr. Mölter:** Keine Frage: einen sehr großen Wert. Ich bin der Meinung, daß sich gerade die Öffentlichkeitsarbeit des

BVS und die der sonstigen Behörden einschließlich der Kommunen ergänzen müssen. Eine verstärkte Zusammenarbeit im Hinblick auf die Darstellung der Notwendigkeit und Bedeutung des Zivil- und Selbstschutzes ist hierfür erforderlich.

**Zivilschutz-Magazin:** Was wäre Ihrer Meinung nach an der derzeitigen Konzeption der Öffentlichkeitsarbeit des BVS zu ändern, zu verbessern?

**Dr. Mölter:** Mein Eindruck von der Öffentlichkeitsarbeit ist der, daß der BVS zur Zeit zu sehr und zu häufig Veranstaltungen vor einem Kreis gezielt ausgewählter Personen durchführt, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl dem Zivilschutz an sich schon positiv gegenüberstehen. Ich wage hier den Vergleich zu dem Pfarrer, der immer nur den Leuten predigt, die sowieso schon in die Kirchen gehen.

Deshalb sollte der BVS stärker an die Bevölkerungsgruppen herantreten, die nicht schon vorher nach gewissen Kriterien ausgewählt sind, sondern den Zivilschutz kritisch oder sogar ablehnend betrachten. Gerade hier in diesem Seminar wird ja den BVS-Mitarbeitern ein sehr gutes Handwerkzeug vermittelt, um mit den negativen Fragern eine sachliche Diskussion zu führen. Persönlich glaube ich allerdings, daß eine Reihe der negativ eingestellten Mitbürger auch durch sachliche Argumente nicht zu überzeugen ist. Bei vielen anderen ist jedoch sicherlich ein Trend zum Positiven zu erreichen.

Einen weiteren Punkt der Verbesserung sehe ich darin, die Öffentlichkeitsarbeit in der Sache aggressiver zu betreiben; das heißt, von der bisher vorherrschenden Haltung, nur ja nirgendwo anzuklopfen, abzugehen. Vor allem sollte der BVS seine derzeitige Praxis, in erster Linie organisatorische, technische und finanzielle Fragen des Selbstschutzes und Schutzraumbaus darzustellen, mo-



difizieren und verstärkt auf die politische Frage nach Sinn und Zweck des Zivilschutzes, die vorwiegend von seinen Gegnern gestellt wird, eingehen. Nur wenn den Menschen – allerdings ohne eine falsche Panik zu erzeugen – klargemacht wird, daß trotz einer nun schon fast 40jährigen Friedenszeit in Europa und trotz einer auf Erhaltung des Friedens gerichteten Politik ein bewaffneter Konflikt zwischen Ost und West leider nie völlig ausgeschlossen werden kann, sind sie – wenn überhaupt – zu motivieren, entsprechende Vorsorge- und Schutzmaßnahmen zu treffen. Dabei müßte auch eindeutig darauf hingewiesen werden, daß der totale Atomkrieg, mit dem die Zivilschutzgegner in erster Linie argumentieren, die unwahrscheinlichste aller möglichen Konfliktformen ist.

Schließlich erscheint es mir wichtig, darauf hinzuweisen, insbesondere das bei Straßenaktionen verwendete Werbematerial optisch auffallender zu gestalten. In einer Zeit, in der die Menschen von einer Flut von Broschüren und sonstigen Drucksachen übersättigt werden, muß sich das Informationsmaterial des BVS von den übrigen Werbeprospekten durch eine professionellere und Aufmerksamkeit erregende Gestaltung deutlich abheben.

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Schönberg/Ostsee.** Auf Initiative der Johanniter-Unfall-Hilfe wurde im Juli 1984 erstmalig ein „Tag der Sicherheit“ unter Beteiligung des ASB, der DLRG, des THW, der Freiwilligen Feuerwehr, der Polizei und des BVS durchgeführt.

Bürgermeister Schröder betonte anläßlich der Eröffnung: „Jeder von uns weiß um die Notwendigkeit, in seinem Privatbereich gegen Gefahren des täglichen Lebens vorzusorgen, um Schaden von sich und der Familie abzuwenden.“ Die Katastrophenschutz-Organisationen würden hier zeigen, mit welchen Mitteln sie helfen können.

BVS-Beauftragter Josef Sorychta demonstrierte an einer Brandübungspuppe das Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke, und am Informationsstand des BVS ließen sich viele Besucher über Selbstschutzmaßnahmen beraten.

## Quer durch Niedersachsen

**Burgdorf.** Im Juli absolvierten in Burgdorf 15 Selbstschutzberater ihre Ausbildung. Die BVS-Dienststelle Hannover hat nun innerhalb eines Jahres

30 Selbstschutzberater für die zehn Wohnbereiche in Burgdorf ausgebildet.

Gäste des Landkreises und Mitarbeiter der BVS-Dienststelle bildeten den Rahmen, als Stadtdirektor Bindseil die Berufung und Aushändigung der Urkunden vornahm.

**Gehrden.** Stadtdirektor Bildhauer eröffnete in Gehrden eine Selbstschutzwoche. 32 Teilnehmer nahmen an der Auftaktveranstaltung, einem Sicherheitswettbewerb, teil. Mit Straßenaktionen, Informationsveranstaltungen, Schaufensterwerbung sowie der Ausstellung „Zivilschutz“ wurde der weitere Verlauf der Selbstschutzwoche gestaltet.

**Wolfsburg.** Vom 5. bis 8. Juni 1984 fand in Wolfsburg eine Selbstschutzwoche statt, in der für Ratsherren und Leiter von Betrieben und Behörden, für Betriebs- und Behördenselbstschutzleiter, für Frauen sowie für Schulleiter verschiedene Informationsveranstaltungen durchgeführt wurden. Besonders die Veranstaltung für die Schulleiter in der Realschule Vorsfelde war interessant, da diese Schule als einzige in den Regierungsbezirken Braunschweig und Lüneburg seit elf Jahren Arbeitsgemeinschaften „Selbstschutz“ durchgeführt und eine Bergungs- und Sanitätsstaffel aufgebaut hat. Anläßlich einer Räumungsübung der Schule konnten beide Staffeln ihr Können unter Beweis stellen.

Die Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“ wurde von vielen Bürgerinnen und Bürgern besucht. Darüber hinaus hatte die BVS-Dienststelle Braunschweig einen Stand in der Fußgängerzone aufgebaut. Auch die Selbstschutzberater hatten die Möglichkeit, sich der Bevölkerung darzustellen.

Reges Interesse fanden die Demonstrationen der Katastrophenschutz-Organisationen.

Den Abschluß der Selbstschutzwoche bildete ein Sicherheitswettbewerb.

**Wilhelmshaven.** „Das Rettungswesen in unserer Gemeinde“ lautete das Thema, das eine Schülergruppe der Hauptschule Jaderberg im Rahmen einer Projektwoche gewählt hatte. Die BVS-Dienststelle Wilhelmshaven beteiligte sich mit Beiträgen zum Zivil- und Katastrophenschutz an dem Programm. Dabei verstand es BVS-Fachlehrer Lade, die Schüler durch interessante und praxisnahe Teile aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang zu begeistern. Schulleiter Dibowski begleitete das umfangreiche Programm pädagogisch.

In einem abschließenden Gespräch bezeichnete Dibowski die Aktion als „Unterricht zum Anfassen“, bei dem der Erfolg vorprogrammiert sei.

## Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

**Schloß Körtlinghausen.** Dr. Eberhard Munzert, seit einigen Monaten Staatssekretär im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, stattete der BVS-Schule kürzlich einen Besuch ab.

Der Staatssekretär ließ sich durch BVS-Landesstellenleiter Eykmann ausführlich über die aktuelle Situation des BVS informieren. Dazu gehörte auch eine umfassende Darstellung der Aufgaben der BVS-Schule.

Im Rahmen der Besichtigung der schulischen Einrichtungen nahm Dr. Munzert auch an einer Demonstration von Praxisbeispielen aus der Selbstschutz-Ausbildung auf dem Übungsgelände teil.

Der Gast nahm die Gelegenheit wahr, mit den Teilnehmern einer Informationsveranstaltung „Zivilschutz“ über Fragen des Zivil- und Selbstschutzes zu diskutieren.

Dr. Munzert betonte zum Abschluß seines Besuches: „Das, was ich bei meinem Besuch über die Arbeit des BVS gesehen und gehört habe, hat mich sehr beeindruckt. Der BVS in Nordrhein-Westfalen kann jederzeit mit der mir möglichen Unterstützung rechnen.“



Hoher Besuch an der BVS-Schule (von links): BVS-Landesstellenleiter Eykmann, Staatssekretär Dr. Munzert, Ministerialrat Witaschek, Schulleiter Klesper, Fachgebietsleiter Kaufner.  
(Foto: Stein)



**Düsseldorf.** Die Gemeinschaft „Pose-ner Straße“ – Sitz der BVS-Dienststelle Düsseldorf – feierte ihr diesjähriges Straßenfest unter dem Motto „Für die Aktion Sorgenkind“. Der Initiator des Festes bat die Dienststelle um Unterstützung, die gerne zugesagt wurde. So wurden ein Informationsstand aufgebaut, der Filmwagen eingesetzt und Selbstschutzgeräte gezeigt. Die Bevölkerung hatte ferner Gelegenheit, das Ablöschen brennender Bekleidung zu üben.

Neben Bürgermeister Klaus Bungert konnte Dienststellenleiter Meerkötter noch einige Ratsherren und Beigeordnete begrüßen. Die Organisatoren konnten die stolze Summe von rund 6000 DM an die „Aktion Sorgenkind“ überweisen.

**Olpe.** Bundestagsabgeordneter Rudolf Purps (SPD) ließ sich in einem Gespräch mit dem Leiter der BVS-Dienststelle Olpe über die Aktivitäten der letzten Jahre berichten. Der Politiker war überrascht, daß eine so große Zahl verschiedener Veranstaltungen von einem doch verhältnismäßig kleinen Mitarbeiterkreis durchgeführt wird. Insbesondere ging es Purps jedoch um das Interesse der Bevölkerung am Schutzraumbau. Auch hier konnten genaue Zahlen genannt werden.

**Oberhausen.** BVS-Dienststellenleiter Werner Loechel überreichte in einer Feierstunde den ehrenamtlichen Helfern Werner Offergeld und Michael Kokon als Anerkennung für zwanzig- bzw. zehnjährige Mitarbeit Ehrenurkunden.

Loechel unterstrich in seiner Laudatio, daß die Ausbildungsleistungen der Dienststellen untrennbar vom Einsatzwillen der ehrenamtlichen Helfer abhängen, zumal diese Leistungen überwiegend in der Freizeit erbracht werden.

Offergeld ist seit 1963 BVS-Helfer, erwarb die Qualifikation als Fachlehrer, war dann von 1966 bis 1969 Leiter der Dienststelle Rumeln-Kaldenhausen und ab 1969 Fachbearbeiter in Duisburg-

Rheinhausen. 1981 wurde Offergeld als BVS-Beauftragter für Duisburg berufen.

Kokon ist seit 1973 ehrenamtlich für den BVS als Ausbildungshelfer und seit 1978 als Fachlehrer mit großem Einsatzwillen tätig.

## Hessenspiegel

**Wiesbaden.** In einer Feierstunde wurde BVS-Fachgebietsleiter Josef Brand in den Ruhestand verabschiedet. Landesstellenleiter Straube zeichnete den beruflichen Werdegang des Scheidenden auf.



BVS-Landesstellenleiter Straube überreicht Josef Brand die Dankurkunde.

1972 begann Brand als Leiter einer fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der damaligen Dienststelle Kelkheim. Später wurde er dann Mitarbeiter der Dienststelle Wiesbaden.

Über die Funktion des Dienststellenleiters in Wetzlar kam Brand 1981 als Fachgebietsleiter „Ausbildung“ zur Landesstelle Hessen.

Straube bedankte sich bei Brand für die geleistete Arbeit und überreichte die Dankurkunde.

**Wächtersbach.** Die BVS-Dienststelle Friedberg führte in enger Zusammenarbeit mit dem Landratsamt des Main-Kin-

zig-Kreises einen Selbstschutz-Grundlehrgang für Mandatsträger durch, der nicht nur den Sinn hatte, über Selbstschutzmaßnahmen zu informieren, sondern auch der Gewinnung von Selbstschutzberatern dienen sollte.

Hermann Eissing, Ratsmitglied der Stadt Wächtersbach, betonte: „Es war für mich etwas ganz Neues. Ich konnte eine Fülle von Anregungen mit nach Hause nehmen.“ Dies war auch die Meinung der anderen Lehrgangsteilnehmer.

**Friedberg.** Alle zwei Jahre lockt die große Angebots- und Informationsschau „Schaufenster der Wetterau“ zahlreiche Besucher in die malerische Kreisstadt Friedberg. Auch der BVS beteiligte sich mit einem Informationsstand und einer Straßenaktion.

Die große Bedeutung der Messe für den Bereich des Wetteraukreises wurde durch die Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens deutlich, die nach der Eröffnungsfeier auch den BVS-Stand besuchten.

So konnte BVS-Dienststellenleiter Aloys Wagner den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Friedberg, Hermann Fischer, den Präsidenten der Handwerkskammer Wiesbaden, Arnold Spruck, sowie den Schirmherrn der Ausstellung, Bürgermeister Dr. Fuhr, begrüßen.

**Wiesbaden.** Nach einer hauptamtlichen Tätigkeit von 13 Jahren wurde Inge Baranski im Kreise der Kolleginnen und Kollegen verabschiedet. Sie war Mitarbeiterin im Fachgebiet „Öffentlichkeitsarbeit“ der BVS-Landesstelle Hessen. Ihre engagierte und gewissenhafte Arbeitsweise wurde von allen geschätzt.



Aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Straube nimmt Frau Inge Baranski die Dankurkunde entgegen.

Landesstellenleiter Gerhard Straube überreichte die Dankurkunde und wünschte der Scheidenden noch viele schöne Jahre im Kreise ihrer Familie.

**Ehrung für langjährige Mitarbeit (von links): BVS-Helfervertreter Alfred Jegminat, Fachlehrer Michael Kokon, Dienststellenleiter Werner Loechel, BVS-Beauftragter Werner Offergeld.**

(Foto: Ender)





**Wetzlar.** Die BVS-Dienststelle Wetzlar hatte im Juli in den Städten Lich und Grünberg/Vogelsberg Informationsstände eingerichtet. Die auf belebten Plätzen durchgeführten Aktionen kamen gut an.

Gleichzeitig konnten sich die Bürger während dieser Wochen in den Rathausfoyers die BVS-Ausstellungen „Der Mensch im Mittelpunkt“ und „Zivilschutz“ ansehen.

Diese Form der Öffentlichkeitsarbeit, besonders in der Sommerurlaubszeit, bot einen sehr guten Kontakt zur Bevölkerung und den Sommergästen beider Städte.

\*

**Weilburg/Kubach.** Die BVS-Dienststelle Wiesbaden zeigte in den Aufenthaltsräumen der Kubacher Kristallhöhle die Ausstellung „Schutz und Wehr“. Schirmherr war Staatsminister Heribert Reitz.

Anlässlich der Eröffnung betonte Ministerialdirektor Koch, es reiche heute nicht mehr aus, sich nur zu informieren, man müsse auch willens sein, Ratschläge anzunehmen.

Unterstützt wurde die Bilderschau durch die Hilfsorganisationen. Vor dem Wirtschaftsgebäude der Kubacher Höhlen hatte das DRK Weilburg einen Verbandplatz eingerichtet und zeigte ein modernes Notfall-Fahrzeug. Die DLRG Weilburg präsentierte ihre Erste-Hilfe-Station und der THW-OV Weilburg vier unterschiedliche Einsatzfahrzeuge. Die Freiwilligen Feuerwehren Kubach und Weilburg stellten alte Handspritzen und Ausrüstungsteile des Jahres 1876 sowie moderne Geräte vor.

Fast 5000 Bürger besuchten die Ausstellung.

\*

**Darmstadt.** Der Kreisbeauftragte der BVS-Dienststelle Darmstadt für den Odenwaldkreis, Willi Magsam, wurde für dreißigjährige Mitarbeit im Verband ge-

**Ehrung in Darmstadt**  
(von links): BVS-Landesstellenleiter Straube, Landrat Dr. Nothgardt, BVS-Kreisbeauftragter Magsam, Helfervertreter Breitmeier, Dienststellenleiter Roth, BVS-Helfer Nowak.



ehrt. Magsam hat aktiv am Aufbau der ehemaligen Kreisstelle Erbach des damaligen Bundesluftschutzverbandes mitgewirkt.

In einer kleinen Feierstunde im Sitzungssaal des Landratsamtes Erbach wurde Magsam der BVS-Ehrenteller sowie die Dankurkunde überreicht.

In seiner Ansprache betonte Landrat Dr. Nothhardt die Notwendigkeit des Informationsauftrages des BVS. In einer Zeit der um sich greifenden Angst und Mutlosigkeit seien deutliche Hinweise auf Schutz und Überleben notwendig. Besonders begrüßte der Landrat die Treue der langjährigen ehrenamtlichen Mitarbeit des Geehrten für diese so wichtige, aber wenig attraktive Aufgabe.

## Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

**Kaiserslautern.** Hilmar Matheis, Leiter der BVS-Dienststelle Kaiserslautern, feierte im Kreise seiner Mitarbeiter und in Anwesenheit vieler Vertreter der Behörden und Betriebe des Stadt- und Landkreises Kaiserslautern sein 25jähriges Dienstjubiläum.

BVS-Landesstellenleiter Hans-Dieter Awiszus überreichte dem Jubilar eine Ehrenurkunde und dankte ihm für die langjährige Mitarbeit.

Awiszus zeigte danach den beruflichen Werdegang Matheis auf, der bereits 1959 in den Bundesgrenzschutz eintrat.

1967 kam Matheis zum BVS, wo er verschiedene Tätigkeiten in Würzburg, Dillingen/Donau und Schweinfurt ausübte. 1970 wurde er Sachbearbeiter bei der BVS-Landesstelle Bayern und 1972 zur Dienststelle München versetzt.

1981 übernahm Matheis dann die Leitung der BVS-Dienststelle Kaiserslautern.

In seiner jetzt dreijährigen Amtszeit hat es Matheis verstanden, dem BVS einen guten Namen zu verschaffen. Zahlreiche

Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens waren zur Ehrung erschienen. So auch der Beigeordnete der Stadt Kaiserslautern, Dr. Schöttler, der in seiner Ansprache die guten Kontakte des Jubilars zur Stadtverwaltung und zu allen im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen hervorhob.

Glückwunschtelegramme von Bundes- und Landtagsabgeordneten des Wahlkreises Kaiserslautern zeigten ebenfalls auf, daß Matheis sowohl als Bürger als auch in seiner Eigenschaft als BVS-Dienststellenleiter anerkannt und geachtet wird.

\*

**Mainz.** Wie in den vergangenen Jahren stellten auch in diesem Sommer die BVS-Dienststellen in Rheinland-Pfalz in Fußgängerzonen und Supermärkten Informationsstände auf. Hier konnten sich die Bürger über Selbstschutzmaßnahmen informieren.

Besonders lobend ist die Bereitwilligkeit der Gemeindeverwaltungen und der Marktleitungen der Supermärkte hervorzuheben, die geeignete Plätze zur Verfügung stellten.

Der Einsatz der als Filmwagen umgerüsteten VW-Busse hat auch hier die erhoffte Wirkung nicht verfehlt. Es ergaben sich im Anschluß an die gezeigten Filme viele Diskussionen mit den interessierten Zuschauern.

Wirkungsvoll waren auch die gemeinsam mit den Freiwilligen Feuerwehren durchgeführten Veranstaltungen. Auch hier wurden Informationsstände und Filmwagen eingesetzt. Außerdem trugen die praktischen Vorführungen, besonders die Bekämpfung von Entstehungs- und Kleinbränden, dazu bei, daß sich viele Bürger an diesen praktischen Maßnahmen beteiligten.

\*

**Koblenz.** Herbert Neuland wurde als Leiter der BVS-Dienststelle Koblenz eingeführt. Landesstellenleiter Awiszus zeichnete dabei den Werdegang Neulands während seiner 20jährigen BVS-Tätigkeit auf. Durch seine praxisbezogene Arbeit als Leiter einer fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle habe Neuland eine reiche Erfahrung, die als Voraussetzung für die jetzt angetretene Aufgabe als Leiter einer BVS-Dienststelle erforderlich sei, betonte Awiszus.

Mitarbeiter der Stadt Koblenz und des Landkreises Mayen-Koblenz wünschten Neuland einen guten Start und sicherten ihm ihre Unterstützung zu.

\*

**Koblenz.** Für langjährige Mitarbeit im BVS wurde der ehrenamtliche Fachleh-



rer Günter Fiebig mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet.

Fiebig, ehemaliger Berufssoldat, stellte sich gleich nach seiner Pensionierung der BVS-Dienststelle Koblenz als Mitarbeiter zur Verfügung. In den Jahren seiner Tätigkeit erwies er sich als zuverlässiger Fachlehrer.

In seiner Laudatio zeichnete Landesstellenleiter Awizus den beruflichen Werdegang Fiebigs auf, sprach den Dank des BVS aus und verband damit gleichzeitig die Bitte um weitere aktive Mitarbeit.

## Saarland-Rundschau

**Merzig.** Als Anerkennung für seinen langjährigen ehrenamtlichen Einsatz in den Bereichen der Bildungspolitik sowie des Zivil- und Katastrophenschutzes wurde Rektor i. R. Joachim Althoff, seit vielen Jahren im Kreis Merzig-Wadern als BVS-Kreisbeauftragter tätig, das Bundesverdienstkreuz am Band verliehen.

Landrat Linicus ging in seiner Laudatio auf die verdienstvolle Arbeit Althoffs ein, wobei er das Wirken des Geehrten um den Aufbau des Selbstschutzes ebenfalls lobend herausstellte.

An der Feierstunde nahm auch BVS-Landesstellenleiter Christian Koch teil.

## Bayern heute

**Landshut.** Einer Einladung des Österreichischen Zivilschutzverbandes (ÖZSV), Landesverband Niederösterreich, folgend, besuchten Mitarbeiter und Helfer der BVS-Dienststelle Landshut und weiterer bayerischer Dienststellen Niederösterreich.

Empfangen wurde die von Landesstellenleiter Günther Kopsieker und Dienststellenleiter Georg Seemann geleitete Delegation im Stift Melk durch den niederösterreichischen Präsidenten des ÖZSV, Direktor Josef Hans.

Danach fuhren die Gäste nach Horn, Bezirkshauptstadt im Waldviertel. Die Stadt beherbergt die Schule des Österreichischen Zivilschutzverbandes.

Um 19.00 Uhr lud Siegfried Ludwig, Landeshauptmann von Niederösterreich, zum großen Empfang für die bayerische Delegation. Landesrat Franz Rabl begrüßte seitens der Landesregierung von Niederösterreich die Gäste, unter ihnen Nationalrat Dr. Kaiser, Ministerialrat Dr. Dworak, Regierungsdirektor Dr. Proißl, ÖZSV-Direktor Hans sowie 1. Bürgermeister Direktor Rauscher.

In seiner Ansprache hob Landesrat Rabl die Bedeutung des Zivil- und Selbstschutzes als unentbehrliche Grundlagen



Das BVS-Team belegte den 7. Platz im Fußballturnier der Münchener Katastrophenschutz-Organisationen.

für humanitäres Streben gerade in der Gegenwart hervor.

„Gleich ob in der Bundesrepublik Deutschland oder in Österreich, überall ersehnen die Menschen den Frieden und hoffen auf Einsicht der verantwortlichen Politiker. Trotzdem darf man auf Vorsorgemaßnahmen, wie sie im Bereich des Selbstschutzes angesiedelt sind, nicht verzichten, denn die Not der Menschen kann vielfältig sein“, betonte Rabl.

Es folgten Grußworte österreichischer Bundes- und Landespolitiker. BVS-Dienststellenleiter Georg Seemann verlas eine Grußadresse des Oberbürgermeisters der Stadt Landshut, Josef Deimer.

Im Anschluß wurden die Urkunden für eine Partnerschaft der BVS-Dienststelle Landshut mit dem Niederösterreichischen Zivilschutzverband verlesen und ausgetauscht.

Eine besondere Ehre erfuhren Günther Kopsieker und Georg Seemann. Kopsieker wurde die Verdienst-Medaille und Seemann die goldene Ehrennadel des österreichischen Zivilschutzverbandes verliehen.

Eine Fahrt nach Wien am nächsten Tag rundete das Besuchsprogramm ab.

**München.** Am 3. und 4. August 1984 fand das Fußballturnier der Münchener Katastrophenschutz-Organisationen um den von der Stadt München gestifteten Fußballpokal statt. Die Schirmherrschaft hatte die Landeshauptstadt München übernommen.

Die kombinierte BVS-Mannschaft mit Teilnehmern aus den BVS-Dienststellen Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Deggendorf, Regensburg, Rosenheim, Weiden und der BVS-Landesstelle Bayern war hierzu eingeladen worden.

Der Wanderpokal wurde von der Mannschaft des Kreisverwaltungsreferates gewonnen. Das BVS-Team belegte den 7. Platz.

Die Siegerehrung nahm Dr. Peter Gauweiler, Leiter des Kreisverwaltungsrefe-

rates, noch einmal zum Anlaß, sich bei den Helfern der Freiwilligen Feuerwehr, des ASB, des DRK, der JUH, des MHD, des THW, des BVS und der Regieeinheiten des Fernmelde-, ABC und Schutzraumbetriebsdienstes für die tatkräftige Unterstützung beim letzten Hagelunwetter zu bedanken. Er stellte die bei Einsätzen bewährte Zusammengehörigkeit aller Katastrophenschutz-Organisationen heraus und wertete es als ein gutes Zeichen, daß Rivalität und Wettstreit auf dem Sportfeld ausgetragen werden.

Die BVS-Dienststelle München hatte ihre zwei fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstellen eingesetzt, die am Freitag und Samstag vor einem interessierten Publikum vier Informationsveranstaltungen mit Demonstration durchführten. An diesen Veranstaltungen nahmen 580 Bürgerinnen und Bürger teil.

**Landsberg.** BVS-Dienststellenleiter Willibald Schmalzl, Kaufbeuren, stellte Landrat Erwin Filser den neuen BVS-Beauftragten für den Landkreis Lands-



Antrittsbesuch bei Landrat Erwin Filser (rechts): BVS-Dienststellenleiter Willibald Schmalzl (links) stellt dem Landratsamtschef den neuen BVS-Beauftragten Ernst Altmannshofer vor. (Foto: Stigmair)

berg, Ernst Altmannshofer, vor. Der Antrittsbesuch war zugleich mit einem Gespräch zur Intensivierung des Selbstschutzes auf Gemeindeebene verbunden. Filser sicherte hierbei zu, in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle im November eine Informationstagung „Selbstschutz“ für die Bürgermeister des Kreises in seinem Hause durchzuführen.



## Öffentlichkeitsarbeit der GZS im Jahre 1984

Die Gesellschaft für den Zivilschutz hatte 1983 ihr erfolgreichstes Jahr mit einer Vielzahl von Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit; wenn die Ausstellungsvorhaben mit einbezogen werden, erreichte die GZS einen erheblichen Prozentsatz der Berliner Bevölkerung.

Die Hoffnung, im Jahre 1984 ähnlich erfolgreich zu sein, war gering. Es ist jedoch festzustellen, daß sich für die Gesellschaft auch das Jahr 1984 bereits sehr erfolgreich entwickelt hat. Zwar ist die Zahl der in der Öffentlichkeitsarbeit durchgeführten Veranstaltungen zurückgegangen, und damit auch die Zahl der Teilnehmer. Durch interessante Beiträge der Gesellschaft konnte jedoch das regionale Fernsehen für den Zivilschutz interessiert werden. Im vergangenen Jahr wurde bereits unter dem Titel „Unter den Straßen Berlins“ zum Thema Schutzraumbau ein Beitrag aufgenommen, der allerdings erst kürzlich zur Ausstrahlung kam.

Die Ausbildungsveranstaltungen der GZS fanden ebenfalls großes Interesse des Regionalfernsehens. So wurde ein Kamerateam zu einem Selbstschutz-Grundlehrgang entsandt und nahm wesentliche Teile der praktischen Ausbildung auf.

Dieser Beitrag wurde zu der denkbar günstigsten Zeit, nämlich gegen 19.30 Uhr, im Berliner Abendprogramm ausgestrahlt. Dies ist eine Sendung, die von einer Vielzahl von Berliner Bürgern gesehen wird und daher eine hohe Einschaltquote hat.

Diese Sendung war gleichzeitig Anstoß für eine benachbarte Redaktion, sich mit dem Thema „Zivilschutz“ ebenfalls auseinanderzusetzen. Sie informierte sich über die Ausbildung von Brandschutz- und Sicherheitsbeauftragten und entsandte ein Kamerateam, um beim „Retten aus schwieriger Lage“ dabei zu sein. In diesem Beitrag zeigte das Fernsehen, wie Mitarbeiter der Gesellschaft für den Zivilschutz vor Brandschutz- und Sicherheitsbeauftragten Berliner Behörden und Betriebe eingeschlossene Per-

sonen aus brennenden Kraftfahrzeugen befreien.

Erst vor wenigen Tagen nahm der Sender Freies Berlin, 1. Rundfunkprogramm, ein Interview in der Schutzanlage Pankstraße auf. Bei dem Rundgang, der aufgenommen wurde mit allen Begleit- und Maschinengeräuschen, wurden der Schutzbauberater der Gesellschaft, Paar, und der Geschäftsführer, Nitsche, zum Thema „Zivilschutz und Schutzbau in Berlin“ befragt. Diese Sendung wird im Rahmen „Pro und Kontra Zivilschutz und Schutzraumbau“ demnächst ausgestrahlt, sie hat eine Gesamtsendedauer von 50 Minuten.

Diese Sendungen, ob Rundfunk- oder Fernsehen, führen zu einem erheblichen Bekanntheitsgrad der Gesellschaft. Ein anderer Teil der Aktivitäten der GZS liegt im Bereich der Ausstellungen. Hier war das erste Halbjahr nur von geringer Bedeutung. Dies änderte sich schlagartig mit Ende der Sommerferien. Am 8. und 9. September 1984 stellten sich im Rahmen des Katastrophenhilfsdienstes alle Organisationen in einem großen, gemeinsamen Ausstellungsvorhaben vor. Es wurde ein idealer Zeitpunkt wie auch Ausstellungsort erreicht: der Eingang des Bundesgartenschau-Geländes für die BUGA 1985. Geschäftsführung von Bundesgartenschau, der Sender Freies Berlin und der Senator für Inneres hatten an dem Wochenende eine „Probeeröffnung“ vorgesehen. Im Eingangsbereich konnten sich mit Informationsständen alle Organisationen der Berliner Bevölkerung präsentieren. Im Katastrophenhilfsdienst Berlins wirken mit: die Berliner Feuerwehr, das Technische Hilfswerk, die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft, die Sanitätsorganisationen Deutsches Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst, Arbeiter-Samariter-Bund und Johanniter-Unfall-Hilfe.

Obwohl eigentlich in diesen Rahmen scheinbar nicht passend, war, wie in den zurückliegenden Jahren, auch dieses Mal die GZS beteiligt. Als Ausbildungs- und Informationseinrichtung wirbt sie für alle Organisationen und ist daher selbst-

verständlich gerngesehener Ansprechpartner bei allen gemeinsamen Vorhaben.

Obwohl man sich für eine derartige Ausstellung besseres Wetter hätte wünschen können – besonders am zweiten Tag goß es in Strömen –, nahmen Zehntausende die Gelegenheit wahr, das fast fertige BUGA-Gelände zu besichtigen und in dem Zusammenhang die Organisationen kennenzulernen. Bei besserem Wetter hätte der Erfolg zweifellos noch wesentlich größer sein können, aber die gemeinsame Darstellung aller im Katastrophenhilfsdienst vereinigten Organisationen ist auch dieses Jahr wieder als Erfolg zu werten.

Während dieses Vorhaben in den Abendstunden des 9. September 1984 zu Ende ging, startete fast zeitgleich die nächste Aktion. In der Zeit vom 12. bis 16. September 1984 fand in den Messehallen am Funkturm die „Bautec“, eine Baufachausstellung, statt, an der sich die GZS mit einem Ausstellungsstand zum Thema „Schutzraumbau“ beteiligte. Nicht wenige Berliner haben die Überlegung angestellt, ob sie bei Erwerb von Wohneigentum und dem Bau eines eigenen Hauses nicht auch einen Schutzraum berücksichtigen sollten. Die Zahl der privaten Schutzplätze, obwohl bei der Gesellschaft keinerlei statistisches Material darüber vorliegt, ist angestiegen.

Um die Berliner Bevölkerung in größtmöglicher Breite immer wieder anzusprechen, beteiligte sich die Gesellschaft darüber hinaus am 15. und 16. September 1984 an zwei weiteren Ausstellungen. Bei dem im Bezirk Charlottenburg stattfindenden Deutsch-Britischen Freundschaftsfest baute die Gesellschaft einen Informationsstand auf; ferner wurde ein Angebot des Senders RIAS Berlin angenommen, sich vor dem Reichstagsgebäude der Berliner Bevölkerung darzustellen. So war an dem Wochenende die GZS mit drei Ausstellungsvorhaben vertreten, um die Berliner Bürger anzusprechen, über Zivilschutz zu informieren und zum Selbstschutz zu bewegen.





Gerd Krüger

Schwerste Unwetter im Main-Tauber-Kreis

## 1 100 THW-Helfer im Einsatz

Die Vielseitigkeit des THW hat sich wieder einmal bewährt – Schäden von fast 100 Millionen DM

### Was war geschehen?

Am 21. Juni 1984 kommt es plötzlich in einigen Bereichen des Main-Tauber-Kreises nachmittags zu sintflutartigen Niederschlägen. Kleine, unscheinbare Bäche verwandeln sich in reißende, gefährliche Wasserfluten. Zwei bis drei Meter hohe Flutwellen schießen durch die Talauen. Einige Gemeinden bzw. Ortsteile sind rasch überflutet und von der Außenwelt vorübergehend abgeschnitten.

Menschen müssen sich auf Bäume oder Dächer flüchten, Gebäude werden in Mitleidenschaft gezogen, Kraftfahrzeuge werden über große Entfernungen weggeschwemmt, Vieh ertrinkt in den Ställen.

### Katastrophenalarm

Aufgrund eingehender Meldungen der Leitstellen von Polizei und Feuerwehr wird deutlich, daß eine extreme Schaden- und Gefahrensituation eingetreten ist. Landrat Denzer stellt daher um 17.18 Uhr fest, daß eine Katastrophe im Sinne § 17 Katastrophenschutzgesetz Baden-Württemberg vorliegt: „Katastrophenalarm“ wird für den Main-Tauber-Kreis ausgelöst.

### Weitere Verschärfungen

Nochmals verschlimmert sich die Lage, als kurz vor 18.00 Uhr der Damm eines Rückhaltebeckens bricht. Durch die zweite Flutwelle eskalieren Gefahren und Schäden. Unverzüglich wird neben Polizei, Feuerwehr, Bundeswehr, DRK, DLRG und Regieeinheiten auch das THW tätig.

### Schwere Verwüstungen

Große Flächen stehen unter Wasser. Brücken wurden weggerissen. Vier Hubschrauber stehen zur Menschenrettung im Einsatz. Für viele Häuser besteht akute Einsturzgefahr. Die zentrale Trinkwasserversorgung ist nicht mehr voll funktionsfähig. Leitungswasser darf nur in abgekochtem Zustand getrunken werden! Auch in der Elektrizitätsversorgung sowie im Fernsprechwesen kommt es zu Störungen. Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen sind unpassierbar.

Das einzig Positive: Die Klärung der Vermißtenmeldungen ergibt, daß diese Unwetterkatastrophe keine Menschenleben forderte. Niemand wurde verletzt.

### Schadenbilanz

Das ganze Ausmaß der Sachschäden wird erst am nächsten Tag voll erkennbar, nachdem das Wasser abgelaufen ist: 24 zerstörte und 184 stark beschädigte Gebäude; 277 Objekte weisen mittlere Schäden auf. Etwa 1200 Tiere sind verendet, davon über 180 Stück Großvieh und 420 Schweine. Annähernd 390 Fahrzeuge wurden zerstört oder sehr erheblich beschädigt. Der finanzielle Gesamtschaden dürfte sich auf fast 100 Mio. DM belaufen. Die Landesregierung Baden-Württemberg hat beschlossen, daß den Betroffenen rasch Unterstützung gewährt werden soll.

### Einsatz des THW

Wie ausgeführt, war auch das THW zur Katastrophenhilfe eingesetzt, wobei am Tage des Unwetters Kräfte der beiden

Ortsverbände im Main-Tauber-Kreis, Wertheim und Bad Mergentheim, im Soforteinsatz eingriffen. Am nächsten Tag und während der Dauer des Katastrophenzustandes (eine Woche!) wurden diese beiden Ortsverbände durch THW-Einheiten im Rahmen der Nachbarschaftshilfe massiv unterstützt.

Darüber hinaus wurden für Sonderaufgaben überörtliche Kräfte mit Spezialausstattung beigezogen. Die hierfür nötige Koordination erfolgte durch die THW-Landesleitung in Stuttgart. Im HVB-Stab sowie in Technischen Einsatzleitungen (TEL) war das THW unverzüglich vertreten.

An diesem längsten THW-Einsatz in Baden-Württemberg waren über 1100 Helfer beteiligt.

### Einsatzschwerpunkte des THW

Das THW konzentrierte sich auf die Gemeinden bzw. Ortsteile Königheim, Dittwar und Kupprichhausen. Diese waren besonders schwer, Königheim am schwersten, von der Katastrophe getroffen worden.

Hauptsächlich wurden Fachaufgaben aus den Bereichen des Bergungs- und Instandsetzungsdienstes und in geringem Umfang auch in der Materialerhaltung sowie im Führungswesen wahrgenommen. Nur beispielhaft seien genannt: Viehrettung und -bergung; Räumen von Wohnungen; Sichern (Abstützen und Aussteifen) oder Einreißen von Gebäuden; Versetzungen in Wasserläufen entfernen (Bachbeträumen); Beseitigung von Autowracks; Erstellung von fünf Grabenbrücken (Tragfähigkeit zwischen 8 und 4 t) aus Sd-Oberbaugerät; Mitwir-



kung beim behelfsmäßigen Wegebau; Grobuntersuchung von Gebäuden und Übergängen auf Standfestigkeit; Sprengung von Brückentrümmern; Reinigung verschlammter Straßen, Wege und Gebäude; Aufbereitung, Transport und Verteilung von Trinkwasser; Prüfung von Stromverteilernetzen in Gebäuden sowie

von wichtigen Haushaltsgeräten und Maschinen, deren Reinigung und Instandsetzung; Mitwirkung bei der Suche und Behebung von Rohrbrüchen im Ortsnetz und in der Hauswasserversorgung; Betreibung von Notstromaggregaten nebst Kabelnetzen für Beleuchtungszwecke sowie von Arbeitsmaschinen, auch von

Heizlüftern für die Gebäudeaustrocknung; Mitwirkung bei der Ölschadenbekämpfung (im Verbund mit der Feuerwehr).

Ferner wurde ein Materialerhaltungstrupp (vornehmlich für Pumpeninstandsetzung) vorgehalten; Dampfstrahlgeräte wurden für die Fahrzeug- und Gerätereinigung eingesetzt. Zwei TEL wurden vorübergehend durch das Abstellen von Führungskräften und -mitteln unterstützt. Am Rande wurde vielfältige allgemeine Hilfe auf unmittelbarem Ersuchen der Bevölkerung gewährt.



„Das Leben geht weiter“, tröstet Ministerpräsident Späth bei einer Besichtigung des Katastrophengebietes. Links neben ihm Landrat Denzer. Auch Innenminister Schlee hatte sich bereits am Tage zuvor im Schadensgebiet informiert.



THW-Bergungshelfer sichern ein unter Denkmalschutz stehendes Gebäude.



Auf THW-Lkw 1,5t (Instandsetzungstruppkraftwagen) verlasteter Wassertransportbehälter dient zur Trinkwasserausgabe an die Bevölkerung. Fotos: Fränkische Nachrichten (2), Winterfeldt

## Erste Erkenntnisse

Improvisation war gefragt. Viele Erfahrungen konnten gesammelt werden und sind noch eingehend auszuwerten.

Bereits jetzt ist feststellbar, daß die rasche Verfügbarkeit von geländegängigen Lkw-Kippern bedeutungsvoll war. An mehreren Tagen waren 22 Kipper sowie eine Laderaube des THW für Räumarbeiten und Transporthilfe in schwierigem Gelände eingesetzt, da kurzfristig vergleichbare Fahrzeuge nicht abrufbar waren. Zur Optimierung des THW-Einsatzes und somit zu einer zügigen Hilfe trugen auch die bundes- und landeseigenen Trinkwasseraufbereitungsanlagen sowie die Schmutzwasserpumpen und das Sd-Oberbaugerät bei.

Die vielseitige Verwendungsfähigkeit des THW bewährte sich wieder. Das THW hat erneut bei diesem Einsatz bewiesen, daß es in Großlagen unverzüglich örtliche Kräfte im „Soforteinsatz“ sowie darüber hinaus auch über längere Zeit – durch Zuführen weiterer Einheiten (Teileinheiten) und Sonderausstattung – nachhaltig technische Hilfe zu leisten vermag.

## Zusammenfassung

Die wichtigsten Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung und zur Erhaltung bzw. Sicherung von Sachwerten waren nach einer Woche zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Der „Katastrophenalarm“ wurde daher am Nachmittag des 28. Juni 1984 durch Landrat Denzer aufgehoben.

Die Arbeit im Stab HVB sowie in den TEL vor Ort lief routiniert. Es wurde straff geführt und Kooperation praktiziert. Alle packten zu. Der betroffenen Bevölkerung wurde durch den konzentrierten Einsatz von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, DRK, DLRG, Polizei, Bundeswehr und Regieeinheiten oftmals unter schwierigen Bedingungen wirkungsvoll geholfen. Behörden und Medien zollten den Einsatzkräften Dank und Anerkennung.





## Ein Auftrag mit Ausbildungseffekt

**Elmshorn.** Bei ihren Routineüberprüfungen von vier Notbrunnen stellten die Stadtwerke Elmshorn fest, daß einer dieser Brunnen nicht mehr förderte. Da der Instandsetzungsdienst des THW-OV Elmshorn unter anderem auch von den Stadtwerken ausgebildet wird, bekam die Gas/Wasser-Gruppe unter Leitung von Gruppenführer Holger Tamn den Auftrag, die Unterwassermotorpumpe aus 16 Metern Tiefe zu ziehen und zu überprüfen.

Die Brunnenarmatur befand sich in einem Stahlschacht. Nachdem der Schieber mit der Aufnahmevorrichtung für ein C-Standrohr demontiert war, konnte mit dem Abbau des Brunnenkopfes begonnen werden.

Mit Hilfe einer Rohrlegewinde und einem Perlonseil wurde der gesamte Kopf um ca. 50 cm angehoben. Um zu verhindern, daß die Steigeleitung nach dem Lösen der Abdeckung im Filteraufsatzrohr verschwand, mußte dieses blockiert werden. Da es im Schacht eng war, wurden zwei Bohlenstücke auf das Filteraufsatzrohr gelegt und darüber quer ein 4-Zoll-Rohrschraubstock. Dieser wurde angezogen, und zwar so, daß das Anschlußkabel der Unterwasserpumpe nicht beschädigt wurde. Nun konnte die Steigeleitung nicht mehr im Filteraufsatzrohr verschwinden.

Nachdem die Kopfplatte entfernt war, konnte mit dem Ziehen der Pumpe begonnen werden. Das Rohr mit einer Nennweite von 80 mm wurde beim Nachsetzen des Ziehseiles immer wieder mit dem Rohrschraubstock festgesetzt. Nach zwei Rohrlängen kam die Unterwassermotorpumpe zum Vorschein.

Die Pumpe wurde bei den Stadtwerken instand gesetzt und in umgekehrter

Folge wieder eingebaut. Als die Steckvorrichtung an das Elektro-Kabel montiert war, sollte sich der Erfolg einstellen. Nach Einschalten des Stromes passierte jedoch nichts. Was konnte der Fehler sein? Schon sehr bald hatte man ihn gefunden: Die Drehrichtung des 380 V Wechselstromes stimmte nicht. Also – Stecker auf und eine Phase tauschen. Neue Einschaltung, und siehe da: das Wasser kam!

H. M.

## Hamburg



### Pontonfährenausbildung in Hoya

**Hamburg.** Nach jahrelangem Behelf erhielt der THW-Landesverband Hamburg nunmehr zwei komplette Pontonfähren. Diese Fähren gilt es, einsatzbereit zu machen, d. h. insbesondere die Ausbildung am eigenen Gerät ist zu intensivieren.

Mit der Fährenaufstellung sind die Bezirksverbände Hamburg-Mitte, Hamburg-Eimsbüttel und Hamburg-Harburg beauftragt. Die Mannschaften stehen seit über einem Jahr bereit. Helfer und Unterführer wurden in den vergangenen Monaten mit gutem Erfolg an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, in Lehrgängen ausgebildet. Da z. Z. nur zwei von drei zugeordneten Fähren zur Verfügung stehen, hatte der Landesverband Hamburg den drei Bezirksverbänden mitgeteilt, daß die beiden Pontonfähren an die Bezirksverbände vergeben werden, die zuerst den Nachweis über die abgeschlossene Ausbildung der Unterführer erbringen und damit die Gewähr bieten, die Fähren schnell als voll einsatzbereit zu melden.

Nach Vorgesprächen mit der Schulleitung in Hoya wurde eine praktische Ausbildung für ein Wochenende vereinbart, an der sich die Pontongruppe des Bezirksverbandes Hamburg-Mitte und

Helfer des Bezirksverbandes Hamburg-Eimsbüttel beteiligten.

Für die Helfer begann die Ausbildung am Freitag nach Dienstschuß mit der Fahrt zur Schule. Noch am Abend wurde der Fährenbau für die nächsten beiden Tage im einzelnen durchgesprochen. Am nächsten Morgen war es dann soweit: Erstmals baute die gesamte Pontongruppe eine komplette Fähre mit zwei Anfahrtrampen an der Weser. Dabei mußten viele Handgriffe geübt werden. Fachwissen und Engagement ließen die Fähre zur Mittagspause fahrbereit sein. Nun begannen die Fahr- und Anlegeübungen.

THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Günter Trautvetter war nach Hoya gekommen, um sich vom Ausbildungsstand der Pontongruppe zu überzeugen. Da die Unterführer ihr Können bewiesen und die Helfer eine große Begeisterung für die nicht immer leicht zu bewältigende Aufgabe gezeigt hatten, konnte der Landesbeauftragte dem Bezirksverband Hamburg-Mitte mit gutem Gewissen eine Fähre übergeben. Die Auflage: Volle Einsatzbereitschaft bis Ende dieses Jahres.

Am Sonntag wurden dann die Anlege- und Fahrübungen unter wechselnden Bedingungen fortgesetzt und die Fähre zurückgebaut. Mit der Schule wurde vereinbart, in diesem Jahr noch eine weitere Ausbildung durchzuführen: Geplant ist, Anfang 1985 beide Fähren einsatzbereit vorzustellen.

G. T.

### THW Altona setzte den Teufel auf die Stange

**Hamburg.** Am Elbufer im westlichen Teil Hamburgs findet man die Ortsbezeichnung Teufelsbrück. Hier ist auch eine Anlegebrücke der Elbe-Linien-Schiffahrt. Nach allten Überlieferungen soll der Teufel hier versucht haben, die Schiffe vom rechten Kurs abzubringen.

Zur Erinnerung an diese Begebenheiten war vor ca. 30 Jahren dort eine Teufelsfigur aufgestellt worden. Diese Figur übte augenscheinlich einen außerordentlich starken Reiz aus, denn im Laufe der Zeit wurden insgesamt fünf Teufelsfiguren gestohlen und immer wieder ersetzt. Nach dem letzten Diebstahl beschloß die zuständige Bezirksversammlung Altona, einen Ersatz nun nicht mehr vorzusehen.

Daraufhin meldete sich ein Zusammenschluß aus der Hamburgischen Kaufmannschaft und Howaldt-Werke/Deutsche Werft AG und erklärte, der Stadt einen diebstahlsicheren Teufel spenden zu wollen. Das THW wurde gebeten, die Figur aufzustellen.



Fertig zum Ablegen: Die Fähre wurde mit einem VW-Bus belastet.

(Foto: Trautvetter)



Der neue Teufel ist eine Holzfigur – aus einem Stamm geschnitzt – von gut 1,50 m Größe und einem Gewicht von knapp 500 kg. Zur Diebstahlsicherung ist er längs durchbohrt und sollte auf eine einbetonierte Stahlstange gesetzt und verschraubt werden. Dazu mußte der Teufel angehoben und dann auf die Stange abgelassen werden.

Zugführer Reyelts und seine Männer entschieden sich für einen Zweibock als Hilfsmittel. Unter starker Anteilnahme der Bevölkerung und in Anwesenheit der Spender und Politiker wurde im Rahmen einer kleinen Feier der Teufel vom THW „gepfählt“.

Alle Beteiligten hatten Freude an dieser ungewöhnlichen Arbeit, und es war Gelegenheit, das THW als Organisation vorzustellen, die auch ungewöhnliche Aufträge abzuwickeln versteht. D. B.

## Feuerwehrmarsch rund um den Hanstedter Berg

**Hamburg.** Seit Jahren ist der Feuerwehrmarsch rund um den Hanstedter Berg eine Volksattraktion für über 100 Feuerwehren aus Niedersachsen und Hamburg.

Das THW Hamburg, insbesondere die Jugendgruppen, unterstützt diese Veranstaltung durch den Bau von Wettkampfeinrichtungen. Neben den Vorbereitungen haben stets auch Jugendmannschaften des THW Hamburg am Wettkampf mit wechselnden Erfolgen teilgenommen. Erstmals beteiligte sich 1984 auch eine Jugendmannschaft des Bezirksverbandes Hamburg-Nord mit einem Gruppenführer und acht Junghelfern.

Mit gemischten Gefühlen fuhr die Mannschaft nach Hanstedt in der Nordheide. Beim Eintreffen leuchtete ihnen viel „Rot“ und wenig „Blau“ entgegen. Die Junghelfer wären sich fast sicher, daß sie hier nur als Statisten teilnehmen würden.



Die Siegermannschaft des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Nord. (Foto: Plate)

Pünktlich um 10.30 Uhr wurde gestartet. Das Wetter spielte nicht mit, es begann zu regnen. Am ersten Kontrollpunkt mußten Fragen über die regelmäßige Prüfung von Feuerwehrgeräten beantwortet werden. Zunächst Ratlosigkeit, aber dann, nach kurzem Nachdenken, wurde die Aufgabe gelöst; die Mannschaft erhielt die Höchstpunktzahl. Erfreut und stolz schworen die Junghelfer sich, im weiteren Verlauf noch mehr zu „kämpfen“. Auch die nächsten Stationen, u. a. ein 600-Meter-Waldauf in voller Einsatzbekleidung, Versorgung eines „Verletzten“, Fragen zur Natur sowie zwei Mutproben wurden mit Schwung, bestem Wissen und Geschick gelöst.

Kurz vor dem Ziel mußten die mit Zeitlimit auferlegten Seeüberquerungen absolviert werden. Es galt, mit Hilfe einer Seilbahn auf ein im Wasser verankertes Ponton zu springen und von dort mit einem Schlauchboot an das Ufer zu rudern. Weiterhin waren ein Hängesteg, bei dem eine Bohle fehlte, zu überqueren, und als dritte und letzte Aufgabe im Parcours mußte mit einem Schlauchboot eine festgelegte Strecke auf Zeit gerudert werden. Diese Aufgaben mußten von der Mannschaft gleichzeitig erledigt werden, was eine genaue Einteilung voraussetzte, um auch zeitlich gut abzuschneiden.

Alle waren froh, als der Wettkampf beendet war. Zusammen mit anderen Mannschaften wurden die Stationen schnellstens abgebaut. Dabei wurde das Ergebnis bekannt: Die THW-Jugend Hamburg-Nord hatte den ersten Platz unter 15 gestarteten Jugendmannschaften und weiteren 83 Erwachsenengruppen erreicht. Mit Jubel nahmen die Jugendlichen den Siegerpokal entgegen.

D. P.

## Niedersachsen



### THW-OV Göttingen half der Wissenschaft

**Göttingen.** Punkt 12.50 Uhr, am Sonnabend, dem 2. Juni 1984, fiel der 45 m lange Ziegelschornstein auf einem Fabrikgelände in Göttingen-Nord nach einer Sprengung. Was hier in wenigen Sekunden so perfekt und genau vorausberechnet klappte, war das Ergebnis einer nicht ganz alltäglichen Zusammenarbeit zwischen gewerblicher Wirtschaft, Wissenschaft und Katastrophenschutz.

Für die Arbeit interessierte sich auch das „Institut für den wissenschaftlichen Film“ (IWF). Die Sprengung eines Fabriksschornsteins, aus Ziegelsteinen ge-



Während der Sprengung filmte das „Institut für den wissenschaftlichen Film“ für Forschungszwecke. (Foto: Dannenberg)

mauert, zeigt nämlich ein in der Realität selten zu beobachtendes Phänomen. Grund genug für ein Filmteam des Instituts, den Fall des Kamins auf Zelluloid festzuhalten.

Bei einer solchen Sprengung kann das sogenannte Prinzip des „Freien Drehfalls“ mit Aufnahmen in Zeitlupe demonstriert werden; Vorgänge, die sonst nur bei Experimenten zu beobachten sind.

G. D.

### THW beteiligte sich am „Tag der Niedersachsen“

**Hann.-Münden.** Nach Celle, Aurich und Wolfsburg war Hann. Münden, südlichste Stadt Niedersachsens und eine der schönsten Fachwerkstädte Deutschlands, Schauplatz des diesjährigen „Tages der Niedersachsen“ am 14. und 15. Juli.

Unter Federführung des Niedersächsischen Ministeriums für Bundesangelegenheiten und in engster Zusammenarbeit mit der Stadt Hann. Münden war ein umfangreiches Festprogramm vorbereitet worden, das u. a. auch die vom THW eingebrachten Veranstaltungsvorschläge beinhaltete: Fahren auf dem Wasser mit Mehrzweckbooten, Bau und Benutzung einer Schwimmbrücke über die „Kleine Weser“, Errichtung einer Trinkwasser-Aufbereitungsanlage, Vorstellung eines kompletten Bergungszuges und Präsentation von Modellen in einem Informationszelt. Aus der Notwendigkeit von Fernmelde- und Fernsprecheinrichtungen ergab sich dann wie von selbst eine ins Ausstellungsprogramm integrierte Funkübung.

Die Aufbauarbeiten begannen am Freitagmorgen, dem 13. Juli 1984, zunächst





Minister Wilfried Hasselmann (Bildmitte) im Gespräch mit THW-Geschäftsführer Klaus Ritter.

(Foto: Richter)

ausgeführt von hauptamtlichen Mitarbeitern des Geschäftsbereichs Göttingen, unterstützt von zwei Helfern aus Goslar und Göttingen.

Am Nachmittag trat der THW-OV Münden in Aktion und bereitete mit dem Einschwimmen der Pontons den späteren Bau der Schwimmbrücke vor.

Im Verlauf des Abends trafen die Helfer der weiteren beteiligten Ortsverbände Northeim, Osnabrück (Mehrzweckboote), Bad Lauterberg (Bergungszug), Einbeck (Küche) und Gifhorn (Fernmeldedienst) ein. Den Abschluß bildete Göttingen mit dem Aufbau der Trinkwasser-Aufbereitungsanlage am Samstagmorgen.

Als Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht gegen 11.00 Uhr auf einer Bundeswehrfähre und flankiert von THW-Mehrzweckbooten am Unteren Tanzwerder anlegte und den Fußweg zum Rathaus für einen Kurzbesuch im THW-Bereich nutzte, zogen die ersten dunklen Wolken herauf. Noch während der Eröffnungsveranstaltung begann der Regen, der dann zwei Tage kaum noch aufhören sollte, und der statt der erwarteten 50000 Besucher nur etwa ein Fünftel in die Stadt an Werra, Weser und Fulda kommen ließ.

Trotzdem kann die Besucherfrequenz im THW-Bereich als erfreulich bezeichnet werden. Im Schutz des Informationszeltes bestaunten Kinder, Jugendliche und Erwachsene die Modellfahrzeuge und Miniatur-Schadensdarstellungen (Dioramen) des Ortsverbandes Goslar. Auch die THW-Mehrzweckboote übten trotz der widrigen Umstände nichts von ihrem Reiz ein und befanden sich im Dauereinsatz.

Besonders positiv ist der Besuch von Prominenten, an der Spitze Ministerpräsident Albrecht und Kultusminister Georg Bernd Oschatz sowie der Minister für Bundesangelegenheiten, Wilfried Hasselmann, zu bewerten. Nicht zu unterschätzen sind aber auch die Kontakte zu den Repräsentanten der beteiligten

Verbände, Institutionen und Organisationen, die bereits im Verlauf der Vorbereitungsgespräche entstanden sind. R. B.

### Dreitageübung in Holland

**Norden.** Die Idee einiger Helfer des THW-OV Norden, einmal eine Übung in den benachbarten Niederlanden abzuhalten, wurde im Juli dieses Jahres verwirklicht. Mit 86 Helfern, 14 Fahrzeugen und sechs Anhängern ging es für drei Tage in die niederländische Stadt Emmen.

Bevor die Übung zustande kam, waren vielerlei Hindernisse zu überwinden. So galt es zunächst, über den THW-Landesverband bei der THW-Leitung im Bundesamt für Zivilschutz die Erlaubnis hierfür zu erhalten. Diese kam, und aufgrund familiärer Kontakte wurde die Stadt Emmen ausgewählt. Angeschrieben wurde die ortsansässige Katastrophenschutzeinheit der „Bescherming Bevolking“ (BB), die zur „Brandweer Emmen“ gehört.

Die Niederländer griffen die Idee ebenfalls auf, und so gab es bald gemeinsame Vorbereitungen bei der Auswahl der Aufgabenstellung und der Bestimmung des Übungsplatzes. Die niederländische Öffentlichkeit nahm durch Presse und Rundfunk interessiert Anteil

am Zusammenwirken zweier nationaler Verbände des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Zu den Übungsvorbereitungen gehörten auch das Anmelden der Fahrtstrecke als geschlossener Verband bei der Polizei und das Klären umfangreicher Zollformalitäten.

Die Helfer des THW-OV Norden kamen abends in Emmen an und errichteten ihr Lager auf dem Betriebssportplatz der „Brandweer Emmen“. Am nächsten Tag wurden die einzelnen Gruppen den Übungsräumen zugeführt. Hier galt es, einen Seilhängesteg und einen Beseler Steg zu bauen, eine Gasleitung, die unter Druck stand, anzubohren, einen Abwasserkanal zu legen und eine Ölsperre einzurichten. Weiter waren ein Fahrzeug aus einem See zu bergen und eine sechs Kilometer lange Fernsprechleitung zu legen.

Alles klappte gut, und die niederländischen Kollegen schauten dem THW so manches ab. Sie drehten sogar einen Videofilm, um Eindrücke und Informationen aus dieser gemeinsamen Übung für die eigene Ausbildung zu nutzen. R. B.

Nordrhein-Westfalen



### THW-Helfer „unter Tage“

**Herten.** Freitag, 24. August: THW-Helfer treffen sich an der Pflötrerei des Bergwerks Ewald in Herten. Karl-Ernst Wislaug, Zugführer des THW-OV Herten und Schichtsteiger auf der Schachtanlage, hatte eine Grubenfahrt ermöglicht. Die Begrüßung erfolgte durch Theo Döttgen, stv. Stabsstellenleiter des Bergwerks.

Zahlen, Daten und Fakten über den Bergbau wurden den Besuchern durch einen Film und Vortrag vermittelt. Hans Ukleja, Sicherheitssteiger für den untertägigen Bereich, führte die „Bergfrem-



Die THW-Gruppe erschöpft und schwarz nach der Grubenfahrt vor der Lampenstube. (Foto: Nedbal)



den“ in den neu eingerichteten Doppelwalzen-Schrämbetrieb Zollverein 1/2 in eine Tiefe von 1000 Metern. Der traditionelle Bergmannsschnaps, der übrigens nur an Gäste ausgeschrieben wird, beendete den interessanten Besuch.

J. N.

## „Tag des Helfers“ im Kreis Neuss

**Grevenbroich.** Erstmals veranstaltete der Kreis Neuss am Samstag, dem 18. August 1984, einen „Tag des Helfers“.

In einer Leistungsschau präsentierten sich in der Grevenbroicher Innenstadt die Freiwilligen Feuerwehren, die DLRG, das DRK, der MHD, die JUH und das THW mit ihren Orts- und Kreisverbänden. Der BVS war mit einem Informationsstand vertreten.

Die interessierten Besucher zeigten sich beeindruckt vom Ausrüstungs- und Leistungsstand der einzelnen Organisationen sowie von deren Vorführungen.

Gleichzeitig hatte der Kreis Neuss zu einer Feierstunde geladen. Zu diesem kleinen Festakt begrüßte Landrat Matthias Hoeren die Mitarbeiter und Helfer der einzelnen Organisationen sowie auch viele Vertreter des öffentlichen Lebens, unter ihnen der Vizepräsident des Nordrhein-Westfälischen Landtages, Dr. Hans Ulrich Klose, die Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer (CDU) und Hans Gottfried Bernrath (SPD) sowie die Bürgermeister Dusend (Neuss) und Wapenschmidt (Korschenbroich).

In einem abschließenden Referat über das Thema „Die demokratische Gesellschaft benötigt den ehrenamtlichen Helfer“ dankte Oberkreisdirektor Klaus-Dieter Salomon den Organisationen und ihren Helfern, die alles tun, um für Schadensfälle gerüstet zu sein. A. G.

Viele Mitarbeiter der Katastrophenschutz-Organisationen wurden anlässlich des „Tags des Helfers“ von Landrat Matthias Hoeren (1. Reihe, 2. von rechts) geehrt. (Foto: Geiger)



Freie Fahrt für die Holzeisenbahn. Alle sind zufrieden: die Helfer mit ihrer Arbeit, die Kinder mit dem neuen Spielzeug. (Foto: Sand)

## Nachruf

Am 22. Juli 1984 verstarb plötzlich und für uns unerwartet unser Kamerad

### Christian Eckert

im Alter von 21 Jahren an den Folgen eines Verkehrsunfalles.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-OV Oberhausen

## Baden-Württemberg



## Holzeisenbahn für Kindergarten

**Mannheim.** Vor Monaten hatte die Kindergartenleiterin Veronika Fleck Bezirksbeirat Bernhard Gröhl angesprochen, ob es nicht möglich wäre, eine Holzeisenbahn zu bekommen. Gröhl nahm sich der Sache an und sprach mit dem Ortsbeauftragten des THW-OV Mannheim, Manfred Stiegel.

Den Erfolg konnten nun die Kinder erleben: Zehn THW-Helfer unter der Leitung von Bruno Knöpfel bauten in etwa 200 Stunden eine Holzeisenbahn, die begeistert. Mit drei Lkw, einem Tieflader und Gabelstapler wurde die Eisenbahn an den Zielort transportiert und auf den vorgesehenen Rasenplatz gestellt. Das war für über 80 Kinder eine Überraschung, und sie konnten es kaum erwarten, das Spielzeug zu besetzen. O. S.

## Sicherungsarbeiten nach Gasexplosion

**Mengen.** In Mengen ereignete sich am 8. Juli 1984 eine Gasexplosion in einem Wohnhaus. Dabei wurde eine Frau schwer verletzt. Die Ursache war offensichtlich eine nicht vorschriftsmäßig in einem Heizungssystem installierte Propangasflasche.

Neben Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst wurden auch Bergungskräfte des THW-OV Sigmaringen eingesetzt.

Die verstärkte Schnelleinsatzgruppe des THW wirkte bei Sicherungsmaßnahmen an dem einstöckigen Wohnhaus mit. Zwischendecke, Giebel, Außenwand und Hauseingang wurden abgestützt bzw. ausgestellt. Ferner wurde ein Metallgeländer abgetrennt und der Zufahrtsweg geräumt. G. K.

## Fußgängerbrücke über die Bottwar geschlagen

**Ludwigsburg.** Der THW-OV Ludwigsburg hat an einem Wochenende in Kleinbottwar im Rahmen einer Ausbildung im Behelfsbrückenbau, teilweise als Nachtübung, eine freitragende Fußgängerbrücke und Radwegverbindung über die Bottwar geschlagen.

Die sehr interessante Brücke ist eine als Hängewerk ausgeführte Holzkonstruk-



Stolz präsentieren sich die THW-Helfer auf der von ihnen erstellten Brücke.  
(Foto: Knönagel)



tion, zwölf Meter lang, ca. fünf Tonnen schwer mit einer maximalen Belastbarkeit von ca. 15 Tonnen. Das Holz stammt aus dem Stadtwald von Steinheim a. d. Murr.

K.

### THW-Jugendgruppe im Zeltlager

**Haßmersheim.** In der Zeit vom 19. bis 22. Juli 1984 war die Jugendgruppe des THW-OV Haßmersheim zum dritten Male im Zeltlager. Als Lagerplatz diente in diesem Jahr eine große Wiese unmittelbar am Wildwasserfluß Jagst gelegen.

Am ersten Morgen begann nach einem kräftigen Frühstück die praktische Ausbildung der 19 Junghelfer. Es wurden zwei Gruppen gebildet. Eine Gruppe baute einen hängenden Bootsanlegesteg, die andere Gruppe baute eine ca. 18 m lange Seilbahn über die Jagst.

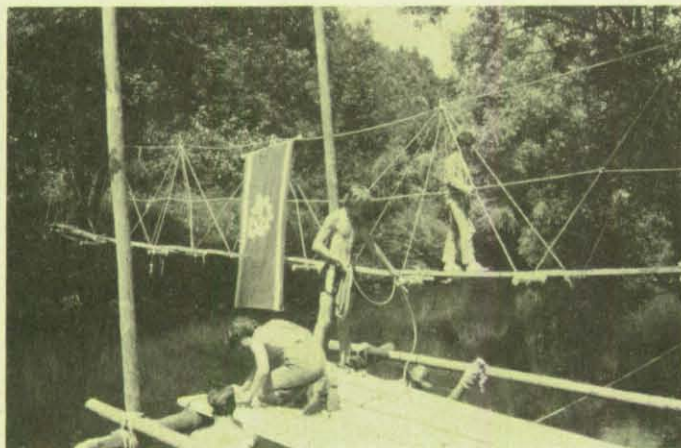
Am nächsten Tag bauten die Gruppen einen schwimmenden Anlegesteg sowie die Seilbahn zum Hängesteg aus. Hier konnten die Junghelfer zeigen, was sie in den vergangenen Ausbildungsveranstaltungen gelernt hatten.

Am nächsten Tag besuchte Ortsbeauftragter Josef Hierholz das Lager. Zufrieden begutachtete er die Bauwerke und lobte besonders den perfekten Hängesteg.

Nach dem Mittagessen begann der Abbau des Lagers.

H.

Die Junghelfer zeigten ihr in vielen Ausbildungsstunden erlerntes Können.



Bayern



### Entfesselte Naturgewalten

**Sarnberg.** Innerhalb weniger Minuten verwüstete Mitte Juli ein schweres Unwetter Teile des Landkreises Sarnberg. Hagelgeschöße, groß wie Eier, zerschlugen in kurzer Zeit Dächer, Fenster und Autos. Bäume und Sträucher wurden entlaubt, Gärten und Wälder stark in Mitleidenschaft gezogen.

Kurz nach dem Hagelschlag rückten Helfer des THW-OV Sarnberg nach Wessling, einer vom Hagelunwetter am schlimmsten betroffenen Gemeinde, aus. Hier wurden von den Eismassen verstopfte Straßengullys geräumt, damit das Schmelzwasser und das Wasser des einsetzenden „Wolkenbruchs“ ungehindert abfließen konnten.

Weiter ging der Einsatz in Steinebach am Wörthsee, wo überflutete Straßen und Keller ausgepumpt wurden. Auch einen Brand halfen die THW-Helfer zu verhüten: Durch ein beschädigtes Dach wurde das eingelagerte Heu in einem Stadel naß. In kürzester Zeit erhitze es sich, und es bestand die Gefahr der Selbstentzündung. Mit Hilfe des Hebekrans des THW-OV Dachau wurde das Heu entfernt und die Brandgefahr zusammen mit den Feuerwehren aus Geisenbrunn und Krailling beseitigt.

Das provisorische Abdecken zerstörter Dächer und die Beseitigung von Glassplittern beschädigter Gewächshäuser wurde ebenfalls vom THW-OV Sarnberg übernommen.

In der Zeit nach dem Unwetter waren von Donnerstag bis Samstag zwischen 20 und 30 Helfer in 720 Einsatzstunden mit den unmittelbaren Schadensfolgen beschäftigt.

C. D. M.

### Dreißig Jahre THW in Gunzenhausen

**Gunzenhausen.** „Dreißig Jahre Technisches Hilfswerk ist gleichbedeutend mit dreißig Jahren im Einsatz für den Nächsten“, sagte Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen in seiner Eigenschaft als Schirmherr der Jubiläumsfeier des THW-OV Gunzenhausen. Die Veranstaltungsreihe aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des Ortsverbandes klang mit einem Festakt in der Stadthalle aus. Hierzu hatte sich eine große Anzahl von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung eingefunden. Unter ihnen Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, Dr. Ingo Friedrich, Mitglied des Europaparlaments, stv. Bezirkspräsident Günter Häffner, Landrat Dr. Karl Friedrich Zink, Ministerialdirigent Dr. Hellmut Oehler, Bayerisches Staatsministerium des Innern, Ltd. Regierungsdirektor Karlheinz Hofbeck und Norbert Krutzki, Bundesamt für Zivilschutz.

Stücklen erinnerte in seinem Grußwort an die Gründungsjahre des THW. Ausgemusterte Postfahrzeuge waren damals in den Dienst der Hilfsorganisation übernommen worden. Der Ortsverband Gunzenhausen mit 200 Helfern sei beispielhaft dafür, daß Bürger durchaus bereit seien, sich für die Allgemeinheit zu engagieren. Respekt zollte Stücklen den ehrenamtlichen Führungskräften, die Gerätschaften und Fahrzeuge im Gesamtwert von fünf Millionen DM zu verwalten und zu betreuen haben. Nachdrücklich unterstrich der Bundestagsvizepräsident: „Ein Staat kann ohne die freiwilligen Hilfsorganisationen nicht bestehen!“

Die Bedeutung des THW-OV Gunzenhausen über den regionalen Bereich hinaus bekräftigte Carl-Dieter Spranger. Zivil- und Katastrophenschutz seien eine der wichtigsten humanen Aufgaben in unserem Land. „Das ist vorausschauende verantwortungsbewußte Politik.“

Regierungsdirektor Norbert Krutzki sah in der überaus großen Anteilnahme der Öffentlichkeit an dem Jubiläum eine Bestätigung für das erfolgreiche Wirken des THW-Ortsverbandes sowie eine po-



Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen dankte den THW-Helferinnen und Helfern für die herausragenden Leistungen in drei Jahrzehnten.

(Foto: Megerlein)



sitive Einstellung zum Katastrophenschutz.

Die Glückwünsche von Innenminister Dr. Karl Hillermeier übermittelte Ministerialdirigent Dr. Hellmut Oehler.

Einen Dank richtete THW-Ortsbeauftragter Willi Hilpert an die Arbeitgeber, die durch ihr Entgegenkommen bei der Freistellung der THW-Helfer wesentlich zum Aufbau und zur Entwicklung der Organisation beigetragen hätten.

G. K.

## Ölwehrrübung mit vier THW-Ortsverbänden

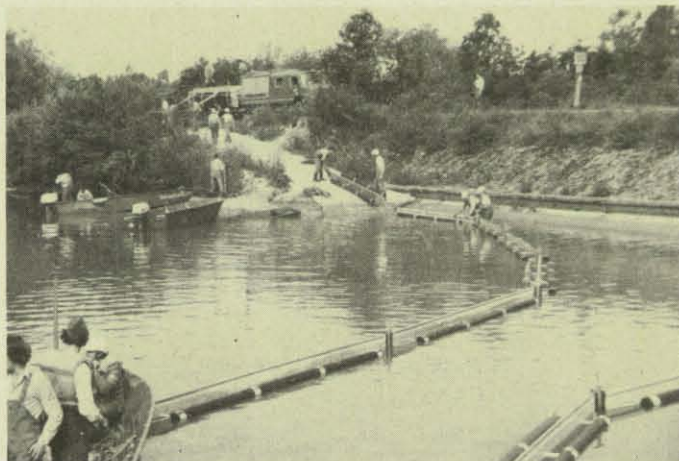
**Obergstetten.** Die THW-OV Mühldorf, Passau-Land, Rosenheim und Simbach erprobten bei Obergstetten am Inn die Ölwehr.

Die organisatorische Vorbereitung der Übung und Einweisung der anrückenden Einheiten lag in Händen von Geschäftsführer Günther Zitzelsberger aus Passau, die technische Leitung hatte Ortsbeauftragter Bau-Ing. Anselm Hösl vom Ortsverband Simbach.

Gegen 8.00 Uhr erreichten 50 Helfer mit vier Ölwehranhängern und vier Arbeitsbooten den Einsatzort. Heinrich Kuttner vom THW-Landesverband Bayern und ein Mitarbeiter des Wasserwirtschaftsamts beobachteten das Entladen und Einbringen des Ölwehrräts. Helfer

Die 640 m lange Ölsperre erforderte technisches Können und Geschick beim Transport auf dem Wasser.

(Foto: Burdak)



koppelten das Gerät aller vier Anhänger zu einer Ölsperre mit 640 m Länge zusammen. Dies war wegen der großen Flußbreite von 340 m notwendig.

Die Ölsperre wurde zweimal eingefahren, zunächst von Helfern aus Simbach, dann von Helfern aus Mühldorf.

Arbeitsboote aus Rosenheim bzw. Passau-Land übernahmen den Sicherungsdienst. In einer abschließenden Besprechung wurden die Erkenntnisse zusammengefaßt.

R. B.

## Einsatz auf der Autobahn

**Starnberg.** Ein Lastkraftwagen war auf der Autobahn München-Garmisch umgestürzt. Die Ladung des Wagens, Getriebeteile, wurde auf einer Länge von 50 Metern neben der Fahrbahn verstreut.

Zum Einsammeln der Teile wurden Helfer des THW-OV Starnberg alarmiert. Sechs Helfer transportierten in dreistündiger Arbeit die bis zu anderthalb Zentner wiegenden Getriebeteile ab. C.D.M.

## THW-Geschäftsführer Fenrich im Ruhestand

**Bamberg.** „Ungewöhnliche Mitarbeiter verdienen auch ein außergewöhnliches

Zeremoniell“, mit diesen Worten eröffnete THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Reiner Vorholz die Verabschiedungsfeier für Geschäftsführer Henrik Fenrich.

In der Feierstunde wurde Fenrich mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet.

Schon früh stieß Fenrich zum THW. Bereits im Sommer 1952 übernahm er Ausbilderfunktionen. Stege- und Brückenbau sowie der Wasserdienst waren sein Aufgabengebiet in der THW-Schule in Hamburg.

1959 wurde Fenrich stv. Leiter der THW-Schule in der Hansestadt. Es war die Zeit der stürmischen Entwicklung des THW und so wurde ihm bald die Aufgabe eines Geschäftsführers übertragen. Danach war er im Landesverband Hamburg für die fachliche Betreuung des Bergungs- und Instandsetzungsdienstes, später für Personal, Planung, Ausbildung, Einsatz und Verwaltung der LSHD-Bergungsbereitschaft zuständig. Ab 1963 war der Scheidende zusätzlich Leiter der Landesschule Hamburg.

1968 wurde Fenrich THW-Geschäftsführer in Bamberg.



Oberbürgermeister Paul Röhner (links) überreichte Henrik Fenrich den Ehrenbecher der Stadt Bamberg. (Foto: Bauer)

Oberbürgermeister Paul Röhner hob Fenrichs Leistungen anlässlich der Verabschiedung hervor und betonte: „Sie sind eine Führungspersönlichkeit, die Garant für ein jederzeit einsatzfähiges, starkes THW war, das entscheidend von Ihnen mitgeformt worden ist.“

Dankesworte fanden auch Vertreter des Landratsamtes, des Wehrkreiskommandos, der Feuerwehr und der THW-Helfervereinigung Bamberg. S. Sch.-F.

## Nachruf

Der THW-OV Weilheim ist tief betroffen vom Tod seines Helfers

### Peter Friedl

der am 15. Mai 1984 im Alter von 25 Jahren verstorben ist.

Wir erachten es als ehrenvolle Verpflichtung, dem Kameraden ein würdiges Andenken zu bewahren.



Jürgen Schulz

Wetterauswertung im Warndienst und Katastrophenschutz

## Von der Troposphäre bis zur Stratosphäre

Hinweise für die Ausbildung und den Einsatz / Fortsetzung

### Wetterinformationen im V-Fall Wetterinformationen des Warndienstes

Im V-Fall wird die öffentliche Wetterberatung durch den Deutschen Wetterdienst sicherlich eingeschränkt. Die für Führungsstellen des Zivilschutzes notwendigen Wetterdaten werden jedoch diesen Stellen weitergeliefert werden müssen.

So erhält der Warndienst entsprechend einer besonderen Vereinbarung mit dem Deutschen Wetterdienst über besondere Fernmeldeverbindungen alle Angaben über

- Großwetterlage
- Wettervorhersage
- Bodenwind
- Höhenwind
- Besondere Wettererscheinungen.

Er setzt diese Basisdaten für seine Zwecke – primär für die ABC-Warnung – um und verteilt sie (soweit nötig) über das Warnstellennetz auch an die angeschlossenen Führungsstellen des Zivilschutzes. Dabei ist die Übermittlung der sogenannten Effektivwindmeldung für die AMAST von besonderem Wert, erlaubt sie es doch, sofort nach einem A-Angriff für den eigenen Bereich erste Lagebeurteilungen auf dem A-Sektor anzustellen. Daneben werden in den Warnstellendurchsagen neben der Effektivwindmeldung nach einem erfolgten A/C-Angriff auch die Hauptabtriebsrichtung und die voraussichtlichen Windgeschwindigkeiten im Klartext, also auch für Nicht-ABC-Auswertkräfte verständlich, übermittelt.

In besonderen Gefahrensituationen können die Warnämter auch Wetterdaten über die voraussichtliche C-Gefährdung für größere Räume den ABC-Auswertstellen zur Verfügung stellen, die jedoch nur Vorhersagecharakter für maximal 6-Stunden-Zeiträume haben.

### Wetterinformationen des Katastrophenschutzes

Zusätzlich zu den Wettermeldungen des Deutschen Wetterdienstes erhalten der Warndienst und die ABC-Auswertung des Katastrophenschutzes kleinräumige Wetterinformationen als „Wetterhilfsbeobachtungen“. Diese von BAMST'n, AMAST'n und WD-Leitmeßstellen gemachten Wetterhilfsbeobachtungen sind eine wesentliche Verdichtung der Wetterinformationen und haben neben ihrer großen Bedeutung für die C-Vorhersage auch Wert bei der Auswertung nach A-Angriffen.

### Sonstige Informationsquellen

Der Warndienst hat auf der Ebene der Warnämter und WD-Verbindungsstellen engen Kontakt mit dem Geophysikalischen Beratungsdienst der Bundeswehr. Bei Ausfall der Verbindungen und Möglichkeiten des Deutschen Wetterdienstes kann er hier seine Wetterinformationen weiter für seine Zwecke erhalten.

Ebenso dürften auch Führungsstellen des Zivilschutzes die Möglichkeit haben, regionale Wetterdaten über die Verbindungskräfte der zivilmilitärischen Zusammenarbeit aus dem Bw-Bereich zu erhalten.

Daneben sollten alle friedensmäßig erkundeten Wetterbeobachtungsstellen angehalten werden, im regionalen Bereich Wetterhilfsbeobachtungen anzustellen und auf Abfrage bereitzuhalten. Abfrager sollte hier bei Bedarf die zuständige AMAST sein.

Im V-Fall nicht mehr betriebene und besetzte Wettererfassungsstellen sollten ggf. auch bei Bedarf durch Personal des ABC-Dienstes genutzt werden können. Voraussetzung sind jedoch entsprechende Vorplanungen im Alarm- bzw. Einsatzplan.

### Beurteilung der Wettersituation durch die ABC-Auswertung

#### Beurteilung vor einem Angriff

Grundlagen der Wetterbeurteilung sind die Daten der Effektivwindmeldung bzw. der Wetterhilfsmeldungen.

Nach diesen Daten läßt sich für die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche bei Bedarf schnell eine Vorhersage über die Zugrichtung und Zuggeschwindigkeit von Fallout oder driftenden Kampfstoffwolken erstellen.

Aus diesen Daten ist es außerdem möglich, für den Lagevortrag bzw. für Lagebeurteilungen des Stabes die verschiedensten Beiträge zu leisten.

Die Sichtverhältnisse beeinträchtigen wesentlich die Augenbeobachtungen von Waffenwirkungen. Bei optimalen Sichtverhältnissen kann mit einer Vielzahl von guten Beobachtungsmeldungen gerechnet werden. Schlechte Sicht kann das rechtzeitige Erkennen von Waffenwirkungen verhindern oder sogar zu Fehlbeobachtungen führen. Vor allem bei den Messungen der Detonationswolke nach A-Detonationen und beim Beobachten von C-Angriffen kann dies zu Schwierigkeiten bei der Auswertung führen.

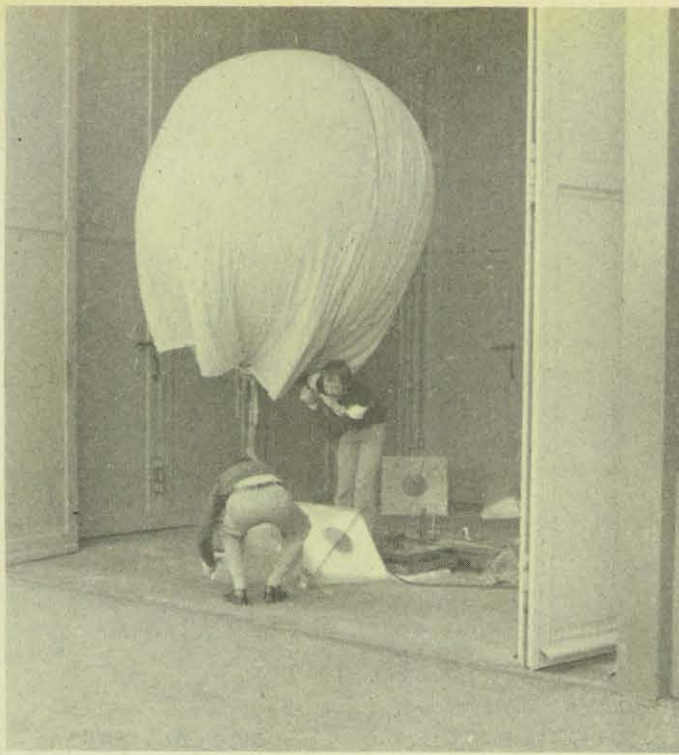
Der Bodenzustand ist für die Bewertung der Auswirkungen möglicher A/C-Angriffe wichtig. Er wird aber für das S 2 / S 3-Sachgebiet eines Stabes auch für die Beurteilung von Straßenzustand, Bereitstellungs- und Auffangräume für KatS-Einheiten bzw. Bevölkerungsbewegungen von Interesse sein.

Die Bodenwindrichtungen spielen nicht nur für die ABC-Lage eine Rolle, auch bei konventionellen Waffenwirkungen, hier hauptsächlich Brandwaffen, können sie von Bedeutung sein.

Die besonderen Wettererscheinungen, hier besonders Nebel und Niederschlag sowie die Luft- und ggf. Bodentemperaturen sind ebenfalls Daten, die Grundlagen für den Einsatz von Kräften sind. Des weiteren sind die Sonnenauf- bzw. Sonnenuntergänge, die Mondphasen und in Küstenregionen die Gezeiten von Interesse.

Es empfiehlt sich daher, für die Lagebeurteilung diese Daten als Wetterbeitrag zusammenzustellen und ggf. auf Folien mit einfachen Symbolen, ähnlich denen auf der Wetterkarte des Fernsehens, darzustellen. Steht einem Zivilschutzstab kein ausgebildeter Meteorologe bzw.





Bei der Wetterbeobachtung spielen der Wetterballon und die damit verbundene Radiosonde eine besondere Rolle.

Wetterberater zur Verfügung, sollte die ABC-Auswertestelle des Stabes zweckmäßigerweise diesen Wetterbeitrag erstellen.

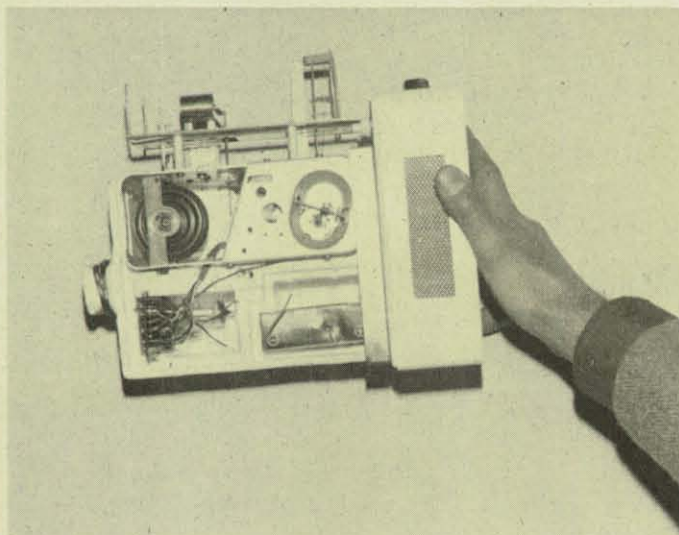
#### Beurteilung nach einem Angriff

Beim Vorliegen der grundlegenden Daten nach einem A- oder C-Angriff werden mittels der vorliegenden Wetterdaten die entsprechenden Niederschlagsvorhersagen erstellt bzw. die kampfstoffbedrohten Gebiete ermittelt.

Bei Falloutvorhersagen ist zu berücksichtigen, daß die zugrunde gelegten Höhenwinddaten bis zu sechs Stunden alt sein können und daher durch Messungen sofort die Richtigkeit der Vorhersage geprüft werden muß. Der Warndienst hat hierfür Verfahren entwickelt, die eine schnelle Erstellung von Übergangsvorhersagen ermöglichen. Er wird in Warnstellendurchsagen sofort darüber

unterrichtet. Völlig falsch könnte es aber sein, auf regionaler Ebene eigene Höhenwindbeobachtungen aufgrund des Wolkzugs und der Bodenwindrichtungen anzustellen und sie als Grundlage für Niederschlagsvorhersagen zu nehmen.

Bei C-Vorhersagen müssen sofort in den bedrohten Gebieten die aktuellen Wetterverhältnisse abgefragt und weiter unter Kontrolle gehalten werden. Wichtig ist auch die Beobachtung von plötzlich auftretendem Regen oder Schnee in Falloutgebieten. Hier können in Falloutgebieten abweichende Abregenzeiten und „heiße Stellen“ auftreten. Ebenso kann der Fallout weggewaschen werden und an anderer Stelle, z. B. in Abwassersammelsystemen, vermehrt auftreten. Lokale Windsysteme beeinflussen ebenfalls die Falloutverteilung. Solche festgestellten Besonderheiten sind so schnell wie möglich dem Warnamt zu melden,



Die Radiosonde liefert wichtige Informationen. (Fotos: Schulz)

da sie hier zentral für die Beurteilung der Lage im kontaminierten Gebiet dringend benötigt werden.

Bei der Berechnung von Wirkungsradien kann es wichtig sein, die Detonationshöhe in Zusammenhang mit Wolkenhöhe und Wolkendichte über dem Detonationspunkt zu kennen, da sowohl die thermische Strahlung wie auch die Druckwellenausbreitung, aber auch die Anfangsstrahlung durch Reflexionen gestreut, abgeschwächt oder verstärkt werden können. Die Anfangsstrahlung kann z. B. bei geringerer Luftdichte (größere Höhe und/oder höhere Temperatur) eine größere Reichweite, bei höherer Luftdichte (z. B. Frost) geringere Reichweiten haben. Für Ziele auf der Erde können Abweichungen in der Reichweite bis zu 25% auftreten.

Nach C-Angriffen mit Kampfmitteln in zunächst seßhafter Form ist nach der Erkundung der Grenzen des eigentlich betroffenen Gebietes neben der laufenden Überwachung des Kampfstoffgehaltes am Rande der kontaminierten Zone die Luftbewegung im Gefährdungsraum ständig zu überprüfen.

Starke Temperaturänderungen, aber auch die von der Tageszeit in Gebieten mit Hangneigung auftretenden Berg- und Talwinde müssen beobachtet werden. Dies gilt auch bei Kontaminierung in Gebieten, wo größere Wasserflächen an Land grenzen und örtlich tageszeitlich verschieden See- und Landwind auftreten. Solche tageszeitlich bedingten Luftbewegungen können auch in Gebieten auftreten, wo Ortschaften im freien Land liegen und die unterschiedliche Erwärmung bzw. Abkühlung der Luft lokale Luftbewegungen verursacht.

Aus diesen Beispielen ist zu ersehen, daß die Kenntnis der örtlichen Wetterverhältnisse die Beurteilung und die Maßnahmen nach einem Angriff wesentlich verbessern kann und die Sicherheit der Warnung erhöht.

Die Erfassung der Wetterlage erhält damit die gleiche Wichtigkeit wie die Erfassung der Waffenart bzw. Waffenstärke. Die Wetter-Ausbildung muß daher mit dem gleichen Ernst und der gleichen Sorgfalt betrieben werden wie die übrige Fachausbildung.

#### Quellen; Literatur

- Die Wirkungen der Kernwaffen, Carl Heymanns Verlag KG Köln, 2. Auflage 1964
- Klimatische Falloutdiagramme für Nordwestdeutschland, H. C. Korff, Meteorol. Institut der Universität Bonn Nr. 36
- Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen und die Wirkungen ihrer möglichen Anwendung, Siegler & Co, Verlag für Zeitarchive GmbH Bohn - Wien - Zürich
- Wie entsteht das Wetter?, Wachter, Umschau Verlag Frankfurt/Main 1969
- Das Wetter, A. G. Forsdyke, Delphin Taschenbuch 26



## Warnamt Usingen half den Helfern

Hochwasser hatte am 30. und 31. Mai im Landkreis Gießen den Einsatz der Einheiten des Katastrophenschutzes gefordert. Mehrere hundert Helfer waren pausenlos im Einsatz. Kein Wunder, daß die Sicherstellung der Verpflegung problematisch wurde.

Der Ortsbeauftragte des THW für Gießen wußte jedoch Rat: Er fragte das Warnamt. Nach einer Anordnung des Bundesamtes für Zivilschutz kann in solchen Fällen auf die in den Warnämtern eingelagerte Einsatzverpflegung zurückgegriffen werden.

Der Bedienstete der Warnbereitschaft des Warnamtes warf am 30. Mai gegen 4.00 Uhr morgens seinen Einsatzleiter aus dem Bett. Für sieben Bedienstete des Versorgungsbereichs und der Technik begann der „count-down“. In kurzer Zeit waren 500 Einsatzpakete (EPa) aus dem Kühlraum des Warnbunkers zum Verladen bereitgestellt. Da das Fahrzeug der Katastrophenschutzleitung Gießen diese Menge nicht allein befördern konnte, wurde noch ein Fahrzeug des Warnamtes mitgeschickt.

In Gießen standen schon die Fahrzeuge zum Verteilen der Verpflegung auf die einzelnen Einsatzorte bereit. Durch diese schnelle, unbürokratische Mithilfe des Warnamtes Usingen konnten die Helfer zügig verpflegt werden.

## 20 Jahre freiwilliger Dienst

Der Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, Ltd. Baudirektor Dr. Maske, konnte im Warnamt Usingen zwei verdiente Helfer für 20jährige freiwillige Mitarbeit auszeichnen.

Gerlinde Ziegenhagen ist als Vermittlungsfernsprecherin mit besonderem Engagement tätig. Zusammen mit ihrem



Wolfgang Knörr wurde mit der Ehrennadel ausgezeichnet; im Vordergrund Abteilungsleiter Dr. Maske. (Foto: Schneiders)

Ehemann kam sie unmittelbar nach Inbetriebnahme des Warnbunkers zum Warnamt. Wolfgang Knörr ist auch ein „Helfer der ersten Stunde“ und seit einigen Jahren Leiter des Fernmeldebetriebes. Beide Mitarbeiter haben einen großen Beitrag zum Teamgeist der Helfer im Warnamt geleistet.

Dr. Maske überreichte den Jubilaren die Ehrennadel mit Goldrand sowie die Ehrenurkunde des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz. Mit Warnamtsleiter Regierungsrat Kleinkamp dankten den Ausgezeichneten auch die Einsatzleiter und der Leiter einer WD-Leitmeßstelle, Lantelme, mit kleinen Geschenken.

## Neuer Amtsleiter im Warnamt V

Am 1. Juli übernahm Dipl.-Ing. Volker Helbig (29) die Leitung des Warnamtes V. Er ist der jüngste Warnamtsleiter und kommt als Ingenieur in einer Zeit



Dipl.-Ing. Volker Helbig, neuer Leiter des Warnamtes V.

zum Warndienst, in der wegen Einführung neuer Techniken neues technisches Wissen Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist. Nicht zuletzt wird er damit befaßt sein, einen Beitrag zur Modernisierung des Warndienstes zu leisten.

## ... und im Warnamt VII

Peter Bolch (Mitte) ist neuer Leiter des Warnamtes VII in Weinsheim bei Bad Kreuznach. Er absolvierte an der Technischen Universität München ein Elektrotechnik-Studium, das er als Diplom-Ingenieur abschloß. Im Bereich des Bundesamtes für Zivilschutz durchlief er



Abteilungsleiter Dr. Maske, Warnamtsleiter Bolch und stv. Warnamtsleiter Schäfer (von rechts).

(Foto: Öffentlicher Anzeiger, Bad Kreuznach)

eine Einweisungszeit zur Vorbereitung auf seine Aufgabe, für die er auch als Luftwaffen-Offizier der Reserve Verständnis mitbringt.

Dr. August-Jürgen Maske (rechts), Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, wies ihn am 2. Juli offiziell in seinen Amtsbereich ein. Regierungsamtsrat Wolfgang Schäfer, der nach der Verabschiedung des ehemaligen Leiters Karl-Erich Utischill kommissarisch das Warnamt führte, bleibt stellvertretender Dienststellenleiter.

## Zwei „Zwanzigjährige“

Anläßlich des 20jährigen Bestehens des Warnamtes I sowie der Verabschiedung des Warnamtsleiters Kneppenberg wurden die Mitarbeiter v. Geier, Warngruppenführer, und Wenda, Leiter der Warndienst-Leitmeßstelle 13 in Trappenkamp, für ihre 20jährige Zugehörigkeit zum Warndienst geehrt.



Sie erhielten vom Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, Dr. Maske, die Ehrenurkunde und die goldene Ehrennadel des Warndienstes. In seiner Rede zeichnete der Abteilungsleiter die Lebensläufe der Jubilare auf und würdigte ihre Leistungen sowie ihr Verantwortungsbewußtsein für die Aufgaben des Warndienstes.

(Foto: Wichmann)





2. Weltfriedenskonferenz der Gesellschaften des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes

## „Durch Menschlichkeit zum Frieden“

Motto der Konferenz ein Ausdruck des Beitrages zu wahren Frieden



### Erklärung des DRK-Präsidenten

Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes der Bundesrepublik Deutschland, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, gab auf der 2. Weltfriedenskonferenz des Roten Kreuzes, die vom 2. bis 7. September auf den Aaland-Inseln (Finnland) und in Stockholm stattfand, ein Statement mit folgendem Wortlaut ab:

„Die Ziele dieser 2. Weltkonferenz des Friedens sind:

- einen Erfahrungsaustausch über die bisher erfolgte Arbeit durchzuführen,
- die zukünftige ‚Friedenspolitik‘ des Roten Kreuzes zu formulieren und
- grundsätzliche Richtlinien für die Friedensbeiträge des Roten Kreuzes zu erarbeiten.

Der Erfolg dieser Konferenz wird gemessen werden

- an dem Umfang und der Effizienz der bisher geleisteten Rotkreuz-Arbeit und
- an konkreten Vorschlägen und umsetzbaren Initiativen zugunsten der Sicherung des Friedens.

Die Konferenz müsse daher vermeiden:

- die Aufgaben zu übernehmen, für die bereits internationale Gremien zuständig sind und sich dringlich bemühen, rotkreuzspezifische Beiträge zur Friedenssicherung zu formulieren.

Die Konferenz sollte darauf verzichten,

- durch mehr oder weniger routinierte Kommuniké-Artistik Differenzen zu überbrücken oder
- Forderungen sich zu eigen zu machen, die zu gängiger politischer Münze der jeweiligen Machtblöcke gehören.

Die Konferenz sollte davor bewahrt werden,

- daß Probleme der Beziehungen zwischen den Völkern vorwiegend unter

dem Gesichtspunkt von Rüstung, Abrüstung und Gefahren bestimmter Waffensysteme zu sehen, sondern vielmehr die historische Erfahrung beachten, daß in der Regel nicht Abrüstung den Weg zum Frieden ebnet, sondern friedliche Zusammenarbeit den Weg zur Abrüstung.



Die an dieser Konferenz teilnehmenden nationalen Gesellschaften sollen an ihre Regierungen appellieren,

- der am 10. 9. 1984 in Stockholm wieder beginnenden Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa zum Erfolg zu verhelfen und
- als vertrauensbildende erste Maßnahme alle Teilnehmerstaaten zu der Verpflichtung veranlassen, auf Gewaltanwendung gegenüber anderen Staaten, Völkern oder Volksgruppen zu verzichten.

Die Konferenz und die teilnehmenden nationalen Gesellschaften sollten mit großer Eindringlichkeit an alle Staaten appellieren,

- ein wirksames und kontrollierbares

Verbot aller chemischen Waffen zu vereinbaren und

- soweit noch nicht geschehen, den Atom-Nichtverbreitungsvertrag zu unterzeichnen.

Die Konferenz sollte sich den Aufruf des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu eigen machen und die Regierungen auffordern,

- die Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen alsbald zu ratifizieren (der Einsatz von Kindern und Jugendlichen z. B. im sog. Golfkrieg beweist, wie notwendig die Schutzbestimmungen dieser Zusatzprotokolle sind), und

- daß alle Staaten dem ‚Abkommen über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes gewisser herkömmlicher Waffen, von denen man annehmen kann, daß sie übermäßig traumatische Folgen haben oder die ziellos treffen‘, beitreten.

Die Konferenz sollte anstelle der Forderung nach atomwaffenfreien Zonen, die nur auf wenige Länder begrenzt werden, als Auffassung des Roten Kreuzes deutlich machen, daß

- die ganze Welt zu einer atomwaffenfreien Zone wird und als erster Schritt von den atomwaffenproduzierenden Staaten ein sofortiger Stopp aller Atomwaffenversuche verlangen.

Die Konferenz sollte von allen nationalen Gesellschaften erwarten, daß sie sich bei den Staaten dafür verwenden, den Delegierten des Roten Kreuzes – in den Konfliktzonen der Welt ungehinderten Zugang zu den Opfern zu gewährleisten, um medizinische Betreuung und Nahrungsmittelhilfe zu ermöglichen und

- bedauern, daß in einigen Ländern der Schutz und die Versorgung der Opfer von Konflikten und der Vertriebenen unmöglich gemacht und der Schutz des



Emblems des Roten Kreuzes und seiner Helfer nicht gewährleistet wird.

Die Konferenz sollte die Bildung einer Kommission vorsehen, die – die Möglichkeit untersucht, mit welchen Methoden und Abkommen der internationale Waffenhandel eingeschränkt und durch Registrierung aller Waffenexporte einer internationalen Kontrolle unterworfen kann (dies in der Erkenntnis, daß nach 1945 ca. 150 Kriege mit 50 Millionen Toten mit sogenannten konventionellen Waffen geführt wurden).

Die Konferenz sollte im Hinblick auf die Notwendigkeit der Intensivierung der Friedenserziehung und der Förderung des Verständnisses unter den Völkern – den Austausch von Informationen und Meinungen fördern, da auch unzureichende Informationen und Vorurteile unbegründet Angst und Haß erzeugen können, die ebenso wie die Rüstung den Frieden gefährden können.

Abschließend möchte ich Karl Jaspers zitieren: „Die Frage des Friedens ist nicht zuerst eine Frage an die Welt, sondern für jeden an sich selbst.“

### **Botschaft an die Weltöffentlichkeit**

Die zweite Weltfriedenskonferenz der Gesellschaften des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes richtet die folgende Botschaft an die Völker und Regierungen dieser Welt:

Aufgrund 120jähriger Erfahrung auf dem Gebiet des Schutzes und der Unterstützung von Opfern bewaffneter Konflikte, Natur- und anderer Katastrophen bekräftigt die Rotkreuz- und Rothalbmundbewegung erneut, daß ihr eigener Beitrag zu wahren Frieden durch ihr Motto ausgedrückt wird: „Durch Menschlichkeit zum Frieden“.

Getragen durch viele Millionen Mitglieder ist die Bewegung dazu entschlossen, mehr denn je im Dienste ihrer humanitären Ideale aktiv zu werden.

In diesem positiven Geist sind Delegationen aus 107 Ländern auf den Aaland-Inseln, Finnlands demilitarisierten „Inseln des Friedens“, und in Stockholm zusammengekommen. Einige Vertreter nationaler Gesellschaften sind aus Ländern gekommen, die sich zur Zeit im Krieg befinden oder deren Regierungen sich feindlich gegenüberstehen. Dennoch war die Atmosphäre während der Konferenz gekennzeichnet durch gegenseitigen Respekt, Toleranz und Übereinstimmung – die richtige Grundlage für ein gemeinsames Ideal.

Die Rotkreuz- und Rothalbmundbewegung ist tief beunruhigt durch Spannungen, Gewalt, Rassendiskriminierung und

die Verletzung der Menschenrechte in vielen Teilen der Welt. Sie ist sich der Tatsache bewußt, daß soziale und wirtschaftliche Unterschiede die Hauptursachen der Unruhe sind. Sie stellt mit Besorgnis fest, daß es heutzutage mehr als 30 Konflikte und Bürgerkriege gibt, die mit konventionellen Waffen ausgefochten werden.

In vielen dieser Kriege wird kein Unterschied gemacht zwischen Kämpfenden und Zivilpersonen, wobei letztere zu oft das Ziel tödlicher Waffen sind. Durch diese fehlende Unterscheidung werden die Grundlagen des Humanitären Völkerrechts verletzt.

Die Bewegung ist besonders beunruhigt durch die ununterbrochene Produktion von Waffen aller Art, einschließlich nuklearer, chemischer und Weltraumwaffen.

Für die Bewegung ist der Friede nicht nur die Abwesenheit des Krieges, sondern ein dynamischer Prozeß der Zusammenarbeit zwischen allen Staaten und Völkern. Er beruht auf der freundschaftlichen Beilegung von Streitigkeiten, Respekt der Menschenrechte und der ausgewogenen und gerechten Verteilung von Ressourcen. Wahrer Friede ist fest begründet auf der Respektierung des Völkerrechts und der gegenseitigen Verständigung.

Die Rotkreuz- und Rothalbmund-Bewegung wiederholt daher, daß sie sich weltweit der Linderung des Hungers und der Verbesserung der Gesundheit widmet. Sie wird ihre Hilfsaktionen für Notleidende, Flüchtlinge, Vertriebene und Opfer bewaffneter Konflikte – gleich ob Zivilpersonen oder Gefangene – fortsetzen.

Der Respekt des humanitären Rechts ist Grundvoraussetzung für den Frieden. Die Bewegung richtet daher die dringende Bitte an die Regierungen, die bestehenden humanitären Konventionen zu ratifizieren, sie zu respektieren und ihre Einhaltung sicherzustellen. Die Rotkreuz- und Rothalbmund-Bewegung wird ihrerseits auch weiterhin die Entwicklung und die weite Verbreitung des Humanitären Völkerrechts betreiben.

Durch entsprechende Ausbildungsprogramme wird die Bewegung weiterhin den Bestrebungen Jugendlicher gerecht werden und ihr Bewußtsein für die Ideale des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds schärfen.

Auf ihrer zweiten Weltfriedenskonferenz fordert die Rotkreuz- und Rothalbmund-Bewegung alle Regierungen dringend auf, sich durch einen wirklichen Dialog ständig um Zusammenarbeit, Solidarität und Freundschaft zwischen den Völkern zu bemühen.

Sie mahnt alle Regierungen, unablässig

für die stufenweise und kontrollierte Abrüstung – sowohl konventioneller Waffen als auch aller Massenvernichtungswaffen, die die Existenz der Menschheit bedrohen – zu arbeiten.

Sie appelliert an alle Erwachsenen und Jugendlichen, sich mit ganzem Herzen der Förderung der Menschenwürde und dem Respekt humanitärer Werte zu widmen, um so einen persönlichen Beitrag für einen wahren, weltweiten Frieden zu leisten.

Im Geist dieser Konferenz – bei der Vertreter der nationalen Gesellschaften ausschließlich ihren Blick darauf richten, was sie im Roten Kreuz und im Roten Halbmond zusammenführt – vertraut die Bewegung darauf, daß die Welt voranschreiten wird „Durch Menschlichkeit zum Frieden“.

### **Initiativen für den Frieden**

Beigefügt und Teil dieses Dokuments ist eine Liste der vom Roten Kreuz und Roten Halbmond ausgewählten Initiativen für den Frieden, die von der Konferenz erarbeitet worden sind und empfohlen werden.

#### **Verbreitung des Humanitären Völkerrechts**

1. Die nationalen Gesellschaften sollen wirksamere Methoden zur Verbreitung des Humanitären Völkerrechts unter allen Bevölkerungsschichten mittels schon bestehender oder zukünftiger Aktivitäten entwickeln. Diese Verbreitung soll ein unerläßlicher Bestandteil aller größeren Entwicklungsprogramme sein.

2. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) soll prüfen, inwieweit es durchführbar ist, Standardtests zu erstellen, um den Wissensstand über das Humanitäre Völkerrecht innerhalb der Streitkräfte festzustellen.

#### **Respekt der humanitären Konventionen**

3. Die nationalen Gesellschaften sollen mit ihren Regierungen, die Partner der Konventionen sind, zusammenarbeiten, damit diese das Humanitäre Völkerrecht respektieren und seine weltweite Einhaltung sicherstellen.

4. Die Bewegung soll alle laufenden Bemühungen um eine Konvention zur Ächtung der Produktion, der Versuche, der Lagerung und der Anwendung chemischer Waffen unterstützen.

#### **Schutz von Zivilpersonen und Kindern**

5. Beunruhigt durch die wachsende Zahl von Todesfällen unter Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten soll die Bewegung die Regierungen und andere politi-



sche Mächte drängen, das Recht auf Schutz, das der Zivilbevölkerung durch das Humanitäre Völkerrecht garantiert wird, zu achten.

6. Die Bewegung drängt auf die Einrichtung von Zonen, in denen Zivilpersonen in Zeiten bewaffneter Konflikte sicher leben können.

7. Die Bewegung soll alle Bestrebungen zum Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten unterstützen und ihre Beteiligung an Feindseligkeiten – zumindest unter einem Alter von 15 Jahren – verhindern.

### Friedenserziehung und -ausbildung

8. Ein Basisplan zur Friedenserziehung mit Schwerpunkt auf Methoden zur Lösung von Konflikten soll gemeinschaftlich vom IKRK und der Liga entwickelt werden. Die auf diesem Lehrplan aufbauende Erziehung soll speziell für junge Leute gefördert werden.

9. Das IKRK soll eingeladen werden, ein Programm für seine Delegierten zu entwickeln, wodurch diese in der Führung von Verhandlungen aller Art, einschließlich der Vermittlung auf humanitären und anderen Gebieten ausgebildet werden.

### Entwicklungshilfe

10. Katastrophenvorsorge mit dem Ziel des Schutzes und der Sanierung der Umwelt soll ein wichtiger Bestandteil aller größeren Entwicklungsprogramme sein, um so das Risiko von Dürre, Überschwemmungen und sich daraus ergebender Unruhen und potentieller Konflikte zu vermindern.

11. Die nationalen Gesellschaften sollen unablässig auf der Grundlage der Solidarität des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes daran arbeiten, Hunger und seine langfristigen Folgen zu beseitigen, um so potentielle Bedrohungen des Friedens auszuschalten.

12. Die nationalen Gesellschaften sollen durch praktisch anwendbare Maßnahmen zur Lösung von Bevölkerungsproblemen beitragen und – wo durchführbar – Spannungen in Gebieten vermindern, in denen das Bevölkerungswachstum die Nahrungsmittelproduktion überschreitet.

13. Die nationalen Gesellschaften sollen ihre Bemühungen zur Unterstützung eines Basisgesundheitsdienstes, besonders in den Entwicklungsländern, intensivieren.

14. Da durch Entwicklungshilfe Unterschiede vermindert werden, die Ursache für Spannungen sind, sollten die nationalen Gesellschaften diesem Gebiet vorzugsweise im Rahmen der Liga-„Entwicklungsstrategie“ mehr Unterstützung zukommen lassen.

## Schnelleinsatzzüge im Wettstreit

In Hünfeld (Kreis Fulda) fand vom 31. August bis 2. September die diesjährige Übung der hessischen DRK-Katastrophenschnelleinsatzzüge statt.

Unter den 41 teilnehmenden Schnelleinsatzzügen waren auch Züge vom ASB und ein Zug von der JUH. An der Aufgabe „Trinkwasseraufbereitung“ beteiligten sich außerdem noch außer Konkurrenz die Hilfszugsabteilungen VII A,

VII B und V vom DRK-Landesverband Schleswig-Holstein.

Punktsieger und somit Gewinner des Wanderpokales des hessischen Innenministers war der Schnelleinsatzzug des DRK-Kreisverbands Gelnhausen. Die Gastorganisationen konnten sich alle einen Platz im oberen Drittel der Punktewertung sichern.



Unter den strengen Augen der Schiedsrichter mußten die Helfer ihr Können unter Beweis stellen.  
Foto: LVH/rvf

## Treffen der Technischen Züge des DRK Niedersachsen

Am 7. und 8. Juli 1984 trafen sich in Meppen Vertreter zahlreicher Technischer Züge des DRK Niedersachsen zu einem Erfahrungsaustausch und zum Vorstellen ihres Gerätes und ihrer Ausrüstung.

Das DRK unterhält seit über 25 Jahren Technische Züge, bestehend aus Fernmeldedienst, Technischer Dienst, Transportdienst und ABC-Dienst. Diese Einrichtungen sind in der Öffentlichkeit bis-

her wenig bekannt. Das DRK benötigt diese Einrichtungen jedoch, um einen reibungslosen und optimalen Einsatz gewährleisten zu können.

Die Teilnehmer kamen aus insgesamt 10 Kreisverbänden. Insgesamt wurden 38 Fahrzeuge mit Spezialausrüstung von ca. 150 Helfern vorgestellt. Die Veranstaltung wurde einhellig als gelungen und lehrreich bezeichnet.



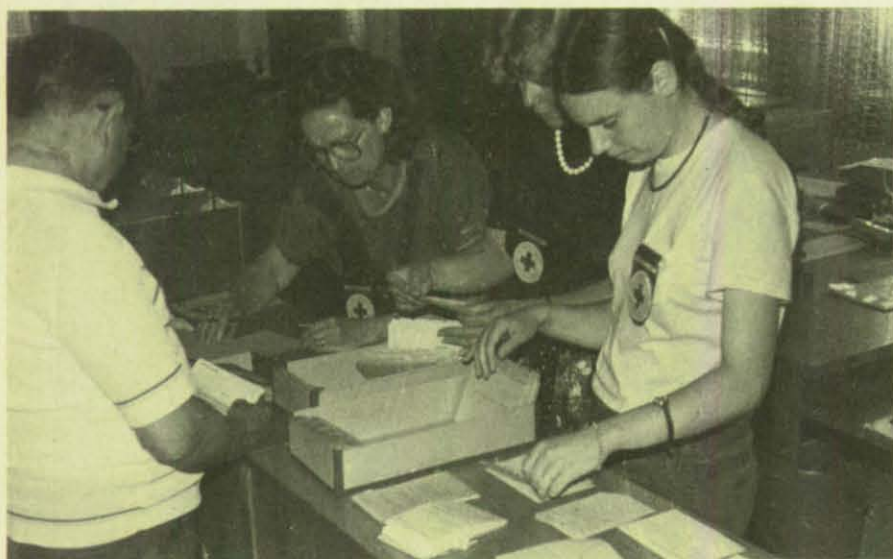
Zu den Aufgaben der Technischen Züge gehört auch der Feldkabelbau.



## BRK betreute Obdachlose



Die „Kranken“ im Krankenraum in der Schule Hallbergmoos wurden liebevoll betreut.



In der vom BRK-Suchdienst eingerichteten Betreuungsstelle erfolgte die Lagerregistrierung.



In der Feldküche wurde für alle betreuten Personen und die Einsatzkräfte ein warmes Mittagessen zubereitet.

Am 13. und 14. Juli 1984 wurde vom BRK Freising in Zusammenarbeit mit dem BRK-Suchdienst und der Freiwilligen Feuerwehr Hallbergmoos eine Übung durchgeführt. Es wurde dabei angenommen, daß in dem Bereich zwischen Grüneck und der Kreisgrenze Erding eine Evakuierung der Bevölkerung notwendig geworden war.

Zu diesem Zweck wurde durch das Landratsamt Freising die Schule Hallbergmoos zur Verfügung gestellt. Die Unterkunft mußte soweit vorbereitet werden, daß verschiedene Personengruppen, wie Mütter mit Kleinkindern, Kinder, Familien und Senioren, aufgenommen werden konnten.

Darüber hinaus mußte eine Abteilung zur Aufnahme von Kranken und Verletzten erstellt werden. Außerdem war die Errichtung eines Meldewesens (Telefone, Funk, personeller Meldedienst, einer Führungsstelle, einer Feldküche sowie einer mobilen Unterkunft für die Einsatzkräfte notwendig.

Am folgenden Tag wurde gegen 9.30 Uhr die Ankunft der evakuierten Bevölkerungsteile erwartet. Über 50 Einwohner der Gemeinde Hallbergmoos stellten sich dafür zur Verfügung. Am nördlichen Ortsrand von Hallbergmoos wurden die ankommenden Personen durch BRK-Einsatzkräfte in einer Sammelstelle erstmals registriert und dann der Betreuungsstelle zugeführt.

Um die Flexibilität der Führungs- und Einsatzkräfte zu schulen, erfolgte etwa zu gleicher Zeit die Einspielung eines schweren Verkehrsunfalles. In diesem gespielten Fall rampte ein Fahrzeug einen mit Benzol gefüllten Tanklastzug. An der Unfallstelle wurde der Austritt von Benzol angenommen, so daß die Rettung der Verletzten durch Helfer der Freiwilligen Feuerwehr erfolgen mußte.

In der Zwischenzeit gelangten die evakuierten Personen zur Betreuungsstelle. Dort erfolgte die Lagerregistrierung und die jeweils erforderliche Betreuungsart. So wurden z. B. die Kinder in einer eigenen Spielgruppe zusammengefaßt, um ihnen die Zeit zu vertreiben. Ebenso wurde den älteren und kranken Menschen Unterstützung durch geschultes Rotkreuzpersonal zuteil.

Die Übung hatte vor allem den Zweck, Führungskräfte des BRK auch für die besondere Aufgabenstellung eines Betreuungseinsatzes im Katastrophenfall auszubilden.

Das Zusammenspiel von Katastropheneinsatzleitung im Landratsamt und örtlicher Einsatzleitung hatte hier eine entscheidende Bedeutung. Nicht zuletzt durch die gute Arbeit der rund 80 Helfer wurde der Erfolg der Übung gewährleistet.



## Bundesarzt Dr. Friedhelm Bartels von der Stadt Karlsruhe verabschiedet

Vor zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens verabschiedete Bürgermeister Ullrich Eidenmüller den ASB-Bundesarzt und ASB-Vorsitzenden von Karlsruhe, Dr. Friedhelm Bartels. Dr. Bartels war als Fachdienstleiter für das Sanitätswesen im Katastrophenschutz der Stadt Karlsruhe tätig. Vor Vertretern der Karlsruher Sanitätsorganisationen würdigte der Bürgermeister das Engagement und die Leistung von Dr. Bartels, der bis in das vergangene Jahr hinein auch ärztlicher Mitarbeiter der Anästhesieabteilung im Städtischen Klinikum war. Der Bürgermeister: „Von Vorteil war auch, daß Dr. Bartels als Mitglied des ‚Arbeitskreises Katastrophenschutz‘ der Karlsruher Ärzteschaft schon mit dieser schwierigen Materie vertraut war.“ Durch seine intensiven Kenntnisse der Notfall- und Katastrophenschutzmedizin habe Dr. Bartels maßgeblichen Einfluß auf die Katastrophenschutzplanung der Stadt für den Sanitätsdienst und das Klinikum genommen. Eidenmüller bezeichnete in diesem Zusammenhang die Einsatzfähigkeit und die Schlagkraft des Katastrophenschutzes in Karlsruhe als gut.

Der Nachfolger von Dr. Bartels, Dr. Stehling, bedankte sich ebenfalls für die Arbeit seines Vorgängers und hofft auch in Zukunft auf seinen fachmännischen Rat.

## Landkreis Kassel bat zum „Tag des Helfers“

Zum zweitenmal bat im Juli der Landkreis Kassel über 800 Bürgerinnen und Bürger zum „Tag des Helfers“ in die Jugendburg Sensenstein im Kaufunger Wald. Neben anderen Organisationen war auch der Arbeiter-Samariter-Bund mit vielen Helfern vertreten, so daß das große Festzelt sich bis auf den letzten Platz füllte.

Es sei weniger eine Einladung zu einem gemütlichen Kaffee- und Kuchennachmittag, betonte Landrat Willi Eiermann, sondern ein „öffentliches Dankeschön“ an die Männer und Frauen, die viel Freizeit und Energie in den Dienst am Bürger investiert hätten. Bei den Überschwemmungen im West- und Nordteil des Kreises Kassel habe sich wieder einmal mehr gezeigt, daß funktionierende Selbsthilfe-Organisationen doch immer der beste Schutz für Hab und Gut, Gesundheit und Leben der Bevölkerung seien.

Schon die Tatsache des freiwilligen Dienstes am Mitbürger gebe den Hilfsorganisationen einen höheren Rang als Vereinigungen, die Erholung und Vergnügen zum wesentlichen Vereinszweck erklärt hätten. Staat und Kommunen, schloß Eiermann, hätten aus der Freiwilligkeit des Helfens die Verpflichtung, den beteiligten Organisationen die Mittel für einen wirksamen Dienst in die Hand zu geben.

Die „Schauenburger Musikanten“, Gesangs- und Sportgruppen und viele freiwillige Helfer aus der Kreisverwaltung sorgten für Stimmung und auch für das leibliche Wohl der Gäste, die aus allen 29 Städten und Gemeinden des Landkreises Kassel gekommen waren. Für die reibungslose Organisation der Großveranstaltung sorgte der von Oberinspektor Lothar Merkwirth geleitete Stab.

## Alarmübung beim ASB Northeim

Nach einer unangekündigten Alarmübung Ende Juni absolvierte der „San-Zug“ des ASB Northeim im Juli zusammen mit dem Göttinger ASB seine Jahresübung, die mit einem Zeltlager auf dem Gelände des ehemaligen Kalischachtes bei Levershausen verbunden war. Fazit bei den Übungen: Die Helfer im Katastrophenschutz haben ihre Lektion gelernt. Gleichwohl gibt es einige Punkte, an denen noch gearbeitet werden muß.

Die Ausgangslage beider Übungen war ähnlich: Nach „Unglücken“ galt es, „Verletzte“ im schwierigen Gelände zu bergen und die Erstversorgung vorzunehmen. Bei der unangekündigten

Alarmübung, bei der die Helfer morgens kurz nach 6 Uhr durch Telefonanrufe aus den Betten gerissen wurden, hieß es, die „Passagiere“ eines abgestürzten Flugzeuges auf der Weper oberhalb von Mohringen zu bergen und Erste Hilfe zu leisten. Auch die Einrichtung eines Verbandplatzes gehörte dazu.

Der „San-Zug“ des ASB erhielt Koordinaten, nach denen er die Unglücksstelle ansteuern mußte. Dort wurden die Helfer in die Lage eingewiesen und begannen mit der Arbeit. Innerhalb kurzer Zeit wurde die Aufgabe unter den kritischen Augen der Übungsleitung erfüllt.

Bei der Jahresübung des ASB wurden die Helfer mit der gleichen Aufgabe konfrontiert, diesmal nur in einem Waldstück bei Levershausen zwischen Sudheim und Suterode. Die „Verletzten“, gut geschminkt und gespielt von Mitgliedern der Jugend des ASB, waren aus einem Waldstück zu bergen und zu versorgen. Darüber hinaus mußte ein „Vermißter“, der, so die Annahme, auf Medikamente angewiesen ist, gesucht werden.

Die Aufgaben wurden zusammen mit den Katastrophenschutz Helfern des Göttinger ASB erfüllt, die im Gegensatz zum Northeimer ASB auch über einen Arzt in ihren Reihen verfügen. Außerdem galten für die Göttinger die Bedingungen einer Alarmübung. Das heißt: Sie wurden von der Übung überrascht.

Zufrieden über den Ablauf der Übung äußerte sich der 1. Vorsitzende des ASB-Kreisverbandes Northeim, Manfred Meinzhause, der allerdings meinte, bei der Alarmierung der Göttinger Helfer müßte noch etwas verbessert werden.

## ASB Heiligenhafen: Dänische Zivilschutz Helfer beobachteten Katastrophenschutzübung

Drei Führungskräfte der dänischen Civilforsvared aus Nakskov besuchten den ASB in Heiligenhafen. Den Kontakt zu den dänischen Kameraden hatte die ASB-Jugend im letzten Sommerlager angeknüpft.



Ein umfangreiches Programm war vorbereitet: Nach einem Stadtrundgang informierten die Rettungssanitäter des ASB die Kollegen über den Krankenwagenpark und den Rettungsdienst. Anschließend wurde die Gelegenheit zu einem kurzen Spaziergang ins Ferienzentrum genutzt. Gegen 15 Uhr erfolgte die Besichtigung der Katastrophenschutzeinrichtungen des ASB.

Dort führten 50 Helfer theoretische und praktische Ausbildung am Standort durch. Für den vierten Sanitätszug OH und Teile des ersten Betreuungszuges OH war eine Einsatzübung vorbereitet. Angenommene Lage war der Absturz eines Reiseflugzeuges am Bungberg. Überlebende wurden im größeren Umkreis vermutet. Verletztendarsteller waren unter anderem Angehörige der

ASB-Jugendgruppe, die zuvor mit Farbpaste und anderen Hilfsmitteln geschminkt worden waren.

Die Aufgabe der ASB-Sanitäter bestand darin, an zentraler Stelle eine Einsatzleitstelle einzurichten, die Gruppenführer einzuweisen und die Gruppen mit dem Krankenwagen von dort aus einzusetzen. Anhand von Skizzen galt es, die „Verletzten“ zu finden, zu versorgen und zu einer Verletzensammelstelle zu bringen, die von weiteren Helfern eingerichtet wurde. Ein Zelt wurde zu diesem Zweck aufgebaut und die Feldküche in Stellung gebracht. Acht Flugzeuginsassen waren bereits geborgen, Daten gemeldet. Anschließend galt es, einen „Vermißten“ im unwegsamen Wald durch eine Suchkette, von allen Helfern gebildet, zu finden. Auch diese Aufgabe

wurde gelöst. Die schweren Verbrennungen wurden versorgt, der „Verletzte“ abtransportiert.

Die den Gruppen zugeteilten Schiedsrichter vermerkten jeden falschen Handgriff. Bereitschaftsführer Sommerfeld betonte in der abschließenden Manöverkritik, es seien einige Mängel aufgedeckt worden. Theorie und Praxis seien eben doch zwei verschiedene Dinge. Weitere ähnliche Übungen sind deshalb für die nächsten Ausbildungstermine vorgesehen.

Kritisch und aufmerksam beobachteten auch die dänischen Kameraden den Übungsablauf, zeigten sich aber sehr beeindruckt vom deutschen Katastrophenschutz sowie von der Stadt Heiligenhafen und ihrer Umgebung.

## ASB-Aktion: Helm ab – aber richtig!

Mit der rapide steigenden Zulassungszahl motorisierter Zweiräder hat sich in den letzten Jahren zwangsläufig auch die Zahl der Motorradunfälle in der Bundesrepublik erhöht. Zwar ist die Zahl der tödlich verletzten Zweiradfahrer dank Einführung der Sturzhelmpflicht und verbesserter Fahrschulbildung nicht proportional zur Zulassungszahl gestiegen, trotzdem verunglückten im Jahre 1983 immer noch knapp 2000 Motorradfahrer tödlich. Keine Statistik beweist leider, wie vielen von ihnen geholfen werden könnte, wenn sich der Ersthelfer am Unfallort über die schlimmen Folgen eines Nichtabnehmens des Sturzhelmes bei Atemstillstand, Bewußtlosigkeit oder Erbrechen nach einem Motorradunfall im klaren wäre.

Es kursieren gerade bei Motorradfahrern schlimme Geschichten über die möglichen Folgen voreiliger Helmabnahme

beim Unfallopfer. Klevere Unternehmer machen sich diesen Umstand zunutze und vertreiben Aufkleber mit dem Slogan: „Hände weg! Helm darf nur vom Arzt abgenommen werden.“

Der Motorradfahrer, um die Unversehrtheit seines Kopfes bemüht, klebt sich diese Aufforderung an seinen Kopfschutz und weiß nicht, wie gefährlich das sein kann.

Aufklärung und Ausbildung tut not auf diesem Gebiet. Deshalb entschloß sich der ASB Bayern, im Juni eine Informationsveranstaltung durchzuführen, die einmal auf die lebensrettende Helmabnahme nach einem Unfall hinweisen sollte, bei der aber auch gleich die Teilnehmer – hier die Motorradfahrer als angesprochene Zielgruppe – selbst unter Aufsicht von ASB-Ausbildern die richtige Helmabnahme üben konnten.

Petrus hatte ein Einsehen, als er am Tag der Veranstaltung kurzfristig die Schleusen des Himmels über dem Übungs Gelände schloß und damit dem ASB, der die Aktion in Zusammenarbeit mit dem ADAC Nordbayern durchführte, die Möglichkeit gab, unter freiem Himmel über 200 Motorradfahrer zu begrüßen.

Neben dem motorradfahrenden und damit mit der Problematik vertrauten Notarzt Dr. Herzog von der Uniklinik Erlangen war auch der Bundesvorsitzende des ASB, Martin Ehmer, mit seinem Motorrad angereist. Mit eindrucksvollen Worten, die ihre Wirkung beim aufmerksamen Publikum nicht verfehlten, schilderte Dr. Herzog die Folgen, die ein nichtabgenommener Helm beim bewußtlosen Motorradfahrer haben kann.

Demonstration und praktische Übung zeigten den Teilnehmern, die sich anschließend ausnahmslos positiv über die



Nach dem Motorradunfall: Das richtige Helmabnehmen muß gelernt sein.

Aktion äußerten, daß das richtige Helmabnehmen ein lebensrettender Handgriff sein kann, der schnell und zuverlässig zu erlernen ist.

Leider ist der Ersthelfer jedoch nur selten in der Lage, den Helm richtig abzunehmen. Das liegt zum einen daran, daß er dies im Erste-Hilfe-Kurs nicht gelernt hat, zum anderen, daß es in der Bundesrepublik zu viele verschiedene Verschlusssysteme von Motorradhelmen gibt, die fast alle unterschiedlich zu betätigen sind.

Als Konsequenz hieraus wird der ASB künftig das richtige Helmabnehmen in dem Lehrplan seiner Erste-Hilfe-Kurse aufnehmen. Darüber hinaus fordert der ASB die Hersteller von Motorradhelmen auf, die Helmverschlüsse zu vereinheitlichen und zu normen.



Johanniter aus drei Ländern im gemeinsamen Einsatz

## Hilfe und Freu(n)de in Venedig

Mehr als 360 Behinderte auf einer Sonderfahrt nach Italien betreut

Getrennte Anreise – vereinte Hilfeleistung. In dieser Form abgewandelt, bestätigt das alte Sprichwort seine Richtigkeit beim ersten gemeinsamen Einsatz der drei JUH-Organisationen aus Deutschland, Italien und Österreich.

Mehr als 360 Behinderte unternahmen mit dem Wiener „Sonnenzug 84“ eine Reise nach Venedig. Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, Liegendpatienten, Rollstuhlfahrern sowie gehfähigen Patienten wurde ein für sie vielleicht einmaliges Reiseerlebnis geboten. Ihnen auch ungetrübte Freude zu bieten, bedurfte einer sorgfältigen Vorbereitung, sachgerechter Betreuung und sorgsamer Pflege. Dafür standen die Johanniter aus Deutschland, Österreich und Italien ein.

Bei der Abfahrt in Wien und im Verlauf der gesamten Reise übernahm die JUH

Österreich mit Helferschaft und Arzt die Betreuung im Zug. Alle notwendigen Hilfen wurden ebensogern wie viele kleine persönliche Wünsche erfüllt. Als „stets bereite gute Geister“ waren sie in allen Abteilen gern gesehen. Bei großer Hitze am Tag oder Kühle in Morgen- und Abendstunden sorgten sie ebenso für Hilfe wie fürs leibliche Wohl.

Während der Zug Richtung Venedig fuhr, starteten in Würzburg, Forchheim und Donauwörth die deutschen Johanniter in den Süden. Ein Konvoi von verschiedenen Fahrzeugen, Bussen für den Fahrdienst in Venedig, Kücheneinheiten für Kalt- und Warmverpflegung, Lkw mit einer kleinen Zeltstadt für alle Helferinnen und Helfer sowie Fahrzeuge für die Einsatzleitung vor Ort, passierte die Grenzübergänge nach Österreich und nach Italien.

In Mestre bei Venedig stand ein Fußballfeld als Standort zur Verfügung. Unter der sachkundigen Führung von B. Weigand, KGF aus Würzburg, vollzog sich der Aufbau der „JUH-Siedlung“, die neben den Schlaf- und Küchenzelten auch Waschzelt und WC umfaßte.

Noch am gleichen Abend rollten die italienischen Johanniter in mehreren Fahrzeugen des Standortes Triest an. Vielfältiges Stimmen- und Sprachengewirr beherrschte die Szene. Freunde der seit Jahren partnerschaftlich verbundenen Standorte Würzburg und Triest begrüßten sich herzlich.

Präsident Betz-Güttner und Vizepräsident Ricardo Sovrano aus Triest fungierten nicht nur als Leiter ihrer Gruppe, sondern auch als Dolmetscher. Die seit Wochen feststehende Planung wurde nochmals durchgesprochen, Ortsbesichtigungen im Bahnhof von Mestre und am Hafen vorgenommen. Alles war o.k.!

Gegen 3.30 Uhr morgens war Wecken angesetzt. Zu dem Zeitpunkt war der Küchentrupp schon kräftig bei der Arbeit. Kaffee und Frühstückspakete für ca. 450 Personen und Helferschaft mußten fertig werden.

Abfahrt zum Bahnhof Mestre war auf 5.15 Uhr angesetzt. Durch ruhige Straßen fuhr der Konvoi. Frühaufsteher und Spätheimkehrer blickten voller Erstaunen auf die Fahrzeugkolonne, die beschriftet in deutscher und italienischer Sprache, unter dem gleichen Johanniterkreuz unterwegs war.

Kurz nach 6.00 Uhr lief der „Sonnenzug“ ein. Verschlafene Gesichter an den Fenstern, hin- und herlaufende Betreuer vermitteln den ersten Eindruck. Erik Engels, Leiter des gesamten Unterneh-



Der Konvoi der deutschen Johanniter bei der Rast auf einem Parkplatz in Österreich.





Bahnhof Mestre: Alles wartet auf den „Sonnenzug“.



Zufrieden über den Einsatzablauf zeigen sich (v. links) Dr. Weniger (Österreich), B. Weigand (Deutschland) sowie Ricardo Sovrano und Präsident Betz-Güttner (Italien).



Der Markusplatz war für alle Beteiligten einer der Höhepunkte bei der Stadtbesichtigung.

mens „Sonnenzug“ sowie seine Mitarbeiter wurden herzlich begrüßt. Währenddessen waren JUH-Helfer aus Wien, Triest, Würzburg und Donauwörth schon fleißig bei der Arbeit, galt es doch, in etwa 35 Minuten alle Abteile mit Frühstück zu versorgen. Alles klappte und kurz vor 6.00 Uhr rollte der Zug zum Hafengleis von Mestre.

Hier warteten mehr als 60 Helferinnen und Helfer mit sieben Fahrzeugen für die Beförderung der Behinderten zur Fähre. In knapp zwei Stunden wurde diese Arbeit bewältigt. Über eine selbstgebaute Rampe geleiteten sie die Gehfähigen, trugen die Liegendpatienten und halfen den Rollstuhlfahrern. Die Entfernung zum Schiff war nur wenige hundert Meter und so war es ein ständiges Fahren, Rollen und Gehen.

Dies alles führte zu einer faszinierenden Atmosphäre. Sie war geprägt von der Freude der Patienten auf ein neues, einmaliges Erlebnis, vom Frohsinn derer, die helfen durften, von der Stimmung der italienischen Landschaft und vom Sonnenschein, der alles überstrahlte.

Dies übertrug sich nach der kurzen Überfahrt zur Anlegestelle „Markusplatz“ schnell auf das dort wartende Empfangskomitee. Vertreter der Stadt Venedig, der Kirchen und der österreichische Generalkonsul waren nach kurzen Begrüßungsreden schnell in die große Gemeinschaft integriert. Von der Kürze der Zeit und der Bewegungsmöglichkeit abhängig wurde trotzdem für alle Teilnehmer Venedig zu einem Erlebnis.

Während der Rückfahrt über die Lagune waren am Zug schon die Vorbereitungen zum Mittagessen abgeschlossen. Erschöpft aber glücklich, konnte man die Stimmung aller bezeichnen. Dies galt für die, die helfen konnten ebenso wie für die, die der Hilfe bedurften.

Nach der Einnahme des Mittagessens verlangte der Fahrplan sein Recht. Abschiedsstimmung kam auf. Mit dem „Servus“, dem „Areviderci“ und „Auf Wiedersehen“ kullerten auch Tränen. Schade, daß alles so kurz war. Der Zug rollte an, und kurze Zeit später kehrte auch die Fahrzeugkolonne zum Camp zurück.

Der Einsatz war beendet, aber viele Gedanken waren noch im Zug. Abends war Abschiedsfete. Alle waren beisammen, auch die einheimische Nachbarschaft. Beim Gesang hörte man zwar verschiedene Sprachen, aber Lachen und Fröhlichkeit waren ohne Unterschied.

Ohne Unterschied war auch die Bereitschaft zu helfen, sie war das Bindeglied bei diesem Einsatz von Menschen aus drei Ländern unter dem gleichen Zeichen in gleichem Geist: Johannitergeist!

G. Reinhold



Interview mit Bundestagspräsident Dr. Rainer Barzel,  
Mitglied des MHD-Zentralbeirats

## „Malteser leisten Friedensdienst“

Sich der Jugend zuwenden und ihr Vertrauen gewinnen

**Frage:** In den verschiedenen freiwilligen Zivil- und Katastrophenschutz-Organisationen der Bundesrepublik sind über eine Million Bundesbürger tätig. Wie beurteilen Sie die Notwendigkeit und Effektivität ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz?

**Dr. Barzel:** Zivil- und Katastrophenschutz bezwecken den Schutz von Menschen bei Unfällen sowie in Notlagen und bei Katastrophen. Wer sich hier betätigt, betätigt sich für seinen Nächsten. Das ist allemal zu begrüßen. Denn dies ist praktizierte christliche Nächstenliebe. Die ehrenamtlichen Zivil- und Katastrophenschützer verhalten sich wie der Helfer aus der Bibel, der auf dem Weg nach Jericho dem hilft, der da von Räubern ausgeplündert, verletzt und mißhandelt im Staub liegt. Dieser Mann lamentiert nicht, redet nicht, kniet nicht nieder, um zu beten: Er bringt den Verletzten ins Krankenhaus und zahlt für ihn. Wer so handelt, beherzigt bei seiner täglichen Arbeit: nicht zu klagen, zu helfen sind wir da. Dieses Engagement kommt uns allen zugute.

**Frage:** Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl unterstrich im Zusammenhang mit der geplanten Novellierung des Zivilschutzgesetzes die Bedeutung ziviler Verteidigung bzw. des Zivilschutzes als wesentlichen Bestandteil einer Politik der aktiven Friedenssicherung. Was bedeutet für Sie „aktive Friedenssicherung“ und was können die Helferinnen und Helfer des Malteser-Hilfsdienstes dazu beitragen?

**Dr. Barzel:** Friede stellt sich nicht von selbst ein. Frieden ist nicht etwas Vorgegeben-Selbstverständliches, sondern etwas Erstrebenswertes, das man herbeiführen und bewirken muß. Darum müssen wir ringen – Tag für Tag, Stunde für Stunde. Nichts ist selbstverständlich – nur was Du pflegst bleibt. Und was Dir heilig ist, wird Deines Opfers wert sein. Frieden für die Menschen gibt es nur dann, wenn es auch Men-

schen gibt, die sich für den Frieden einsetzen. Das beginnt schon – fernab lautstarker Parolen – im Kleinen und Stillen, im täglichen Miteinander, in der Rücksicht auf den Nächsten, auf den Schwachen, auf den Kranken, auf den Armen, auf den Hoffnungslosen. Die Mitglieder des Malteser-Hilfsdienstes setzen sich aktiv für den Schutz ihrer Mitmenschen ein. Ihr Dienst ist daher Friedensdienst, der nachhaltiger wirkt als pathetische Sonntagsreden, Absichtserklärungen oder Forderungskataloge.

**Frage:** Die Folgen der sogenannten Reform des § 218 StGB hat dazu geführt, daß jährlich 200 000 Kinder getötet werden, noch ehe sie geboren sind. Dabei hat der Münchener Katholikentag überdeutlich gezeigt, daß die Änderung des Abtreibungsrechtes ein drängendes Anliegen Tausender von Menschen ist. Welche Möglichkeiten sehen Sie, durch Gesetze menschliches Leben so gut wie irgend möglich zu schützen und dem Verlust an Gerechtigkeit entgegenzuwirken?

**Dr. Barzel:** Das menschliche Leben ist, weil von Gott gegeben, das höchste Gut. Es zu achten und zu schützen ist jedermanns, auch des Staates Aufgabe. Allerdings ist Schutz des Lebens nicht nur eine Sache gesetzlicher Regelungen. Achtung und Schutz des Lebens setzen eine positive Einstellung des Menschen zum Leben, setzen Ehrfurcht vor dem Wunder der Schöpfung voraus. Das kann nicht verordnet werden. Hier ist vielmehr Bewußtseinsarbeit erforderlich. Deswegen hat der Deutsche Bundestag am 28. Juni 1984 auch ein Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ beschlossen. Aufgabe der Stiftung ist es, Mittel zur Verfügung zu stellen, die werdenden Müttern, die sich wegen einer Notlage an eine anerkannte Beratungsstelle wenden, gewährt oder für die Zeit nach der Geburt zugesagt werden, um ihnen die Fortsetzung der Schwangerschaft zu erleichtern. Damit

soll ungeborenes Leben wirksamer als bisher geschützt werden.

**Frage:** Anlässlich des Jugendempfanges 1984 beim scheidenden Bundespräsidenten Prof. Dr. Karl Carstens hatte auch die Malteser-Jugend Gelegenheit, auf Tuchfühlung mit der Bundespolitik und verschiedenen Bundestagsabgeordneten zu gehen. Was unternehmen Sie als Bundestagspräsident, um dem wachsenden Vertrauensverlust jüngerer Menschen in die Politik und ihrer Wirksamkeit entgegenzutreten?

**Dr. Barzel:** Sie haben recht: Leider erleben so manche junge Menschen einen moralischen Schock, wenn sie plötzlich bemerken, daß ihnen hier und da heile Welt nur vorgespielt, aber eine ganz und gar andere Wirklichkeit vorgelebt wird; daß diese zweite eine, wie sie sagen, kaputte Welt ist. Auch in der Politik erleben sie das: alles sei „machbar“ ist ihnen früher versprochen worden – und nun sind Lehrstellen und Arbeitsplätze knapp. Wer so die Jugend belog, verantwortet die Folgen. Es muß wieder ehrlicher zugehen in Deutschland, bescheiden und wahrhaft, ja oder nein sagen. Entweder oder. Unserem Wort muß unsere Tat entsprechen. Nur so können wir das Vertrauen der Jugend gewinnen. Denn die Jugend sehnt sich nach Inhalt, nach Begründung. Dazu ist aber erforderlich, daß wir uns der Jugend zuwenden. Wir sollten dies tun. Sie begründet, weil ich sie gut kenne, meinen Optimismus.

**Frage:** Bei welchen Gelegenheiten hatten Sie bislang mit Helferinnen und Helfern des Malteser-Hilfsdienstes zu tun? Wie schätzen Sie ihr ehrenamtliches Engagement in einer Zeit der Bürgerinitiativen und Protestbewegungen ein?

**Dr. Barzel:** Ich bin seit 1963 Mitglied des Zentralbeirates des Malteser-Hilfsdienstes und habe in dieser Zeit viele Versammlungen und Veranstaltungen besucht. Der Malteser-Hilfsdienst wurde 1953 gegründet, kann aber als Nachfolger des Malteser-Ordens auf eine über 900 Jahre alte Tradition zurückblicken. Alleine diese Abstammung verbietet es, den Malteser-Hilfsdienst mit doch recht kurzlebigen „Bürgerinitiativen“ neuerer Zeit zu vergleichen. Die über 30 000 ehrenamtlichen Mitglieder des Malteser-Hilfsdienstes, darunter fast 4 000 Jugendliche, sind sich in all den Jahren einer uralten und doch stets neuen Verpflichtung treu geblieben: Positives zu bewirken für die Menschen. Dies sollte uns allen ein nachahmenswertes Beispiel sein.



## MHD-Sanitätszug ist voll einsatzbereit

Unmittelbar vor Beginn des 88. Katholikentages in München inspizierte der bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Karl Hillermeier, den ersten komplett ausgestatteten und besetzten Zug der sogenannten bayerischen Sanitätszüge. Die Hauptlast der Arbeit und der Finanzierung trifft zweifellos die Hilfsorganisationen als Träger dieser Züge. In einer Pressemitteilung unterstrich das Bayerische Staatsministerium des Innern, daß der Malteser-Hilfsdienst nicht nur durch den Einsatz eigener Mittel den Sanitätszug ermöglichte, sondern ihn vor allem durch die personelle Besetzung mit ehrenamtlichen Helfern sichergestellt und damit erst funktionsfähig gemacht habe. Hillermeier dankte dem Landesbeauftragten des Malteser-Hilfsdienstes, Rupert Graf Strachwitz, für seine Bereit-



Innenminister Dr. Karl Hillermeier (links) im Gespräch mit einem MHD-Mitarbeiter.

schaft, sich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen und überreichte ihm vor versammelter Mannschaft den Zuwendungsbescheid des Jahres 1984 für den weiteren Ausbau der Sanitätszüge.

In Bayern wird seit 1982 die Aufstellung sogenannter bayerischer Sanitätszüge gezielt mit staatlichen Zuschüssen gefördert. Diese einheitlichen Sanitätszüge sind als „Lückenfüller“ in jenen kreisfreien Städten und Landkreisen vorgesehen, in denen keine vom Bund finanzierten Sanitätszüge (Verstärkungszüge des erweiterten Katastrophenschutzes) stationiert sind. Dabei sollen die Sanitätszüge hauptsächlich die Versorgung von Verletzten gewährleisten, wenn der Rettungsdienst bei Großunfällen oder Katastrophen nicht mehr ausreicht.

Geplant ist die Aufstellung von 54 Sanitätszügen, wobei die Trägerschaft von den Hilfsorganisationen übernommen wird. Ein Sanitätszug besteht aus acht Fahrzeugen mit ca. 50 Sanitätshelfern.

## Rettungswagen Marke Eigenbau

Finanzierungsschwierigkeiten im Rettungsdienst – kaum ein Tag vergeht, an dem die Medien nicht darüber berichten. In besonderem Maße betroffen sind davon ehrenamtlich arbeitende Gliederungen, deren meist geringe Eigenmittel die Anschaffung eines optimal ausgerüsteten Rettungswagens fast unmöglich machen.

Der Malteser-Hilfsdienst Nürtingen entschloß sich daher, zum zweiten Male einen unkonventionellen Weg zu gehen: Die Rettungssanitäter betätigten sich als Mechaniker, Autosattler, Schreiner, Elektriker und Nachrichtentechniker und bauten sich ihren Rettungswagen selbst. Als Trägerfahrzeug diente ein drei Jahre alter Mercedes 409, der nach einem Brandschaden günstig erworben wurde.

Von der Planung – bei der sich zehn Jahre Erfahrung im Rettungsdienst als sehr nützlich erwiesen – bis zur Fertigstellung verging ein halbes Jahr. Dabei wurden Hunderte von Arbeitsstunden unentgeltlich geleistet. Unterstützung fanden die Malteser bei Nürtinger Firmen, die Material und Maschinen zur Verfügung stellten und die Lackierung übernahmen. Der Erlös einer Tombola ermöglichte die Finanzierung des Innenausbaus.

Während Schränke, Wärmeisolierung, Innenverkleidung, Kofferhalterungen und Verkabelungen in eigener Regie ausgeführt wurden, griff man bei den Tragelagerungen, Sitzen und dergleichen auf Serienteile zurück. Die Notarztkoffer und Geräte wurden, soweit sie noch den

neuesten Erfordernissen entsprachen, aus dem alten Fahrzeug übernommen.

Der neue RTW enthält neben der DIN-Ausstattung einen EKG-Monitor mit Schreiber, einen Defibrillator, drei unabhängige Sauerstoffanlagen, ein Narkose-Kreisteil und eine Schaufeltrage. Drei getrennte Heizsysteme gewährleisten die schnelle Erwärmung des Krankenzimmers in jeder Situation.

Inzwischen hat das Fahrzeug in zahlreichen Einsätzen seine Tauglichkeit bewiesen. Und dabei zeigte sich, daß das Projekt eben doch mehr war als „nur“ ein Beitrag zur Kostendämpfung: „Johannes 10“ wird weit sorgfältiger behandelt, als wenn er eines Tages fabriktreu vor der Dienststelle gestanden hätte.



Einen gebrauchten Wagen bauten die Rettungssanitäter in einen RTW um.



In zahlreichen Einsätzen hat sich das Fahrzeug inzwischen bewährt.



## Tagung des CTIF in Dresden

Vertreter von Feuerwehren aus 22 Nationen nahmen teil

Die Stadt Dresden war vom 6. bis 10. September 1984 auf Einladung des „Nationalen Komitee der Feuerwehren der Deutschen Demokratischen Republik“ Tagungsort für die diesjährige Tagung des „Permanent Rates“ des CTIF (Internationales Technisches Komitee für Vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen). Rund 60 Delegierte – überwiegend mit ihren Frauen – aus 22 Nationen nahmen an dieser CTIF-Veranstaltung in der DDR teil.

Seit 1973 ist das „Nationale Komitee der Feuerwehren der DDR“ ordentliches Mitglied des CTIF, des größten internationalen Zusammenschlusses der Feuerwehren aller Sparten, dem derzeit insgesamt 31 Nationen aus Ost und West angehören. Wie in der Tagung in Dresden verlautete, bestehen mit weiteren Nationen konkrete Aufnahmeverhandlungen, so u. a. auch mit China. Unter Leitung von Präsident Oberst Robert Dollinger (Straßburg) hat das CTIF in den letzten Jahren einen Weg eingeschlagen, der, bezogen auf die Bedeutung und den Stellenwert des CTIF, dieser Organisation im weltweiten internationalen Brandschutzbereich sowohl im Feuerwehrfachlichen wie auch im Feuerwehrpolitischen wichtige Fortschritte bringen soll und auch sicherlich wird. Es kann nur eine internationale Vertretung der Feuerwehren geben, nämlich das CTIF. Dieses erfordert aber auch eine entsprechende fachliche Aktivität und öffentliche Darstellung.

### Nationale Komitees

Im Gegensatz zum „Nationalen Komitee der Feuerwehren der DDR“ wird das „Nationale Komitee der Bundesrepublik Deutschland im CTIF“ nicht „behördlich gesteuert“, sondern vom Deutschen Feuerwehrverband (DFV) und vom Verein zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (VFDB) gemeinsam gebildet. Es vertritt unter Vorsitz des Präsidenten des DFV, Hinrich Struve, die Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Bereich.

Jede der dem CTIF angehörenden 31 Nationen ist mit einem Delegierten im „Permanenten Rat“ vertreten. Das „Nationale Komitee der Bundesrepublik Deutschland im CTIF“ war mit Präsident Hinrich Struve und Bundesgeschäftsführer Reinhard Voßmeier zugegen. Außerdem weilten kraft Amtes dabei der Vizepräsident des CTIF, OBD Manfred Gebhardt, und das CTIF-Ehrenmitglied Albert Bürger. – Unsere Fotos vermitteln einen Eindruck von dieser Tagung mit dem „Exekutiv-Rat“ (oben); Foto unten v.r.n.l.: Generalmajor Pohl und Oberst Walther (beide DDR), Präsident Struve und BGFü Voßmeier (beide Bundesrepublik), Landesfeuerwehrkommandant Salcher (Oberösterreich).



Das „Nationale Komitee der Bundesrepublik Deutschland im CTIF“ wurde nach Kriegsende (im Jahre 1952) wieder in das CTIF aufgenommen und hat in dieser rund 30jährigen Zugehörigkeit entscheidend an der Entwicklung und Arbeit dieser internationalen Feuerwehrorganisation mitgewirkt.

Der frühere Präsident des DFV und heutige Ehrenpräsident, Albert Bürger, war von 1960 bis 1979 Vizepräsident des CTIF; seit 1979 hat dieses Amt Oberbranddirektor Manfred Gebhardt (Hamburg) als Vertreter des „Nationalen Komitee der Bundesrepublik Deutschland im CTIF“ inne.

Das „Nationale Komitee der Feuerwehren der DDR“ steht unter Leitung von Generalmajor Herbert Pohl, seines Zeichens Hauptabteilungsleiter „Feuerwehr“ im Ministerium des Innern der

DDR. Hieraus ist erkennbar, daß die Feuerwehren der DDR in der behördlichen Struktur anders organisiert sind als die Feuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland und staatlich gelenkt werden. Einen Feuerwehrverband gibt es dort nicht.

Die Tagungsteilnehmer in Dresden konnten sich in Gesprächen mit Führungskräften und Mannschaftsdienstgraden der dortigen Feuerwehren aber auch davon überzeugen, daß der traditionelle Geist der Freiwilligen Feuerwehr auch in der DDR noch anzutreffen ist. Bei Kenntnis der Strukturen in der DDR muß man respektieren, daß der politische Einfluß – und auch mancher politische Sprachgebrauch – in den dortigen Feuerwehren in Folge der Staatsform ein anderer ist als im Vergleich hierzu bei den Feuerwehren in der Bundesrepublik.



## Permanenter Rat

Zur Eröffnung der viertägigen CTIF-Tagung war als Gast der stellvertretende Minister des Innern, Generalleutnant Giel, erschienen. In seinem Grußwort wies er u. a. auf die Bedeutung des Brandschutzes und damit der Feuerwehren in der DDR und auch in allen anderen Ländern hin. Nicht ganz unerwartet für die Tagungsteilnehmer aus den westlichen Ländern waren in seinem Grußwort auch längere Hinweise auf den diesjährigen 35. Jahrestag der DDR und den Kampf für „Sozialismus und Frieden“ enthalten.

Präsident Dollinger (CTIF) führte in seiner Grußansprache u. a. aus, daß die Delegierten der 22 anwesenden Nationen mit großen Erwartungen nach Dresden gekommen seien, um neben den Feuerwehren auch das Land und die Menschen etwas näher kennenzulernen und um hierdurch auch die Arbeit der DDR-Feuerwehren zu würdigen. Die Feuerwehren aller Staaten bezeichnete der Präsident als „Soldaten des Friedens“ und als Beispiel für eine völkerverbindende Arbeit, ohne Rücksicht auf die verschiedenen Gesellschaftssysteme in den Ländern von Ost und West.

Im Hinblick auf die sonst nur vorherrschende fachbezogene Brandschutzarbeit im CTIF war sicherlich der „politische Akt“ der Vertreter aus Bulgarien nicht notwendig, die sich im Verlaufe der CTIF-Tagung zu Wort meldeten und auf den in diesen Tagen gefeierten 40. Jahrestag ihres sozialistischen Staates Bulgarien politisch würdigend hinwiesen. Von den DDR-Vertretern erhielten sie aus Anlaß dieses Jahrestages einen roten Nelkenstrauß überreicht. Bisher war die CTIF-Arbeit frei von jeglicher Politik, ob aus Ost oder West, und so sollte es auch in Zukunft bei den Tagungen, gleich in welchem Staate und unter welchen politischen Gesellschaftssystemen, sein. Hierüber waren sich die Vertreter vieler Nationen einig.

## Arbeit des CTIF

Die diesjährige CTIF-Tagung des „Permanenter Rates“ verlief sehr harmonisch und reibungslos und von den Ergebnissen her erfolgreich. Präsident Dollinger erläuterte im Rahmen der Tagung, daß das CTIF noch mehr als bisher nach außen hin in Erscheinung treten müsse. Dabei lege er auch auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen im Brandschutz tätigen Institutionen und Verbänden sowie mit der Brandschutzindustrie, alle die sich für die Arbeit des CTIF interessieren, großen Wert. Nach seinen Ausführungen ist das CTIF bemüht, hier verstärkt Kontakte anzubahnen und bestehende zu pflegen.

Der „Permanente Rat“ verabschiedete einstimmig die von den Studienkommissionen des CTIF erarbeiteten Brandsicherheitsregeln für

- „Internationale Fach- und Firmenausstellungen“ und für
- „Gastspiele auswärtiger Theater-, Konzert- und Zirkusgruppen“.

Des weiteren sprach man sich übereinstimmend dafür aus, die beiden im CTIF tätigen Unterkommissionen „Brandbekämpfung auf Flughäfen“ und „Ärztlicher Dienst bei den Feuerwehren“ noch mehr zu aktivieren. Man appellierte deshalb an alle Mitgliedsstaaten, für diese Unterkommissionen qualifizierte Fachleute als Mitarbeiter zu benennen.

Ein weiterer Appell galt der Jugendarbeit, wonach diese in allen Ländern verstärkt zu fördern ist, um vornehmlich die Zukunft der Freiwilligen Feuerwehren zu sichern.

Durch einstimmige Beschlüsse bestätigte der „Permanente Rat“, das höchste Beschlußorgan zwischen der alle vier Jahre stattfindenden Generalversammlung, die bisherigen sieben gleichberechtigten Vizepräsidenten für eine weitere Amtsperiode in ihrem Amt. Hierzu gehört auch Vizepräsident OBD Manfred

Gebhardt (Hamburg) als Vertreter aus der Bundesrepublik Deutschland. Ein gleiches Vertrauensvotum gab es für den Generalsekretär des CTIF, Präsident Willi Pfefferli (Schweiz), und den Schatzmeister des CTIF, Peter Schwaller (Schweiz).

## Vöcklabruck 1985

Einen umfassenden Bericht über den Stand der Vorbereitungen und Terminierungen für das nächstjährige „Internationale Symposium des CTIF“ (16.–18. Juli 1985) und die „Internationalen Feuerwehrwettkämpfe“ (vom 15. bis 21. Juli 1985) in Vöcklabruck/Oberösterreich gab der Vorsitzende des dortigen Organisationskomitees, Landesfeuerwehrrückführkommandant Karl Salcher (Linz). Schon jetzt läßt sich voraussagen, daß diese nächstjährigen CTIF-Veranstaltungen in Österreich großartige Feuerwehrtage werden.

## Feuerwehr-Großübung

Der letzte Tagungstag in Dresden, der Sonntag, stand am Nachmittag ganz im Zeichen einer Großübung der Feuerwehren der Stadt Dresden auf dem „Altmarkt“ der Stadt. Zur Durchführung dieser Übung und für die Zuschauer waren großräumige innerstädtische Absperrungen vorgenommen worden. Nach Angaben der Veranstalter verfolgten rd. 50 000 Besucher diese Großübung; andere Schätzungen nannten etwa 30 000. Trotzdem eine imponierende Zuschauerkulisse! Bemerkenswert war ferner, daß bereits am Samstag an gleicher Stelle bei den Proben für diese Großübung zwischen 10 000 bis 20 000 Zuschauer zugegen waren. Die Feuerwehren der Stadt Dresden demonstrierten bei dieser Großübung ihren guten Leistungsstand und führten ihre für ausländische Verhältnisse modernen Löschfahrzeuge und Ausrüstungen vor. Bei dieser Großübung waren rd. 70 Feuerwehrfahrzeuge mit Mannschaft beteiligt.



Offizielle Schätzungen nannten rd. 50 000 Zuschauer bei der Großübung im Stadtzentrum von Dresden. Hier der Fahrzeugkorso.



DDR-Feuerwehrmänner als interessierte Zuschauer am Rande des Übungsplatzes. Diese Uniformen erinnern etwas an die deutsche Feuerwehruniform während des Zweiten Weltkrieges.



Auf die Minute genau um 14.00 Uhr begann die Übung mit einer im militärischen Stil „preußisch“ vollzogenen Meldung. Ebenso exakt auf die Minute genau um 15.00 Uhr war die für eine Stunde geplante Großübung beendet. Dazwischen lag ein Nonstop-Programm mit den vielfältigsten Lösch-, Rettungs- und Bergungsvorfällen, welche mit der Präzision generalstabsmäßiger Planungen „abgespult“ wurden. Zahlreiche mutige Rettungsübungen und sportliche Hakenleiterübungen fanden den verdienten Applaus der Zuschauer.

### Erwartungen und Grenzübergänge

Mit großen Erwartungen waren die Delegationen der 22 Länder nach Dresden angereist, waren doch die meisten das erste Mal zu Besuch in Dresden oder überhaupt in der DDR. Wenn auch als Gastgeber das „Nationale Komitee der Feuerwehren der DDR“ auftrat, so handelte es sich letztlich doch um eine Ausrichtung der Veranstaltung durch die Abteilung „Feuerwehr“ im Ministerium des Innern der DDR; hier ist die DDR-Feuerwehr organisatorisch und weisungsmäßig eingebunden. Hiervon ausgehend, gab es für die Tagungsteilnehmer beim Aufenthalt und bei der Ein- und Ausreise merkbare Vergünstigungen und Erleichterungen; die Organisatoren des Gastgeberlandes hatten bei den Vorbereitungsarbeiten auch an diese Probleme gedacht. Schon bei der Beschaffung des notwendigen Visums gab es für die Besucher in ihrem Heimatland – zumindest in der Bundesrepublik – keinerlei Probleme; Visum und Aufenthaltsgenehmigung galten für die gesamte DDR und waren räumlich nicht begrenzt. Bei der Paßabfertigung an den Grenzübergangsstellen sowie während der Fahrt auf den Autobahnen in der DDR verlief alles glatt; die einreisenden Tagungsteilnehmer und ihre Reiserouten waren den in diesen Gebieten diensthabenden Volkspolizei-Streifen offensichtlich angekündigt. Manches sprach dafür, aus der Sicht der Reisenden aber im positiven Sinne! Bevor jedoch die unmittelbaren Paßkontrollstellen der benutzten Grenzübergänge zwischen der Bundesrepublik und der DDR erreicht wurden, wurde die reale deutsch-deutsche Grenzsituation spürbar: Dauerte der gesamte Zeitraum des Grenzüberganges bei der Einreise in die DDR auf der Autobahn bei Gudow ca. 15 Minuten und die Ausreise ca. zehn Minuten, so betrug diese Zeiten an gleichen Tagen am Grenzübergang Herleshausen bei der Einreise in die DDR ca. eine Stunde und bei der Ausreise sogar ärgerliche 2¼ Stunden. Diese vor der Abwicklung der Grenzformalitäten liegenden Wartezeiten lagen wohl sicherlich „außerhalb des Einflussesbereiches“ der DDR-Organisatoren für diese Tagung.

Präzise wie ein Uhrwerk lief die für eine Stunde geplante Übung auf dem Altmarkt der Stadt Dresden ab. Vom Straßenbahnunfall über verschiedene Löschübungen bis zur Menschenrettung aus „großen Höhen“ wurden den Zuschauern die ganzen Möglichkeiten der dortigen Feuerwehreinsetzarten geboten. (Fotos: Voßmeier)



### Gutes Rahmenprogramm

Das den Tagungsteilnehmern während der Aufenthaltstage in Dresden seitens des „Nationalen Komitee der Feuerwehren der DDR“ gebotene Rahmenprogramm war gut und informativ und fand bei allen eine uneingeschränkte Anerkennung. Ganz wertfrei ist festzustellen, daß es in den zurückliegenden Jahren selten eine CTIF-Tagung gab, wo neben den programmäßigen Tagungen auch für Besichtigungen des Tagungsortes und der näheren Umgebung so viel Freiraum vorhanden war wie jetzt in Dresden. Neben einer ausgedehnten Besichtigung der Stadt wurde den Gästen auch die historische Albrechtsburg und die Porzellanmanufaktur in Meißen sowie die imposante Festung „Königstein“ im Elbsandsteingebirge gezeigt. Eine am letzten Veranstaltungstag mehrstündige abendliche Fahrt mit dem historischen Raddampfer „Weltfrieden“ auf der Elbe

beendete die in der Geschichte erste CTIF-Tagung des „Permanent Rates“ in der DDR. Daß die Bewirtung an allen Tagen nach übereinstimmender Meinung ausgezeichnet war, soll nur der Vollständigkeit halber objektiv hier angemerkt werden.

### Museum

Das CTIF hatte während der Veranstaltungstage auch Gelegenheit, im „Museum für Geschichte der Stadt Dresden“ die hier einbezogene ständige Ausstellung zur Geschichte der Feuerwehr zu besichtigen. In anschaulicher Weise bietet diese Ausstellung den Besuchern einen Überblick über die Entwicklung des Brandschutzes und der Feuerwehren vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Bei diesen Exponaten ist auch ein Hinweis zur Gründung der ersten Freiwilligen Feuerwehr am 17. Juli 1841



in Meißen (ca. 30 km von Dresden entfernt) zu sehen. Ob hiermit nun letztendlich die historischen Meinungsverschiedenheiten geklärt sind, welches die erste Freiwillige Feuerwehr in Deutschland war, die in Meißen (1841) oder die in Durlach/Karlsruhe (1846)? Nach den in Dresden gehörten Aussagen sollte man es nun annehmen. Den Museumsbesuchern steht eine informative Druckschrift – in Bild und Wort – über diese ständige Feuerwehrausstellung zur Verfügung.

#### „Protokoll-Fahrten“

Und dann war da noch eines, was den Gästen aus dem Ausland auffiel: Der ständig mit drei Reisebussen vorgenommene Transport der Tagungsteilnehmer vom Hotel zum Tagungsort und zu den Besichtigungspunkten erfolgte als offizielle „Protokollfahrten“, wobei zwei Polizeifahrzeuge an der Spitze und ein Polizeifahrzeug am Schluß die Kolonnenbegleitung übernahmen. Bei den Busfahrten waren an allen Tagen auf den von den örtlichen Organisatoren als zu benutzende Straßen festgelegten Routen sämtliche Verkehrskreuzungen und einmündenden Seitenstraßen – teilweise auch größere Fußgängerüberwege – durch Verkehrspolizisten abgesperrt und gesichert. Die Einordnung dieser Transporte zu offiziellen „Protokollfahrten“ ermöglichte es natürlich den örtlichen Organisatoren, daß es im vorgeplanten Tagesablauf keine Zeitschwierigkeiten gab; es dokumentierte aber auch nach außen sichtbar, welchen offiziellen Stellenwert diese CTIF-Tagung für die DDR und die dortigen Feuerwehren hatte.

Folgende Aufgaben haben die die Kolonne begleitenden Polizeifahrzeuge: Das erste, einige hundert Meter vorausfahrende Fahrzeug kündigt den Verkehrspolizisten mit einem weißen Blinklicht das Nahen der Kolonne an und gibt das Zeichen zum generellen Absperrern; das zweite vorausfahrende Fahrzeug ist mit einem blauen und einem roten Blinklicht gekennzeichnet, wobei das rote Licht den unmittelbaren Beginn der Kolonne kennzeichnet und für den entgegenkommenden Verkehr ein generelles Anhalten bedeutet; das am Schluß der Kolonne fahrende Polizeifahrzeug, mit einem blauen und einem grünen Blinklicht gekennzeichnet, markiert das Ende der Kolonne und die Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen. – Diese Art der Kolonnenbegleitung war zumindest für die Tagungsteilnehmer aus der Bundesrepublik neu. Für eine Kolonnenkennzeichnung im laufenden Straßenverkehr sicherlich keine schlechte und eine übersichtliche Einrichtung.

#### Resümee

Läßt sich nach dieser ersten CTIF-Tagung in der DDR und dem damit bei einer Feuerwehrtagung verbundenen ersten offiziellen deutsch-deutschen Feuerwehrtreffen auf DDR-Gebiet ein Resümee ziehen? Sollte der mit dem Namen „Weltfrieden“ bei der abschließenden Elbfahrt benutzte Raddampfer einen symbolischen Charakter haben, dann sollte man hieraus ableiten, daß es in Zukunft zwischen den Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auch einen Besucherverkehr geben könnte, wie dieses gemäß verschiedener regierungsseitiger Abkommen z. B. auch schon im kulturellen oder sportlichen Bereich möglich ist. Warum nicht auch im Bereich der Feuerwehren, wenn auch bei der Feuerwehr die staatlichen Strukturen in West und Ost unter-

schiedlich sind? Vielleicht könnte sich die in den Tagungen des CTIF bisher praktizierte „unpolitische Arbeit“ (unter Mitwirkung aller Mitgliedsstaaten) auch auf den „Besucherverkehr von Feuerwehren“ zwischen Ost und West ausdehnen lassen.

Ein weiteres neues Betätigungsfeld könnte der Austausch von Ausstellungsexponaten aus Feuerwehrmuseen zum Zwecke von Sonderausstellungen werden. Sicherlich würden hierdurch die nationalen Museen für die Besucher noch interessanter. Wenn die bei der zuvor schon genannten Elbfahrt vorhandene Harmonie auch in diesen vorgeschlagenen Bereichen Früchte trägt, dann kommt diesem Raddampfer „Weltfrieden“ eine feuerwehrhistorische Bedeutung zu.

R. Voßmeier, BGFü des DFFV

## CTIF-Programm in Österreich

Die großen Feuerwehrtage des CTIF in Vöcklabruck/Oberösterreich erfordern schon jetzt entsprechende Hinweise an alle Teilnehmer und noch unentschlossenen Interessenten:

#### Programm-Auszug

Montag, den 15. 7. 1985

- Anreise der Teilnehmer für Wettkämpfe und CTIF-Tagungen

Dienstag, den 16. 7. 1985

- 13 Uhr Beginn Wettkampfttraining
- 14 Uhr Eröffnungsfeier des Symposiums

Mittwoch, den 17. 7. 1985

- Fortsetzung Wettkampfttraining
- Fortsetzung Symposium

Donnerstag, den 18. 7. 1985

- Fortsetzung Wettkampfttraining
- Fortsetzung Symposium
- 14 Uhr Eröffnungsfeier der Wettkämpfe
- anssl. Beginn der Wettkämpfe –

Freitag, den 19. 7. 1985

- Fortsetzung der Wettkämpfe
- 9 Uhr Jugendforum

Samstag, den 20. 7. 1985

- Tag der Besichtigungen

Sonntag, den 21. 7. 1985

- 10 Uhr Siegerehrung und Abschlußfeier

#### Hinweise:

1. Die Teilnehmergruppen an den Wettkämpfen wurden durch die einzelnen Nationen benannt. Andere Gruppen können hierbei nicht mitwirken.

2. Den Teilnehmern am CTIF-Symposium wird empfohlen, sich schon in Kürze beim Organisationsbüro anzumelden und auch die Quartierbestellung abzugeben.

Der Tagungsbeitrag für das kpl. Symposium einschl. der mehrsprachig gedruckten Referate beträgt 1000 ÖSchilling (ca. DM 143,-). Weitere Auskünfte erteilt das Organisationsbüro.

3. Den Besuchern der Wettkämpfe wird eine rechtzeitige Quartierbestellung empfohlen.

Für Anmeldungen und Auskünfte ist zuständig:

Landesfeuerwehrverband OÖ  
– Organisationsbüro CTIF –  
Petzoldstr. 43  
A-4020 Linz  
Tel. (aus der BRD)  
(0043) 732-2701220

Der Deutsche Feuerwehrverband hofft auf eine zahlenmäßig große Beteiligung aus der Bundesrepublik am Symposium und an den Wettkämpfen der Feuerwehren im Sinne des Aufrufes der österreichischen Organisatoren, der da u. a. lautet:

„Wir würden uns freuen, Sie in Vöcklabruck begrüßen zu können, damit Sie sich ein Bild von unserem Feuerwehrwesen, der bei uns gepflegten Feuerwehr-Kameradschaft und von Österreich im allgemeinen und Oberösterreich im besonderen machen können. Glück auf und auf Wiedersehen in Vöcklabruck!“



## DLRG Fehmarn sicherte Surf-Testwoche am Burger Südstrand

55 erschöpfte Surfer geborgen / Starker Wind machte den Unerfahrenen zu schaffen

Vom 13. bis 17. Juni 1984 fand am östlichen Südstrand in Burgtiefe/Fehmarn eine Surf-Testwoche statt, die insgesamt an die 4000 interessierte Wassersportler anlockte. Die Testwoche wurde von der Fachzeitschrift „Surf“ in Zusammenarbeit mit der Burger Kurverwaltung veranstaltet.

20 Surfbrett-Hersteller, vorwiegend deutsche, aber auch eine niederländische und eine schwedische Firma, beteiligten sich daran. Es wurde das Neueste auf dem Surfmarkt geboten. Jedermann konnte nach Hinterlegung seines Personalausweises Geräte ausleihen und kostenlos auf dem Wasser testen.

Solch eine Mammutveranstaltung verlangte natürlich enorme Sicherheitsvorkehrungen. Die DLRG-Ortsgruppe Fehmarn übernahm diese Aufgabe zuständigshalber. Täglich waren bis zu 13 ehrenamtliche DLRG-Aktive eingesetzt. Als Basis standen das am Südstrand beheimatete DLRG-Wachboot und ein privateigenes Saga-Boot zur Verfügung. Zu Spitzenzeiten kamen das Hafenermeisterboot und das Rettungsboot „Bruntje“ von der DGzRS (Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger) mehrfach zum Einsatz. Am Wochenende war ebenfalls das THW (Technisches Hilfswerk) mit einem Schlauchboot vor Ort. Daß diese umfangreichen Sicherungsmaßnahmen erforderlich waren, beweist das Einsatztagebuch der DLRG-Ortsgruppe Fehmarn.

Am ersten Tag der Testwoche nutzten an die 400 Besucher das Angebot. Bei bedecktem Himmel und leichtem Nieselregen blies der Wind aus Südwest mit einer Stärke von 5 bis 6. Zehnmal war die DLRG zu Bergungsfahrten auf dem Wasser. Fünfmal waren Mastbrüche die Ursache für eine Notlage, ansonsten handelte es sich um Erschöpfung und Unterkühlung. Mehrere Surfer ließen sich auch nicht helfen und schafften die Rückkehr zum Strand dann tatsächlich alleine.

Der zweite Tag, mit ebenfalls ca. 400 Besuchern, brachte der DLRG neun Bergungseinsätze; allesamt durch Er-

**Das Surfen hat sich in nur wenigen Jahren zu einer der beliebtesten Freizeitsportarten entwickelt. Rettungsschwimmer der DLRG überwachten die erste Surf-Testwoche in der Bundesrepublik Deutschland.**



**Mancher Surfer unterschätzte das eigene Leistungsvermögen. In 55 Fällen mußten die Rettungsschwimmer der DLRG Surfer bergen.**



schöpfung der Surfer bedingt. Bei Windstärke 6 aus West (zum Teil ablandig) wurde bei mehreren gleichzeitig anfallenden Einsätzen ein Privatboot kurzfristig zur Rettung verpflichtet.

Der Freitag brachte für die Rettungsorganisationen den arbeitsreichsten Tag. Bei über 1000 Teilnehmern wurde Windstärke 6 (in Böen bis zu 7) gemessen. Der Wind blies aus Nordwest, das hieß enorme Wachsamkeit für die DLRG, da mit einem Abtreiben der Surfer auf das offene Meer zu rechnen war. Über die eigens installierte Lautsprecheranlage warnte die DLRG-Einsatzleitung des öfteren vor den ablandigen Windverhältnissen. Trotzdem holten die

Retter 23 (!) erschöpfte Surfer aus der erst 13 Grad warmen Ostsee. Hierbei kamen fünf Boote zum Einsatz.

Am Samstag konnten die Veranstalter an die 3000 Besucher begrüßen. Der Wind blieb mit Stärke 5 ablandig (Nordwest). 13 Bergungen mußten die ehrenamtlichen Helfer an diesem Tag bewältigen. Auch hier wurden, vermutlich aus falsch verstandenem Stolz, sechs Hilfeleistungen abgelehnt. Solche Fälle kennt die DLRG zur Genüge und bleibt trotzdem in der Nähe des Betroffenen. Daß dieses notwendig ist, beweist die Tatsache, daß zwei Surfer ihre Notlage nicht richtig einschätzten und trotz vorheriger Ablehnung dann doch noch mittels Winken



um Hilfe nachsuchten. Der letzte Veranstaltungstag brachte keine Vorkommnisse. Das Wasser war ruhig und der Wind war abgeflaut.

Trotz der hohen Zahl der Bergungseinsätze (insgesamt 55) ist die DLRG mit dem Verlauf der Veranstaltung und mit der Zusammenarbeit mit den Veranstaltern zufrieden. Die DLRG-Aktiven kamen auch mit den Surfern ins Gespräch und versuchten dabei zu ergründen, warum so viele Bergungen notwendig wurden. Die Antworten waren so einfach wie verblüffend: „Wir haben heute mehr riskiert, weil wir uns auf Eure guten Sicherungsmaßnahmen verlassen konnten“ oder „Wir haben uns zum Teil unbekannte, manchmal zu schnelle und ungewohnte Bretter ausgesucht. Mit unseren eigenen Surfbrettern wäre uns das nicht passiert.“

Die 1. Surf-Testwoche auf Fehmarn war die insgesamt 5. Veranstaltung dieser Art. Bisher wurde dieses Spektakel immer am Garda-See abgehalten. Nach der abschließenden Manöverkritik aller Beteiligten steht fest, daß Veranstalter und Besucher nicht abgeneigt sind, die Surf-Testwoche zu einer jährlichen Dauerveranstaltung auf Fehmarn werden zu lassen.

Detlef Mühlberg

## Berlins „Regierender“ als DLRG-Bootsführer



Fachkundig beim „Leinen los“ zeigte sich Berlins Regierender Bürgermeister, Eberhard Diepgen, als er im Rahmen des Umweltschutztages zu einer Probefahrt auf dem gerade eingeweihten neuen Elektroboot der DLRG eingeladen wurde. Die viertelstündige Fahrt auf dem Tegeler See, die ihm eine kleine Ruhepause vor seinem nächsten Protokollpunkt brachte, zeigte ihn aufgeschlossenen den Berliner DLRG-Problemen gegenüber.

T. Gnauk

## DLRG unterstützt auch in diesem Jahr die Ausbildung qualifizierter Rettungsschwimmer in Tunesien



Wiederbelebungsversuche am „lebenden Objekt“.

Der bilaterale deutsch-tunesische Jugendaustausch nach dem Bundesjugendplan wird auch 1984 wieder vom DLRG-Landesverband Westfalen durchgeführt. Die Hinbegegnung fand im Juni in Nabeul/Tunesien statt.

Insgesamt wurden in zwei Lehrgängen 46 Kursusteilnehmer erfaßt. Die Ausbildung erstreckte sich auf alle Aktivitäten, die zum Erreichen der Rettungsschwimmabzeichen in Bronze, Silber und Gold erforderlich sind. Ausgebildet wurde entweder im Swimming-Pool des Hotels Club Ramses oder im Mittelmeer in Höhe der SOS-Station. Der Generalsekretär des Gouvernement Cap Bon, Bel Hadj, sowie der Sportreferent im Gouvernement, Dardouri, inspizierten wiederholt die Lehrgänge und ließen sich von den Rettungsschwimmer-Aspiranten zeigen, was bis dahin erreicht war. Aber auch der Sportlehrer Hedi Ben Hamida sorgte dafür, daß mit Eifer zur Sache gegangen wurde – er kannte

seine Landsleute besser als die deutschen Ausbilder.

Und dann war es soweit. Im Hotel Club Ramses wurden abends in Anwesenheit von Ben Hadj, Herrn Dardouri, Hedi Ben Hamida, Vertretern der Presse und Teilnehmern von früheren Lehrgängen überreicht: 39 Rettungsschwimmpässe in Bronze, 26 Rettungsschwimmpässe in Silber und 15 Rettungsschwimmpässe in Gold.

Ben Hadj war von den erreichten 80 Urkunden sehr beeindruckt und sprach im Namen des Gouvernement Cap Bon größte Anerkennung aus. Sein Lob galt aber auch den neuen tunesischen Rettungsschwimmern.

In den Schlußgesprächen wurde die Problematik des Austausches in den Vordergrund gerückt. Hierbei soll in Zukunft der Ausbau neuer Rettungsstationen an der Mittelmeerküste, mit Bitte um Hilfe von Deutschland, vorrangig sein.

Hermann Gotthardt



Ein Rettungsboot wird zu Wasser gebracht.



# Übungsveranstaltung der DLRG Westhofen auf dem Doktorsee und auf der Weser

Um 2.00 Uhr war für die Rettungsschwimmer der DLRG-Ortsgruppe Westhofen-Garenfeld im LV Westfalen die Nacht vorbei. Um 3.00 Uhr ging es nämlich mit Bulli, Booten und mehreren Pkw von der Ruhr aus in Richtung Rinteln/Weser zum Doktorsee. Nach einem katastrophemäßigen Einsatzplan wurde eine festgelegte Route über Landstraßen gefahren.

Ein Vorkommando, das schon am Tag vorher nach Rinteln gefahren war, um das Lager neben der Rolfhagener DLRG-Station zu errichten, empfing die 25 Bootsführer und Taucher mit dampfendem Kaffee und frischen Brötchen.

Bei eisigem Wind und naßkalter Witterung wurde dann unter der Leitung von OG-Ltr. Rolf Schäfer ein Programm absolviert, das auf mögliche Vorfälle beim Wachdienst an der Ruhr vorbereiten sollte. Die Taucher unternahm Suchtauchgänge bei Sichtweiten von weniger als 20 Meter. Die Bootsführer übten das Abschleppen von Booten, das Manöver „Mann über Bord“, das Werfen von Rettungsbällen, Slalomfahren und Bergen von Tauchern. Zwei Schiedsrichter beobachteten alles mit Argusaugen. Die

am Ufer verbliebene Mannschaft erhielt theoretisches Wissen und übte sich im Sprechfunken.

Die mittägliche Verpflegung übernahm das Deutsche Rote Kreuz. Nach einem kräftigen Gulasch ging es wieder frisch ans Werk. Am späten Nachmittag wurde „Klar Deck“ geschaffen und abends, nach dem Abendessen, wurde noch geklönt.

Nach einer kurzen Nacht war um 6.00 Uhr Wecken. Dann ging es bei strahlendem Sonnenschein zum Hafenecken von Rinteln. Der Sonntag also auf der Weser. Welch ein Erlebnis für die frischgebackenen Bootsführer! Auch hier war ein Parcours aufgebaut worden, damit die Bootsführer ihre Geschicklichkeit unter Beweis stellen konnten. Nach intensiver Motorkunde am Nachmittag wurden gegen 16.00 Uhr die Boote an Land gebracht und zum Lager zurückgefahren. Dann wurden die Zelte und sonstige Ausrüstungsgegenstände verladen und die Rückfahrt vorbereitet. Und die Quintessenz der Abschlußbesprechung: Im nächsten Jahr wird eine Übungsveranstaltung wie diese wiederholt.

T. P.



Eine Szene aus der Übungsveranstaltung.

## Bundestags-Vizepräsidentin Annemarie Renger besuchte die Berliner DLRG-BLFS



Annemarie Renger, J. Fröhner (LV-Präsident) und Prof. Dr. S. John (DLRG-Präsident) im Gespräch (von links).

Während ihres zweitägigen Berlinaufenthalts besuchte die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, auf Einladung der DLRG Berlin den Landesverband und die Einrichtungen der Bundes-Lehr- und Forschungsstätte an der Scharfen Lanke in Berlin-Spandau.

Die SPD-Politikerin zeigte sich tief beeindruckt vom hohen Leistungsstandard der Rettungs- und Forschungseinrichtungen im „Schiefer Turm am Pichelssee“.

Die Bundestagsvizepräsidentin sprach sich dafür aus, daß die Belange und berechtigten Wünsche der größten Wasserrettungs-Organisation der Welt bei den Bonner Politikern stärkere Aufmerksamkeit als bisher und konkrete Unterstützung finden müßten.

## DLRG Essen informierte die Bevölkerung

Die DLRG in Essen führt in diesen Tagen eine große Plakataktion für alle wassersporttreibenden Vereine durch.

Die Plakataktion „Nie ohne Schwimmweste aufs Wasser“ steht unter der besonderen Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters der Stadt Essen, Horst Katzor. Zweck und Sinn dieser Aktion der Essener DLRG ist es, auf die Gefahren am Wasser hinzuweisen, die entstehen können, wenn Wassersporttreibende allzu unbekümmert aufs nasse Element Wasser gehen.

Anlaß zu dieser Aktion gaben die zahlreichen Rettungen vor dem Ertrinkungstode, die die DLRG bundesweit im letzten Jahr durchführen mußte.



Auszubildende halfen mit

## DLRG Mannheim stellte neuen Wasserrettungszug in Dienst

Viel Prominenz war zur Übergabe erschienen



Das „Innenleben“ des neuen Mannheimer Wasserrettungszuges; es wurde nach den modernsten Richtlinien konzipiert und ausgestattet.

Unter Anwesenheit zahlreicher Prominenz der Stadt Mannheim wurde die Übergabe eines neuen DLRG-Einsatzfahrzeugs zu einem rechten Volksfest.

Bei der Witterung konnte der baden-württembergische Innenminister a. D. und Ehrenbürger Mannheims, Krause, dem DLRG-Vorsitzenden Karl-Heinz Herrmann die Schlüssel für das neue Fahrzeug übergeben.

Ort und Termin waren optimal: Der Paradeplatz in der City stand an diesem langen Samstag ganz im Zeichen der DLRG, die mit vielen Attraktionen (in Zusammenarbeit mit der Barmer), aufgestellten Fahrzeugen, Booten, mit Erbseneintopf und einer großen Lotterie (in Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht) für Tausende von Besuchern und Interessenten wie ein Magnet wirkte.

Das Fahrzeug im Wert von über 50000 DM konnte zu einem erheblichen Teil aus Spenden und freiwilligen Arbeitsleistungen der Lehrlingswerkstatt des Herstellers finanziert werden. -btg-



Festliche Übergabe des neuen Wasserrettungszuges.

## Augsburger DLRG-Rettungsschwimmer sicherten Kanuten

Für alle Fälle bereit standen 35 Aktive der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft des Kreisverbandes Augsburg-Aichach/Friedberg bei der Kanu-Vorweltmeisterschaft, die auf der Augsburger Olympia-Strecke stattfand. Im Wechsel mit der Wasserwacht versahen sie hier den Sicherungsdienst für die Kanuten, beobachteten aufmerksam die vor-



Josef Neckermann im „attraktiven DLRG-Pulli“.

beisausenden Fahrer und stürzten sich in das Wasser, wenn ein Kanufahrer – was selten genug war – an einem der brodelnden Wasserwirbel scheiterte und „aussteigen“ mußte. Dann hieß es rasch handeln, Kanu, Fahrer und Paddel bergen, damit der nachfolgende Fahrer nicht behindert wurde.

„Wir machen aber hier nicht nur den Rettungsdienst am Wasser“, erklärte DLRG-Bezirksleiter Karl Faber, „weitere acht unserer Leute sind für Verwaltungsaufgaben und Organisation eingeteilt.“ Auch für den Sanitätsdienst war die DLRG an diesem Tag zuständig, nachdem die Rettungsschwimmer in Erster Hilfe ausgebildet sind und viele DLRG-Aktive auch eine Ausbildung als Sanitäter absolviert haben. Zum Gelingen des Einsatzes trugen natürlich auch Rettungswagen mit Wiederbelebungsgerät, Notfall-Anhänger mit Rettungsringen, Schlauchboot, Motor, Notstromaggregat und Werkzeug sowie viel Rettungsmaterial bei. „Wir sind für jeden Notfall gerüstet!“ erklärte Karl Faber.

Im übrigen war es bei dieser Sportveranstaltung kein anderer als Josef Neckermann, Vorsitzender der Stiftung Deutsche Sporthilfe, der vor 1500 Zuschauern die Augsburger Slalomstrecke mit ihren Strudeln, Kehrwassern und Stromschnellen herunterfuhr und strahlend das Ziel erreichte.



DLRG Bochum richtete 2. Internationalen Rettungsboot-Wettbewerb aus

## Holländisches Team gewann Gold und den Preis des Außenministers



Rettenball-Zielwurf  
als Wettbewerbs-  
übung.

Gerdt Neumann, Technischer Leiter der westfälischen DLRG und Initiator des Wettbewerbs, war gut beraten, als er Bochum als Austragungsort wählte. Die ausrichtende Ortsgruppe Linden-Dahlhausen hat ein hervorragend ausgestattetes Clubhaus und einen ordentlichen Anleger an der Ruhr. Zu loben sind sicher aber auch die aktiven Mitglieder der Ortsgruppe, die Küche des Bezirkes Bochum sowie das Kampfgericht.

Das herrliche Wetter am Wettkampftag sorgte für enormen Zuschauerzuspruch aus den Städten Bochum und Hattingen. Aber auch die Angehörigen der benachbarten Wassersportvereine verfolgten mit Interesse das Kampfgeschehen. Das DLRG-Präsidium war vertreten durch Wilfried Wieneke, Manfred Krybus und Bundesjugendsekretär Michael Roy, der DLRG-Landesverband Westfalen durch seinen Leiter, Prof. Dr. Konrad Gelzer.

Nachmittags, bei der Siegerehrung, kam die Überraschung. Das holländische

Team „Nijmegen I“ unter Menno Rohn gewann Gold und erhielt als beste ausländische Mannschaft zugleich den Teller des Außenministers, den Gerdt Neumann überreichte. Das favorisierte Team „Hasselman“ aus dem Bezirk Bochum hatte sich Silber, das Team „E. Schüler“ aus dem Märkischen Bezirk hatte sich Bronze erkämpft. Den Preis des NW-Kultusministers erhielt „Olpe“ mit seinem vierten Platz, den Pokal der westfälischen DLRG „Dortmund I“ mit Platz fünf. Das Team „Amecke“, in Boppard Sieger, hatte es nur auf Platz sechs gebracht. Der Leiter des Bezirkes Bochum, Horst Jordan, tröstete die Kameraden mit einem Wandteller.

Einen besonderen Beifall aber erhielt das Team „Hein“, eine Damenauswahl des Bezirkes Bochum. Der Vize-TL des Präsidiums, Wilfried Wieneke, überreichte den Kameradinnen für ihre hervorragenden Leistungen den Pokal des DLRG-Präsidenten.

Go.



Gerdt Neumann (links)  
bei der Siegerehrung.

## DLRG Bayern trainierte drei Tage seine Bootsführer auf dem Main

Der Main von Bamberg bis Würzburg war Ausbildungsgebiet für 32 DLRG-Bootsführer aus dem Landesverband Bayern, die sich mit ihren Booten und Zugfahrzeugen in Bamberg trafen. LV-TL Willi Stern und LV-Bootsreferent Hans-Jürgen Black hatten zu einem Weiterbildungsseminar für Bootsführer eingeladen und viele kamen.

Die DLRG-Wachstation Bamberg-Gaustadt, unter Führung von Kamerad Horst Besler, war bestens gerüstet, so daß sofort die Boote geslipt und die Zelte aufgebaut werden konnten. Die Trailer und Zugfahrzeuge wurden nach Würzburg gebracht und die Rückfahrt erfolgte mit dem Einsatzfahrzeug. Revierkundefahrten im Bamberger Maingebiet und ein zünftiger Grillabend mit Fachsimpelei über das Bootswesen rundeten den ersten Tag ab. Am nächsten Morgen waren alle DLRG-Boote in der Schleuse Viereth zum „Start“ nach Schweinfurt versammelt.

Nach einer fünfstündigen Fahrt und fünfmaliger Schleusenfahrt wurde rechtzeitig zum Mittagstisch Schweinfurt erreicht. Auf dem Gelände des SC 13 im DMYV Schweinfurt waren die Teilnehmer auf dem Zeltplatz und im Jachthafen bestens aufgehoben. Eine Stadtführung und ein Grillabend auf der Wachstation des OV Schweinfurt an der Schonunger Bucht, wo den Teilnehmern noch ein romantischer Sonnenuntergang geboten wurde, beendete die zweite Etappe. Starke Regenschauer mit heftigen Sturmböen ließen eine Weiterfahrt über die acht Schleusen nach Würzburg fraglich erscheinen und somit wurden noch vormittags die Trailer aus Würzburg herbeigeht. Nachmittags wurden Formationen und Anlegemanöver gefahren. Vor dem Slipen wurden die Boote der Kameraden Ernst Gach (Regensburg) und Max Zott (Augsburg) einer sehr kritischen Prüfung unterzogen und die Ausrüstung auf ihre Vollständigkeit geprüft. Der dritte und letzte Tag klang mit einem hervorragend organisierten Empfang durch die Würzburger Kameraden im DLRG-Schulungsheim Würzburg-Heidingsfeld aus. Nach einer eingehenden Manöverkritik wurden schließlich zur Rückreise die Heimatwimpel gesetzt.

(WaB)



# Dr. R. Olderog besuchte DLRG-Einsatzzentrale Burg und Rettungsstationen

Personenbergung soll auch in Zukunft kostenfrei bleiben

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Rolf Olderog stattete einigen DLRG-Wachstationen im Kreis Ostholstein einen Besuch ab, um sich mit den Wachgängern über ihre Sorgen und Nöte vor Ort zu unterhalten und sich für ihren engagierten Einsatz zu bedanken. In Burgtiefe gab der Einsatzleiter für Schleswig-Holstein, Dietmar Froberg, dem Politiker einen Überblick über den derzeitigen Stand der Dinge.



Dr. Olderog (links) und DLRG-Einsatzleiter D. Froberg.

## 30 Lebensrettungen erfolgreich durchgeführt

Im letzten Jahr konnte durch die fehmarnsche DLRG 30 Menschen das Leben gerettet werden, berichtete Dietmar Froberg. Der Burger Südstrand ist in vier Abschnitte eingeteilt, 13 Wachgänger versehen hier ab 15. Mai ihren Dienst. In der Zeit zwischen dem 30. 6. und 31. 8. sind auch einige Strände vor den Campingplätzen mit Wachposten versehen.

In Grömitz, der letzten Besuchsstation von Dr. Olderog, wurde über Probleme diskutiert. Große Sorgen macht nach wie vor der Interessenkonflikt zwischen Surfern und Badenden. Ob DLRG, Gemeinde, Kurverwaltungen oder Politiker, in einem waren sich alle einig: Die Surfer sind gern gesehen und erwünschte Gäste an der Ostsee.

Diese Tatsache ändere aber nichts daran, daß ein „regelndes Instrumentarium“ geschaffen werden müsse, das den Kommunen die Möglichkeit bietet, Zonen für Surfer und für Badende festzulegen.

## Konflikt zwischen Surfern und Badenden

Ein in Ostholstein erarbeiteter Vorschlag

liegt beim Verkehrsministerium in Bonn vor. Es komme, so unterstrich Dr. Olderog, nun einmal zu Konfliktsituationen zwischen Surfern und Badenden. Die größte Zahl der Unfälle lief jedoch nicht bei der Wasserschutzpolizei auf, sondern beschäftigen die DLRG oder die Kurverwaltungen. Dies mag der Grund dafür sein, daß an höherer Stelle eine Regelung immer damit abgelehnt werde, es seien keine Unfälle verzeichnet.

Der Grömitzer Wachleiter Tanke forderte eine Ausbildung der Surfer. „Der gute Surfer braucht uns nicht“, erklärte er. Surfer, die in einer Schule den richtigen Umgang mit dem Brett und auch Rettungsmaßnahmen erlernt hätten, stellten keine Gefahr dar. Olderog versprach, dieses Thema weiterzuverfolgen, das höheren Orts allerdings auf wenig Resonanz stößt. „Es ist nun mal ein Thema, das die Bäder an der Ostsee fast allein angeht.“



Eine Rettungswachstation wird besichtigt.

Ein weiteres Thema, das der Politiker mit den Vertretern der DLRG und der Gemeinden behandelte, war die Übernahme der Kosten bei Rettungsaktionen. Die Rettung von Personen, so Olderog, sollte auch weiterhin kostenfrei bleiben. Die Bergung von Segelbooten oder Surfbrettern dagegen könnte und müßte mit einer Gebühr belegt werden, nicht zuletzt auch, um das Verantwortungsgefühl des einzelnen zu stärken. Allerdings müsse noch geklärt werden, inwieweit eine solche Gebührenerhebung vom internationalen Recht zugelassen wird. „Ich habe den schleswig-holsteinischen Innenminister gebeten, diese Angelegenheit zu prüfen“, betonte der Bundestagsabgeordnete.

## Berliner DLRG stellte ihre Arbeit einer breiten Öffentlichkeit vor

Er ist schon ein traditionelles Ereignis im sommerlichen Berliner Veranstaltungskalender, dieser „Tag der offenen Tür“ bei den Berliner Lebensrettern der DLRG.

Neben den dienstbereiten Geistern auf den 27 Wasserrettungsstationen standen weitere 60 Mitarbeiter ab 8 Uhr in Berlin-Spandau „auf der Matte“, um einiges aus dem Leben einer Organisation zu zeigen, die sich manchmal schwertut, ihre stolzen Erfolge für jedermann sichtbar „zu verkaufen“.



Demonstration von modernem Rettungsgerät.

Wegen des kalten und nassen Wetters wurden die Gäste mit gemischten Gefühlen erwartet. Würden sie kommen, zahlreich kommen? . . . und sie kamen!

Bereits um 10 Uhr – dem offiziellen Beginn – konnte die erste Führung beginnen. In kleinen Gruppen marschierten die Gäste durchs Haus, am „Taucherstriptease“ vorbei ins Arbeitsdeck: Tauchurm, Funkzentrale und das Forschungszentrum gaben für viele Fragen Anlaß. Prof. Kopenhagen erklärte die vielen Aufgaben der ärztlichen Forschung.

Die kleinen Kinder spielten inzwischen oder erhaschten sich Negerküsse, auch Fahrten mit einem Rettungsboot waren sehr beliebt. Zwischendurch verblüffte der Zauberer „Barny“ seine kleinen Zuschauer. Pichelsteiner Eintopf zum Nulltarif, zahlreiche Spiele und Gewinne für die Kleinen erwiesen sich als beliebte Attraktionen der Veranstaltung. Manche Eltern verließen erst abends erschöpft das Gelände. „Ich habe dreimal das Haus besichtigt“, erklärte eine Mutter mit vier Kindern, „es gab einfach zu viel zu sehen.“

Und die Feldköche staunten: Dreimal nachgekocht und kein Tropfen Suppe übrig!

Die mehr als 700 Besucher aber waren einstimmig der Meinung: Wir haben gar nicht geahnt, daß die DLRG so viele Aufgaben hat.

Heifei



## Presseschau des Inlands

### Aufforderungen zur Zivil- verteidigung sind gefälscht

Offensichtlich im Zusammenhang mit den NATO-Herbstmanövern sind im Bundesgebiet gefälschte Briefe mit dem Absender des Verteidigungsministeriums aufgetaucht. Ein Sprecher des Innenministeriums teilte mit, in Bonn seien die Empfänger durch solche Fälschungen aufgefordert worden, angesichts der weltpolitischen Spannungen einen eigenen Beitrag zur Verteidigung zu leisten. So sollten sie Vorräte von Nahrungsmitteln und Medikamenten anlegen, sich über Schutzräume informieren und auf angebliche Rundfunkdurchsagen achten. Das Verteidigungsministerium hat inzwischen Strafanzeige gegen die unbekannteren Urheber dieser Fälschungen erstattet. Ähnliche Schreiben wurden in anderen Städten unter dem Absender der Gemeinde verteilt. Außerdem werden vorwiegend Speditionen mit Briefen behelligt, in denen sie aufgefordert werden, einen Teil ihrer Fahrzeuge vorzuführen, die übungsweise requiriert würden. Auch hier handele es sich um Fälschungen, betonte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums.

(Süddeutsche Zeitung)

### 92,3 Millionen DM für den Schutzraumbau

Im laufenden Haushaltsjahr stehen 92,3 Mio. DM an Bundesmitteln für den Schutzraumbau zur Verfügung. 1981 waren es 62,9 Mio. DM, 1982 rund 83,8 und 1983 insgesamt 91,9 Mio. DM. Die Bundesregierung sieht es als eine humanitäre Aufgabe und Verpflichtung an, zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen Kriegseinwirkungen Vorsorge zu treffen, solange nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden kann, daß sich die Notwendigkeit der Verteidigung gegen einen mit militärischen Mitteln geführten Angriff ergeben könnte.

Nach Auffassung der Bundesregierung

sollte möglichst jedem Bürger ein Schutzplatz zur Verfügung stehen. Sie betrachtet die neutralen Staaten Schweden und die Schweiz mit ihren sehr hohen Schutzraumquoten als vorbildlich.

(Gefahrenabwehr, Bonn)

### „Vorsorge für den Zivilschutz ist Pflicht der Regierung“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Joachim Kalisch (Berlin) schrieb in der „Berliner Morgenpost“ vom 9. September 1984 zum Thema Zivilschutz:

„Zivilschutz ist für viele ein Reizwort. Für die einen, weil auf diesem Gebiet noch nichts geschehen ist, für die anderen, weil nun endlich etwas geschehen soll.

Schriftsteller Günter Grass spricht wieder von Verweigerung, nicht nur beim Zivilschutz, sondern auch beim Katastrophenschutz. Katastrophen haben einfach nicht stattgefunden. In Berlin haben 350 Personen unter Leitung – wie sollte es wohl anders sein – eines evangelischen Pfarrers einen Protest gegen Schutzräume und gegen die Einrichtung eines Notkrankenhauses unterzeichnet.

Was denken sich eigentlich solche Geistlichen, die das Wort Humanität wie ein Banner vor sich her tragen, wenn sie ihren Mitmenschen den Schutz verweigern wollen? Ihr Argument, Zivilschutz und Schutzraumbau seien Kriegsvorbereitung, ist an Dummlichkeit kaum zu überbieten.

Andere Länder geben gute Beispiele für den Bau von Schutzräumen, darunter auch solche wie Schweden und die Schweiz, die seit vielen Jahrzehnten keinen Krieg führten und neutral waren. In Schweden haben etwa 65 Prozent der Bevölkerung einen Schutzplatz für den Ernstfall, in der Schweiz sind es sogar rund 80 Prozent. Demgegenüber gibt es in der Bundesrepublik Schutzräume für nur 3,6 Prozent der Einwohner.

Es gehört zu den Pflichten und der Verantwortung der Bonner Regierung, Vorsorge für den Schutz der Bevölkerung für den Fall zu treffen, daß unserem Land eine militärische Auseinandersetzung aufgezwungen wird. Es muß auch einmal deutlich auf folgendes hingewiesen werden: Diejenigen, die so lautstark die ‚Atomkriegsgefahr‘ an die Wand malen, sind zumeist die gleichen, die erhöhte Kosten für konventionelle Waffen, mit denen die ‚atomare Schwelle‘ angehoben werden könnte, strikt ablehnen. Den realitätsfernen Träumereien und Unterwerfungsstrategien haben

CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesregierung erste Schritte zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung entgegengesetzt, indem sie den Entwurf eines Zivilschutzgesetzes vorgelegt haben.

Der Gesetzentwurf erstreckt sich unter anderem auch auf den Warndienst, auf Selbstschutz, Aufenthaltsregelung, Katastrophenschutz und auf das Gesundheitswesen. Es ist selbstverständlich, daß die Einrichtungen des Zivilschutzes auch für den Katastrophenschutz im Frieden zur Verfügung stehen.

Ganz entschieden zurückzuweisen sind Behauptungen, daß im Falle eines Atomkrieges medizinische Hilfe nicht möglich sei und daß durch vorsorgliche Maßnahmen die Bevölkerung ‚an die Gefahr eines Atomkrieges gewöhnt werde‘. Die Erfahrungen mit Dresden, Hiroshima oder Nagasaki und das Wissen um die Vernichtungskraft moderner Waffen berechtigen nicht dazu, einen effizienten Zivilschutz zu verhindern.

Nicht unberechtigt ist daher die Kritik, die kürzlich die Deutsche Schutzbaugemeinschaft in Vierzehn bei Mannheim an der geringen Zahl der öffentlichen Schutzräume in Berlin geäußert hat. Danach standen am 31. Dezember 1983 nur für 2047 Berliner, das sind 1,1 Prozent der Einwohner, Schutzräume zur Verfügung.“

### Kettenreaktion . . .

Hunde fahren angeblich gern mit dem Auto, Katzen lieben das weniger, wie Tierhalter aus Erfahrung wissen. Was sich dabei alles ereignen kann, steht jetzt in einem Polizeibericht aus Wuppertal. Eine Frau war dort zum Einkaufen gegangen und hatte ihre Katze im geparkten Wagen zurückgelassen. Das Tier schlief ein. Als die Frau zurückkehrte und das Auto starten wollte, schreckte die Katze hoch und biß die Frau in den Arm. Die Frau verlor die Kontrolle über ihr Fahrzeug. Das Auto beschädigte einen anderen geparkten Wagen und prallte gegen eine Würstchenbude. Die Bude stürzte um und stieß gegen eine andere Bude, einen Fischimbiss-Stand. Dort wiederum fiel ein Topf mit heißem Fett um. Eine Verkäuferin erlitt Verbrennungen. Eine Passantin, die das alles – unversehrt – mit ansah, fiel danach in Ohnmacht und mußte ärztlich behandelt werden. Die Katze ist wohl auf, die Polizei hat den Sachschaden auf hunderttausend Mark hochgerechnet.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)



## Presseschau des Auslands

### UdSSR: 20 Millionen Luftschutz-Helfer

In der UdSSR gibt es nach amtlichen Angaben jetzt rund 20 Millionen ausgebildete Luftschutz-Helfer für alle Bereiche der Zivilverteidigung. Im Dienste dieser Verteidigungsmaßnahmen stehen 150000 hauptamtliche Funktionäre mit weitreichenden regionalen Befugnissen. Die jährlichen Aufwendungen für diesen Gesamtapparat belaufen sich umgerechnet auf drei Milliarden Dollar.

Nach den vorliegenden Plänen werden im Kriegsfall die meisten der Großstädte evakuiert. Vorgesehene Auffangräume sind die ländlichen Gebiete im Umkreis von 50 Kilometern um die Städte. Atom-sichere Schutzräume gibt es jetzt für etwa 110000 VIP's aus Partei, Staat und Armee.

Die Zivilschutzmeldezentralen werden in einem Fünfjahresprogramm ebenfalls zerstörungssicher untergebracht. Probleme soll es nach Informationen aus diplomatischen Kreisen jedoch mit dem Warndienst geben, da in vielen Bezirken von Kleinstädten nach wie vor akuter Mangel an Sirenen und anderen Alarmgeräten (Drahtfunk) besteht.

Als unzureichend werden auch die Räum- und Transportmittel angesehen. Dies gelte im besonderen für die Feuerwehren der Großstädte einschließlich Moskau, die beispielsweise Hochhausbränden in keiner Weise gewachsen seien, da ihre gerätetechnische Ausrüstung dem Standard von 1935 bis 1940 entsprechen würde.

(Gefahrenabwehr, Bonn)

### 14 Millionen Japaner an Erdbebenübung beteiligt

Etwa vierzehn Millionen Japaner haben am Samstag, dem 61. Jahrestag des verheerenden Erdbebens von 1923, in Tokio und Umgebung an umfassenden Katastrophenschutzübungen teilgenommen. Im Jahre 1923 waren bei einem Erdbeben der Stärke acht auf der Rich-

ter-Skala im Tokioer Raum – in der Kanto-Ebene – etwa 100000 Menschen ums Leben gekommen. Die Tokioer Bevölkerung übte am Samstagmorgen Evakuierungen, Brandbekämpfung und andere Schutzmaßnahmen, nachdem die Regierung über Rundfunk eine „Warnung“ verbreitet hatte, daß „in den nächsten zwei, drei Tagen mit einem großen Erdbeben“ der Stärke acht gerechnet werde. Lautsprecherwagen fuhren durch die Straßen und forderten die Menschen auf, an den Übungen teilzunehmen. Kleinkinder und Hausfrauen in Appartementshäusern banden sich einen wattierten Kopfschutz um und kletterten die Feuerleitern hinab, in den Schulen heulten die Sirenen, und die Schüler suchten unter ihren Pulten Schutz. Auf vielen Straßen wurden Geschwindigkeitsbegrenzungen von zwanzig Stundenkilometern festgesetzt, auch viele Züge fuhren im Bummeltempo.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

### Schweiz: 25000 Mann Luftschutztruppe

Die schweizerische Luftschutztruppe umfaßt heute 25000 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Sie bildet einen wichtigen Bestandteil des Territorialdienstes und wird vom Bundesamt für Luftschutztruppen des Eidgenössischen Militärdepartements verwaltet. Für die Einsatzplanung sind die örtlichen Luftschutztruppen dem Ortschef des Zivilschutzes uneingeschränkt unterstellt.

Die vom Ortschef erhaltenen Aufträge sind zu erfüllen, wobei es Sache des Truppenkommandanten bleibt, den Einsatz zu führen und alle entsprechenden Befehle zu erteilen. Zur Zeit besteht die Luftschutztruppe aus 29 Bataillonen und 13 selbständigen Kompanien. Jede Kompanie ist in zwei schwere Luftschutzzüge (je 28 Mann) und vier leichte Züge (je 24 Mann) gegliedert. Das lokale Luftschutzbataillon ist teilmotorisiert, es unterstützt die örtliche Zivilschutzorganisation. Als Reserve und Schwerpunkteinheit der Territorialzone fungiert das vollmotorisierte regionale Luftschutzbataillon. Ihm gehören sechs Kompanien an, darunter eine Stabskompanie. Zu den Hauptaufgaben der Luftschutztruppe gehören: Bergen und Retten; Brandbekämpfung; Erste Hilfe; Mitwirkung bei der Dekontamination von Menschen, Material, Gebäuden, Tieren, Straßen, Erstellung von Behelfsbrücken, Gebäudesicherung gegen Einsturzfahrten.

(Gefahrenabwehr, Bonn)

### Israel meldet 100 Prozent

Das Interesse in der Bevölkerung steigt. Immer mehr Leute informieren sich beim Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) über den Zivilschutz, über Selbstschutz, lassen sich über Schutzraumbau beraten und aufklären und bauen schließlich selbst. Trotzdem: die Situation in der Bundesrepublik ist erschreckend! Nur 2184295 Millionen Schutzplätze gibt es nach jüngsten Feststellungen. Nur 3,55 Prozent der Gesamtbevölkerung würden im Ernstfall ein sicheres Dach finden.

Ein Blick zu unseren direkten Nachbarn und in weitere Ferne zeigt, daß wir auf diesem Gebiet am schlechtesten abschneiden. 83 Prozent der Schweizer finden Platz in Schutzräumen. 87 Prozent aller Schweden, 45 Prozent Norweger, 55 Prozent der Finnen, 64 Prozent Dänen, 68 Prozent der sowjetischen Bevölkerung. Aus Israel kommt die beinahe unvorstellbare Nachricht: 100 Prozent.

(Aus: Leonberger Kreiszeitung)

### Bunkersystem für die Sowjet-spitze?

Für die politische und militärische Führung in Moskau ist, wie amerikanische Experten herausgefunden haben, ein atomsicheres Bunkersystem in 600 bis 800 Meter Tiefe unter der Erdoberfläche gebaut worden. Die Schutzräume befinden sich mehr als 50 Kilometer von Moskau entfernt und sind durch eine unterirdische Schnellbahn mit den Moskauer Führungszentralen verbunden. Diese Einzelheiten teilte der CDU-Verteidigungsexperte Willy Wimmer nach Rückkehr von einem Besuch bei den strategischen Streitkräften der USA Montag in Bonn mit.

Die Sowjetunion hat nach Wimmer bekanntgewordenen Erkenntnissen amerikanischer Experten seit 1970 kontinuierlich ein Schutzbauprogramm verwirklicht, das einem großen Teil der sowjetischen Führung, rund 179 000 Personen, Schutz im Falle eines Nuklearkrieges bietet.

(Aus: Darmstädter Echo)

### Das Zitat

„Unser Zivilschutz steckt nicht etwa in den Kinderschuhen, sondern noch in den Babypatscherln“, stellte der Präsident des Salzburger Zivilschutzverbandes unter dem Eindruck einer Bestandsaufnahme fest.

(Gefahrenabwehr, Bonn)



# Wissenschaft & Technik

## Kleiner Halonlöscher löst automatisch aus

Laboratorien, in denen Versuche auch nachts und ohne menschliche Aufsicht gefahren werden, lassen sich zwar mit einer stationären Feuerlöschanlage überwachen. Sie schützt aber mehr den gesamten Raum als das Versuchsobjekt selbst. Hierfür entwickelte ein Löscherhersteller einen neuen Halonlöscher, der als Kleinlöschanlage mit 2-kg-Füllung Halon 1211 automatisch auslöst und gleichzeitig Alarm gibt. Das für die Brandklassen B und C zugelassene Gerät bietet auch z. B. in Motorräumen von Booten, Renn- und Rallyefahrzeugen wertvollen Schutz.

Der Löscher wird über eine Schnellkupplung mit einem thermischen Auslöseelement und Druckschalter oder bei Bedarf mit zusätzlichem Druckschlauch verbunden, um das Gerät flexibel zu handhaben. Bei einem Brand spricht das thermische Auslöseelement der festinstallierten Anlage an und gibt bei 68°C Halon frei, das sich als löschfähige Konzentration verbreitet. Gleichzeitig gibt der Druckschalter, der die automatische Auslösung anzeigt, ein elektrisches Alarmsignal weiter. Für Druckkontrollen zwischen den vorgeschriebenen Prüfungen besitzt der Löscher noch ein Manometer.



Durch Abkoppeln vom System läßt sich das festinstallierte Gerät auch als normaler Handfeuerlöscher mobil benutzen. Halon erreicht als Löschgas mit  $-4^{\circ}\text{C}$  Siedepunkt auch unzugängliche Brandherde. Der mit Stickstoff als Treibmittel betriebene Löscher wiegt nur 4,25 kg und sprüht 13 s lang. Dies reicht aus, um  $5,5\text{ m}^3$  zu schützen.

(Foto: Total Walter)

## Automatisches Notrufsystem

Zur Übertragung von Alarmsignalen aus Einbruch-, Überfall-, Brand- und Störungsmeldeanlagen hat ein einschlägiger Hersteller ein Notrufsystem in sein Sicherungsprogramm aufgenommen. Damit steht neben einem „sprechenden“ Telefon-Notruf-Computer jetzt auch ein digitales Wähl- und Übertragungssystem zur Verfügung. Es besteht aus Alarm-sender und Alarmempfängszentrale.



Der mikroprozessorgesteuerte Alarm-sender hat vier Meldungseingänge. Er wird durch beliebige potentialfreie Meldekontakte oder durch die Nebemelderzentrale der Alarmanlage ausgelöst. Bei jeder Zustandsänderung an einem der Eingänge wählt er automatisch über das öffentliche Fernsprechnet die Zentrale an und sichert durch selbsttätige Rückmeldung eine korrekte Datenübermittlung. Die eingebaute Stromversorgung 220V~/6V- bietet auch Platz für eine wartungsarme Batterie 6V/1 Ah (Überbrückungszeit bei Netzausfällen ca. 500 Stunden bzw. 200 Anrufe). Sie ist nicht notwendig beim Vorhandensein einer Nebemeldezentrale mit 12-V-Betriebsspannung.

In der Alarmempfängszentrale werden die vom Alarmsender abgesetzten Signale empfangen, auf Richtigkeit überprüft und als Anlagen-Kennnummer und Meldungsart optisch an einem Display angezeigt. Die eingebaute Registriereinrichtung dokumentiert alle Ereignisse mit Datum und Uhrzeit. Zusätzlich kann eine Alarmeinsatzdatei angeschlossen werden. Die eingebaute Stromversorgung entspricht der des Senders, die Notstrom-Batterie ist für 6V-/32 Ah ausgelegt.

(Foto: Zettler)

## Staubschutzbrille sitzt druckfrei dicht

Die transparente Vollsicht-Schutzbrille mit breitem Sichtwinkel und sehr guter Paßform erfüllt alle Zusatzforderungen für Schutzbrillen nach DIN 58211 und Teil 2, 3 und 4. Durch ihren absolut druckfreien und dichten Sitz sowie das mehrfach abgesicherte Entlüftungssystem wird das Eindringen von Säure, Grobstaub und Fremdkörpern ausgeschlossen.

Die auswechselbare Sicherheitsscheibe der Staubschutzbrille ist mit einer „Anti-Fog“-Beschichtung veredelt. Sie verhindert selbst unter ungünstigen Bedingungen ein Beschlagen. Hierbei saugt die nach einem speziellen Verfahren präparierte Innenseite der Schutzbrillenscheibe die Feuchtigkeit des Brilleninnenraumes auf und gibt sie an die Außenluft ab.

Die Staubschutzbrille kann über jeder Korrektionsbrille getragen werden. Dafür sorgen die seitlichen Aussparungen für Brillenbügel. Überdies kann sie auch eingesetzt werden, wenn gleichzeitig Atemschutz gefordert ist. Durch die sich an das Gesicht schmiegende Form der filtrierenden Halbmasken ist keine Behinderung gegeben.

(Foto: 3 M)





## Neue Bücher

### Handbuch für den Feuerwehrmann

Von Walter Hamilton / Paul Baetzner  
Richard Boorberg Verlag, Stuttgart

Das in Feuerwehrkreisen weitbekannte Werk erscheint nunmehr völlig neu überarbeitet in seiner 14. Auflage. Das praxisnahe Handbuch vermittelt dem Feuerwehrmann in geeigneter Form das Wissen, das er für die sich immer erweiternden Aufgaben in seinem Dienst für die Allgemeinheit benötigt.

Die Neuauflage behandelt, wie immer in der Form von Frage und Antwort, neben dem Gesamtüberblick über die für den Brandschutz wesentlichen Geräte, Fragen des Atemschutzes, der Löschwasserversorgung, der Nachrichtentechnik, der Feuerlöschtechnik, des Verbrennungsvorgangs und der Technischen Hilfeleistung.

### Die Brandnacht

Von Klaus Schmidt  
Reba-Verlag GmbH, Darmstadt

Das Werk gibt einen Bericht über die furchtbare Zerstörung Darmstadts in der Nacht vom 11. zum 12. September 1944. In dieser Nacht sterben mehr als 12000 Menschen in einem Inferno von Bombenhagel und Feuersturm.

Der Bericht stützt sich auf das verfügbare amtliche Material aus deutschen und englischen Quellen, vor allem aber auf Tagebuchnotizen und Briefe, die unmittelbar unter dem Eindruck der Zerstörung von Augenzeugen verfaßt worden sind. Zeitungsberichte und Polizeiakten aus der damaligen Zeit unterstützen mit statistischem Material die Darstellung

der Brandnacht. Ergänzt wird das Bild des Geschehens durch einen Fototeil mit weit über hundert Aufnahmen aus der zerstörten Stadt.

### Die Geschichte der Feuerspritze bis 1945

Von Gustav Ewald  
Motorbuch Verlag, Stuttgart

Die Neuerscheinung – erstmals wird dieses Thema in der modernen Literatur behandelt – befaßt sich bis ins Detail mit der Entwicklung der Feuerspritze. Der technische Werdegang der Feuerlöschgeräte wird, auch unter Einbeziehung der vielen Irr- und Umwege in der Entwicklung, minutiös und kenntnisreich aufgezeichnet. Dazu wird eine erstaunliche Fülle an Material verarbeitet und durch seltenes historisches Fotomaterial ergänzt.

Der Verfasser, Jahrgang 1895, hat das Werden der Feuerspritze seit der Jahrhundertwende persönlich miterlebt. Als Inhaber einer Feuerlöschgeräte-Fabrik und Führungskraft der Freiwilligen Feuerwehr waren ihm auch die an der Entwicklung Beteiligten bekannt. Er ist daher, wie kaum ein anderer, für diese Dokumentation geradezu prädestiniert.

### Handbuch der Feuerbeschau

Von Johann Bergbauer  
Verlag W. Kohlhammer,  
7000 Stuttgart

Das Handbuch wendet sich vorrangig an die Beteiligten an der in Bayern vorgeschriebenen Feuerbeschau. In der Verordnung über die Feuerbeschau – FBV – sind Ziel und Zweck sowie die Art der Durchführung festgelegt. Die haupt- oder nebenamtlichen Feuerbeschauer müssen in der Lage sein, brandgefährliche Zustände sicher zu erkennen und geeignete Maßnahmen zur Mängelbeseitigung zu nennen.

Bei der Vielfalt der einschlägigen Vorschriften ist das eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, die nur mit gründlichem und umfassendem Wissen auf dem Gebiet des vorbeugenden Brandschutzes gelöst werden kann.

Das Handbuch soll dem Feuerbeschauer helfen, Gebäude, Gebäudeteile und Einrichtungen richtig zu beurteilen und die notwendigen brandschutztechnischen Maßnahmen zu treffen.

### Wenn Kinder zündeln

Von Ernst Eil  
Katzmann Verlag KG, 7400 Tübingen

Zwischen 7000 und 8000 Brände werden jedes Jahr in der Bundesrepublik durch Kinder verursacht. Die Schäden, die durch das Zündeln entstehen, gehen in die Millionen.

Warum übt Feuer eine so faszinierende Wirkung aus? Und warum besonders auf Kinder und Jugendliche? Diesen Fragen stellt sich der Autor, ein bekannter Erziehungsberater, in seinem neuen Buch.

Das Anliegen des Buches ist es, den Grundstein zu legen für eine Feuererziehung: Kinder sollen nicht nur verkehrstüchtig, sondern auch feuertüchtig erzogen werden. Das beginnt damit, daß schon der kleine Junge dem Vater die Zigarette anzünden darf, und führt zu vielfältigen Möglichkeiten in der Familie, in der Schule und in der außerschulischen Jugendarbeit.

Ein eigenes Kapitel über die Rechtslage klärt Fragen der elterlichen Aufsichtspflicht und der Verantwortlichkeit der Kinder.

### Die Roten Hefte

Baukunde für den Feuerwehrmann  
Von Johann Schwarzenbacher  
Heft 13, 5. Auflage  
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Das Heft soll helfen, bei Bränden und Hilfeleistungen die baulicherseits auftretenden Gefahren zu erkennen und die richtigen Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Dazu wird unter anderem das Verhalten der Baustoffe und Bauteile erläutert sowie ein Grundwissen über Standfestigkeit und Belastbarkeit von Bau- und Gebäudeteilen vermittelt.

Rettungsfahrzeuge  
Von Manfred Gihl  
Heft 56, 1. Auflage  
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Die Neuerscheinung in der Reihe der Roten Hefte gibt eine umfassende Übersicht über die im Rettungsdienst zum Einsatz kommenden Fahrzeugtypen, wobei der technischen Beschreibung besonderer Raum gewidmet ist. Die Hubschrauber des Rettungsdienstes werden in einem gesonderten Abschnitt behandelt. Ergänzt werden die ausführlichen Fahrzeug- und Funktionsbeschreibungen durch zahlreiche Abbildungen und Grafiken.

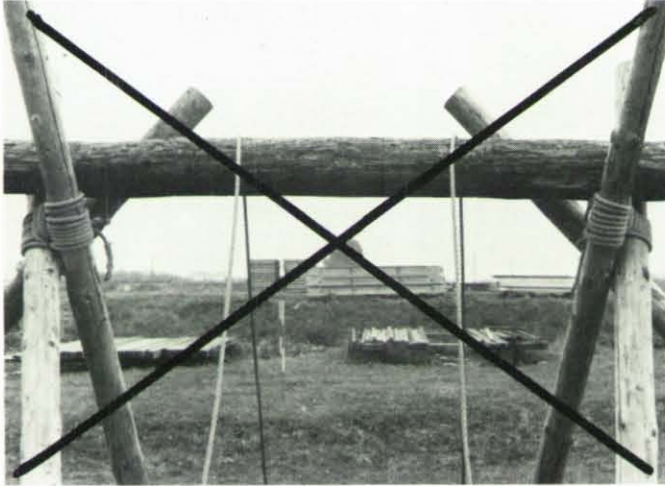


Wolfgang Wiedemeyer

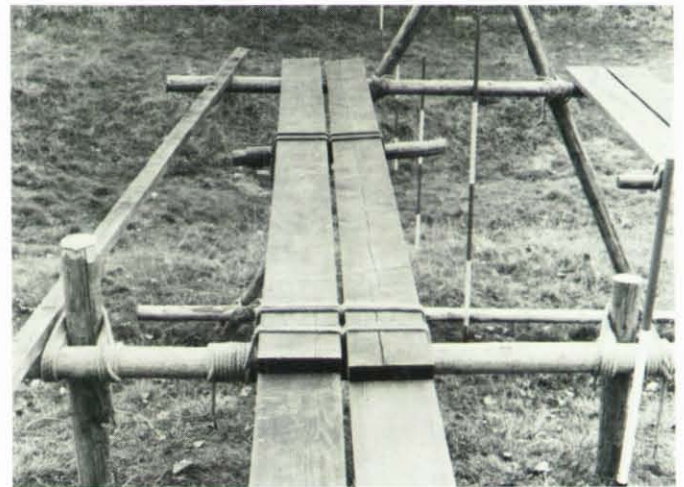
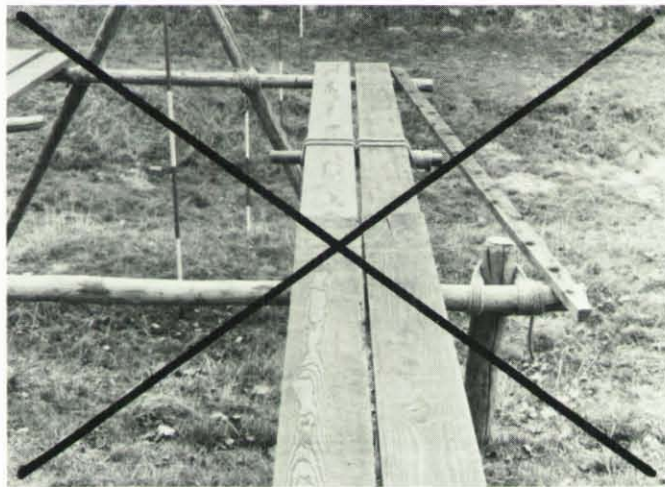
## Das Minimagazin

### Safety first – im Bergungsdienst

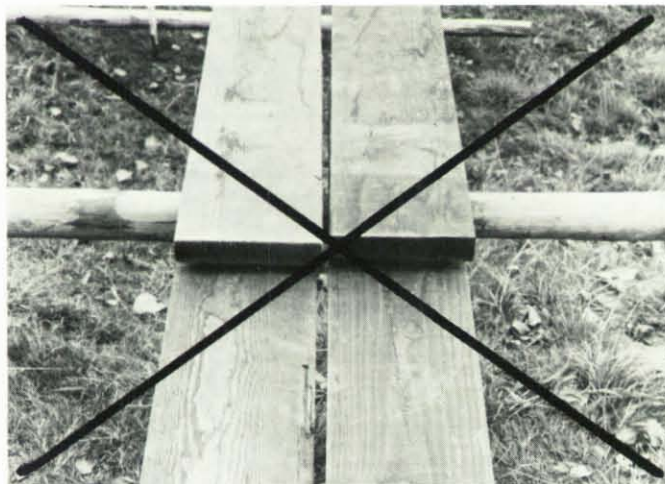
Die nachfolgenden wichtigen Sicherheitshinweise für den Bergungsdienst sind dargestellt durch Teilnehmer an Lehrgängen an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.



Trageseile sind durch Bauklammern vor seitlicher Verschiebung zu sichern. (Vergl. Abs. 5.4 KatS DV 280)



Brettafeln dürfen beim China-Steg nicht über den Fußpunkt der Bockbeine verlegt werden. (Vergl. Abs. 7.3.2 KatS DV 280)



Die Brettafeln werden beim China-Steg im Rechtsverkehr aufgelegt und verbunden – Stolpergefahr –. (Vergl. Abs. 7.3.2 KatS DV 280)



## Bundesschule der Johanniter-Unfall-Hilfe im neuen Glanz



Schon 1975 übernahm die Johanniter-Unfall-Hilfe einen Teil des ehemaligen Johanniter-Krankenhauses in Nieder-Weisel (Hessen) als Bundesschule. Nur sporadisch und mit wenig Lehrpersonal wurde in den ersten Jahren der Schulbetrieb aufrechterhalten. Ein ständig steigender Bedarf an Ausbildungskapazität erforderte neben organisatorischen Änderungen in der Bundesschule einen Umbau sowie Erweiterungsmaßnahmen.

Das neue Konzept fand jetzt mit der Einweihung der erweiterten Bundesschule seinen Abschluß. Mit erheblichem finanziellen Aufwand wurde die Belegkapazität auf 66 Plätze erweitert. Im ehemaligen Schwesternwohnheim wurden kleine Wohneinheiten geschaffen mit modernen Sanitäreinrichtungen. Die Lehrsäle wurden vergrößert und mit medizinisch-technischen Geräten ausgestattet, die Voraussetzung für eine qualifizierte Ausbildung im Rettungswesen sind.

Alle Veränderungen wurden unter Berücksichtigung der Mitarbeit und der Schulung von Behinderten für behindertengerechte Arbeit konzipiert und verwirklicht. Zum Wohlbefinden der Schüler tragen die großzügig angelegten Freizeiträume bei.

Unser Titelbild und die Bilder auf dieser Seite zeigen die JUH-Bundesschule und ihre Einrichtungen (siehe auch Beitrag im Innern dieses Heftes).